




13. Heft | 8. Juli 1915

CARL LEGIEN · PARTEIZERSTÖRER

 S gewinnt immer mehr den Anschein, als sollte es doch gelingen zu verhindern, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands den ihr gebührenden politischen Einfluß während und besonders nach Beendigung des Krieges erlangt. Bei einer Arbeiterpartei liegen Kräfte und Einfluß in der Einigkeit und Geschlossenheit. Sie verfügt nicht über die wirtschaftlichen Machtfaktoren, die den politischen Parteien der herrschenden Klassen die Stärke geben. Sie kann sich nur geltend machen, wenn die von der Mehrheit gefaßten Beschlüsse von der Gesamtheit einmütig durchgeführt, wenn die Grundsätze der Demokratie unverbrüchlich von allen Gliedern der Partei gewahrt werden. Die Ansichten können verschieden, die Tat aber muß einheitlich sein. Die Mehrheit kann sich in ihren Beschlüssen irren. Diese aber müssen Geltung haben, auch wenn die Minderheit sie mit Recht als verfehlt ansieht.

So war es bisher in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ein besonderes Beispiel aus der Zeit kurz vor Ausbruch des Krieges mag dies beweisen, sofern es eines solchen Beweises bedarf. Es war eine Zufallsmehrheit in der Fraktion, die die Demonstration am 20. Mai 1914 herbeiführte. Die Minderheit, die in der entscheidenden Fraktionssitzung mit 1 Stimme unterlag, hielt die Aktion für einen schweren politischen Fehler. Sie unterwarf sich trotzdem dem gefaßten Beschluß, der eine Änderung einer seit Jahrzehnten geübten Praxis brachte.

Die während der Kriegszeit über Kredit- und Budgetbewilligungen getroffenen Entscheidungen wurden von einer Dreiviertel- und einer Zweidrittelmehrheit in der Fraktion getroffen. Deshalb stellten diejenigen Fraktionsmitglieder, die demonstrativ gegen diese Beschlüsse handelten, sich außerhalb der Fraktion. Das hätte diese unzweideutig aussprechen müssen. Die öffentliche Verurteilung der Handlung durch die Fraktionsleitung und die Fraktion genügte in dem Fall nicht. Ein Tadelsvotum kann bei einer im Eifer begangenen Handlung erzieherisch für die Zukunft wirken. Hier war die Handlung eine Verhöhnung der Mehrheitsbeschlüsse; denn es wurde ausdrücklich beschlossen (was bisher nicht für erforderlich galt), daß die Fraktionsmitglieder, die der Abstimmung im Reichstag nicht fernbleiben wollten, mit der Mehrheit zu stimmen hätten. Ein Antrag die Fraktionsmitglieder zu ermächtigen ihrer Ansicht entsprechend stimmen zu dürfen wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Daß die Fraktion nicht die notwendigen Konsequenzen zog, konnte nicht ohne Folgen bleiben. Diese zeigten sich bald

darin, daß die Auslandspresse über innere Vorgänge in der Fraktion widerrechtlich informiert wurde. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Bleibt der eine Mitglied der Fraktion, obgleich er sich durch demonstratives Hinwegsetzen über die Mehrheitsbeschlüsse außerhalb dieser Körperschaft stellte, kann auch der andere Mitglied bleiben, der den Beschluß verletzte Dritte über interne Handlungen der Fraktion nicht zu unterrichten. Die weitere Folge war, daß sich allmählich innerhalb unserer Parteiorganisation eine besondere Organisation zu dem Zweck entwickeln konnte die Beschlüsse der Fraktionsmehrheit zu bekämpfen und hinfällig zu machen.

Was sich in den letzten Wochen nach dieser Richtung in der sozialdemokratischen Partei gezeigt hat, ist nicht mehr ein sachlicher Austrag von Meinungsverschiedenheiten sondern ein organisierter Versuch unter Ausnutzung der durch den Krieg gegebenen außerordentlichen Verhältnisse die Mehrheit unter den Willen der Minderheit zu beugen. Da wird von Parteimitgliedern eine Monatsschrift zu dem Zweck herausgegeben die Fraktionsmehrheit zu bekämpfen. Die Gründung des Blattes erfolgt in dem Bewußtsein, daß es nach seinem Erscheinen verboten werden wird. In der gleichen Voraussetzung werden Flugblätter verbreitet. Es ist bedauerlich, daß die Maßnahmen der Zensur nicht kritisiert werden dürfen. Es würde sich sonst leicht nachweisen lassen, daß die Herausgeber solcher Schriften eine unbändige Freude über die Verbote haben müssen. Es ist dann ja so leicht zu sagen: Wir, die Minderheit, dürfen unsere Meinungen nicht zum Ausdruck bringen, wogegen die Mehrheit trotz Zensur alles gegen uns sagen darf. Damit ist bei der großen Masse der Parteigenossen viel gewonnen. Das muß man aber als eine unlautere Ausnutzung der Situation bezeichnen.

Den Einzelunternehmungen gegen die Mehrheit der Fraktion und die Mehrheit in den Parteikörperschaften ist jetzt ein Vorstoß im großen gefolgt. Mit dem Datum des 9. Juni ist ein Schriftstück angefertigt worden, adressiert an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und an den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, das am 17. Juni der Partei- und der Gewerkschaftspresse zur Veröffentlichung und an Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften zur Mitunterzeichnung gesandt wurde. In dem Schreiben wird gegen die Beschlüsse der Mehrheit Stellung genommen. Am Schluß heißt es:

»Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung? Wir waren vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.«

Das ist eine Kampfesansage in klarer Form. Beugt sich die Mehrheit der Minderheit nicht bedingungslos, dann wird diese mit der Parteizerstörung beginnen. Mit dieser Tatsache wird nunmehr zu rechnen sein. Ist der Vorgang für die sozialdemokratische Partei, wenigstens in Deutschland, neu, so ist die Methode, die zur Anwendung kommt, um die Parteimitglieder für die Parteizerstörung zu gewinnen, eigenartig. Der Vorwärts berichtete am 24. Juni, daß 500 Funktionäre der Partei und der Gewerkschaften die Kund-

gebung unterzeichnet hätten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei teilte darauf im Vorwärts am 25. Juni mit, daß das ihm zugesandte Schriftstück nicht die Hälfte der angegebenen Unterschriftenzahl hätte, und schrieb ferner:

»Dabei liegt nicht eine einzige Unterschrift im Original vor. Zur Beurteilung der Zahl der Unterschriften ist aber auch wichtig zu erfahren, wie man seit dem 9. Juni sich bemüht sie zu erlangen. Es ist nämlich zu diesem Zweck das folgende Rundschreiben in großer Zahl verschickt worden: »Berlin, Juni 1915. Werter Genosse! Anbei Abdruck eines Schreibens vom 9. dieses Monats mit den uns bisher bekannt gewordenen Unterschriften. Wir bitten Sie dringend um dreierlei: 1. Unterzeichnen Sie selbst (Vor- und Zuname, genaue Funktion in der Organisation). 2. Suchen Sie noch möglichst viele Funktionäre von politischen Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. oder sonstige besonders tüchtige, tätige und einflußreiche Genossen zur Unterschrift zu gewinnen, und zwar ganz schnell, sofort. Antworten Sie zu 1. und 2. binnen 1 bis 2 Tagen von heute ab. . . . Nur Ja und Unterschrift (Vor- und Zuname, genaue Adresse, Funktion in der Organisation). 3. Wirken Sie, bitte, daraufhin, daß das fragliche Schreiben an Parteivorstand und Fraktionsvorstand sofort zum Gegenstand von Resolutionen in den politischen Organisationen (Versammlung, Konferenz, Vorstandssitzung usw.) gemacht wird. Etwa so: Die Versammlung hat von dem Protestbrief Kenntnis genommen, den am 9. Juni dieses Jahres eine große Anzahl Genossinnen und Genossen an den Partei- und Fraktionsvorstand gesandt haben. Sie schließt sich den Ausführungen und Forderungen dieses Schreibens mit allem Nachdruck an und spricht die ungeduldige Erwartung aus, daß Partei- und Fraktionsvorstand nun unverzüglich zur proletarisch-sozialistischen Politik zurückkehren werden. Die Versammlung begrüßt die tapfere Friedensarbeit der ausländischen Genossen und ruft die Genossen auf ihre volle Schuldigkeit im proletarischen Klassenkampf gegen den Krieg zu tun und über die Trümmer des Burgfriedens hinweg an den Wiederaufbau der Internationale zu gehen. Diese Resolution bitten wir direkt an Partei- und Fraktionsvorstand zu senden. . . Auch das alles sehr schnell aus vielen Gründen, die hier nicht dargelegt werden können. In Hamburg und Berlin ist die Aktion für solche Resolutionen bereits im Gang.« Der Inhalt dieses Schreibens charakterisiert zur Genüge die Arbeit, die in den letzten Wochen von einer Gruppe der Partei-minderheit geleistet wurde.«

Das Schriftstück sollte in den weitesten Arbeiterkreisen im Wortlaut bekannt werden. Es zeigt, mit welcher Skrupellosigkeit hier eine Partei-meinung zu machen versucht wird. Die Partei hat mit Ausnahme weniger Bezirke trotz dem Belagerungszustand in geschlossenen Vereinsversammlungen Stellung zu der Streitfrage nehmen können und hat sie genommen. Das wissen die Organisatoren des Vorstoßes gegen die Mehrheit am besten. Von Wichtigkeit in dem Rundschreiben aber ist der Satz: »Suchen Sie noch möglichst viele Funktionäre von politischen Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften . . . zur Unterschrift zu gewinnen.« Die Parteizerstörer werden sich nach diesem Vorgehen nicht zu wundern brauchen, wenn Gewerkschaften und Genossenschaften usw. sich zur Abwehr rüsten, damit sie von der Zerstörung nicht mit erfaßt werden. Am 27. Juni berichtete der Vorwärts von 700 Unterschriften, die der Protestbrief erhalten haben soll¹⁾; zu seinem Bedauern mußte er gleichzeitig bekannt geben, daß der im Druck befindliche Protestbrief beschlagnahmt worden sei. Das am 17. Juni an Gewerkschaftsfunktionäre gesandte Exemplar hatte 172 Unterschriften, darunter 20, bei denen sich die Angabe einer gewerkschaftlichen Funktion befand. Die Generalkommission der Gewerkschaften

¹⁾ Ob es 700 sind, weiß ich heute noch nicht. Ich werde sie später zählen und nach dem Grad der Beteiligung registrieren im Namen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands »Parteirettung« oder »Parteizerstörung« zu proklamieren. Name und Art der Unterzeichner haben jedoch, wie ich schon jetzt nach genauer Durchsicht der Liste sagen will, auf meine Parteinerven außerordentlich beruhigend gewirkt.

Deutschlands sah sich deshalb veranlaßt in einer längern Kundgebung gegen die Sonderbündelei am 23. Juni zu erklären:

»Die Parteigenossen . . ., die ihrem Namen unter dem Rundschreiben den Titel eines Gewerkschaftsfunktionärs hinzugefügt haben, sind nicht berechtigt im Namen der Gewerkschaften oder des Verbandes, dem sie angehören, ja nicht einmal im Namen des Organisationszweiges, dessen Leitung ihnen anvertraut ist, zu sprechen. Es ist ein Mißbrauch des Vertrauenspostens, wenn sie den Anschein erwecken wollen, als stände die Organisation, als deren Vertreter sie sich in dem Rundschreiben bezeichnen, in der Sache hinter ihnen.«

Unter den 172 Unterzeichnern befinden sich 12 Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Mitglieder der Körperschaft, die mit großer Mehrheit die Beschlüsse gefaßt hat, gegen die der Vorstoß sich richtet. Zweifellos ist die Aktion selbst von diesen Genossen eingeleitet, denn die Gewerkschaftsfunktionäre sollten an einen der mitunterzeichneten Reichstagsabgeordneten ihre zustimmende Erklärung senden. Doch damit noch nicht genug. Auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, der gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei ist, hielt sich zu einer gleichartigen Kundgebung, wie sie der Protestbrief brachte, verpflichtet. Sie erschien am 19. Juni in der Leipziger Volkszeitung, unter dem Titel Das Gebot der Stunde, und war von Bernstein, Haase und Kautsky gezeichnet. Sie ist auf die Herbeiführung einer Beendigung des Krieges gerichtet und lautet am Schluß:

»Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziele zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt diesem Gebote Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volk und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß. Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben.«

Und eigentümlich, die sozialdemokratische Presse des Auslands ist auch in diesem Fall über Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands besser informiert als der Vorstand der Partei und die Parteigenossen. In der Humanité vom 24. Juni sagte der Genosse Renaudel in einem Artikel, der sich mit jenem »Gebot der Stunde« beschäftigt:

»Ich verstehe wohl, daß man sich wundern wird, wieso dieses Dokument unter der Kontrolle der Zensur veröffentlicht werden konnte. Dem Vorwärts war seine Veröffentlichung verboten worden, aber weil die Zensur (man wird nicht verlangen, daß sie intelligenter sei als in Frankreich?) in der Provinz ohne Zusammenhang ist, konnte die Leipziger Volkszeitung es veröffentlichen.«

Die vereinigten 3 Genossen wenden sich in der Leipziger Volkszeitung gegen die Politiker in Deutschland, die die Regierung für Annexionen gewinnen wollen. Die Antwort gibt ihnen Genosse Renaudel, der einer der ältesten und bravsten Sozialdemokraten Frankreichs ist, in dem genannten Artikel wie folgt:

»Wir wollen uns keine Illusionen machen, aber wir danken Haase, Bernstein und Kautsky für ihre mutige Sprache. Sie werden anerkennen und sie können das den Proletariern ihres Landes sagen, daß unter den französischen Sozialisten nicht einer von einer möglichen Annexion gesprochen hat. Die Rückkehr durch Gewalt genommener französischer Provinzen fordern heißt nicht von Annexionen sprechen.« Ob die 3 Genossen den letzten Satz unterschreiben werden? Sie wollen nach ihrer Kundgebung den Frieden herbeigeführt wissen. In der Sache selbst sind wir uns wohl alle einig. Es wäre frivol anzunehmen, daß es auch nur ein einziges Mitglied in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gibt, das nicht die baldige Beendigung des Krieges herbeiwünscht. Nur der

Weg kann nicht gewiesen werden, auf dem wir gegen den Willen Englands und Frankreichs und gegen den Willen der großen Mehrheit der sozialistischen und Arbeiterparteien dieser Länder zum Ziel gelangen können.‘) Das wissen die Parteizerstörer ebenso gut wie Bernstein, Haase und Kautsky. Von diesem Gesichtspunkt aus ist ihr Vorgehen zu bewerten.

Auch darüber werden wir uns einig sein, daß, nachdem einmal die berufenen Parteikörperschaften beschlossen haben schon vor Beendigung des Krieges eine Aussprache über die Taktik der Fraktion in der Partei herbeizuführen, es das gute Recht jedes Parteigenossen, einschließlich des Vorsitzenden der Partei, ist seine Meinung in der Sache kundzugeben. Etwas anderes ist es jedoch, wenn einer solchen Kundgebung ein Charakter beigelegt wird, der die deutliche Absicht erkennen läßt entgegen den bisherigen Gepflogenheiten in der Partei einen Druck auf die Mehrheit auszuüben, um sie zu zwingen den Willen der Minderheit zu erfüllen. Diesen Charakter trägt der Artikel der 3 Genossen, der in der Leipziger Volkszeitung veröffentlicht wurde. Die Stimmung des Genossen Bernstein während des Krieges ist psychologisch zu begreifen. Auch dem Genossen Kautsky sind mildernde Umstände zuzubilligen; er stochert seit einem Jahrzehnt mit seinem Hirtenstab im Nebel der grauen Theorie herum, ohne einen festen Halt zu gewinnen. Anders liegt es mit dem Genossen Haase. Ihm wurde mit dem höchsten Ehrenamt der Partei auch die Verpflichtung übertragen für die Einheit der Partei einzutreten und unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß die Beschlüsse der Mehrheit zur Anerkennung und Durchführung gelangen. Niemand kann gegen seinen Willen und gegen seine Überzeugung zu einer Handlung gezwungen werden. Wenn man jedoch diesen seinen Willen in den Verhandlungen der Körperschaft, der die Leitung der Partei übertragen ist, ausdrückt und durch Abstimmung bekräftigt, nachher jedoch in der Öffentlichkeit den Anschein erweckt, als stünde man im Gegensatz zu der Auffassung dieser Körperschaft, dann liegt zum mindesten Mangel an Taktgefühl vor. Der Parteivorstand gab gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Friedenskundgebung vom 26. Juni, die zum Verbot des Vorwärts geführt hat, bekannt, »daß eine solche Kundgebung bereits am 7. Mai vom Parteivorstand einstimmig beschlossen worden ist«:

»Von diesem Beschluß ist am 15. Mai einer Konferenz der Parteiredakteure und Ende Mai der Reichstagsfraktion Kenntnis gegeben worden. Die Ausführung des Beschlusses wurde dann aber (und zwar ebenfalls auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes) zunächst vertagt wegen des Eingreifens Italiens in den Krieg.«

Eine solche Feststellung ist bitter für den Vorsitzenden des Parteivorstands, der ein Manifest veröffentlichte, nach dem man annehmen mußte, daß der Vorstand erst durch dieses zu einer Handlung gezwungen werden sollte, die der Vorsitzende für notwendig hielt, jedoch auf anderm Weg nicht durchsetzen konnte. Ich erwarte bestimmt, daß niemand aus diesem meinem Urteil persönliche Gereiztheit gegen den Genossen Haase oder einen Zweifel an seiner

‘) Im Basler Vorwärts vom 27. Juni finde ich einen Aufsatz Dr. Breitscheids, in dem folgender Satz steht: »Es ist eins der größten Verdienste des von Bernstein, Haase und Kautsky erlassenen Aufrufs, daß er den unsicher Schwankenden die Richtung weist, die sie als Sozialdemokraten im gegenwärtigen Zeitpunkt gehen müssen.« Dr. Breitscheid kandidierte noch im Jahr 1912 für die Demokratische Vereinigung in 3 Wahlkreisen gegen die Sozialdemokratie. Nach der amtlichen Statistik erhielten damals im Wahlkreis 4. Düsseldorf Dr. Breitscheid (Demokratische Vereinigung) 1978, Haberland (Sozialdemokrat) 36 759 Stimmen.

1. Mittelfranken	206, Dr. Südekum ..	42 585 ..
2. Anhalt	2878, Bender ..	16 015 ..

Das war in der letzten Reichstagswahl vor dem Krieg. Dr. Breitscheid ist somit sicher berufen die »unsicher Schwankenden« in der Arbeiterpresse des Auslands zu stützen.

Ehrenhaftigkeit herauszulesen versuchen wird. Es kann jemand ein sehr guter Mensch und ehrenhafter Charakter sein und sich doch nicht zum Leiter einer Partei eignen, in der seit fast 2 Jahrzehnten Differenzen ihren Ausgangspunkt stets in theoretischen Erörterungen hatten. Das war auch meine Auffassung, als ich mich 1911 auf dem Parteitag in Jena gegen die Wahl des Genossen Haase zum Vorsitzenden der Partei wandte. Ich sagte damals zur Begründung meiner Ansicht:

»Gegenwärtig sowohl wie vielleicht in der nächsten Zeit wird es wesentlich darauf ankommen, daß wir den Posten eines Vorsitzenden mit einem Genossen besetzen, der nach der genannten Richtung hin ausgleicht, der bei Differenzen den nötigen Takt und ein gewisses Geschick bisher bewiesen hat.«

Niemand dachte damals daran, daß wenige Jahre später solcher Takt und solches Geschick zur Durchsetzung der Einheit in der Partei in einem weltgeschichtlichen Moment notwendig sein würden.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat nunmehr am 26. Juni eine Friedenskundgebung erlassen. Ob der Zeitpunkt dafür glücklich gewählt war, ist eine Frage für sich. Die Parteizerstörer werden behaupten, die Kundgebung des Vorstands sei nur auf ihr Vorgehen zurückzuführen. Sie werden annehmen, daß sie ihre Zerstörungsarbeit nur fortzusetzen brauchen, um ihren Zweck völlig zu erreichen. Sollte, was vorläufig kaum zu erwarten ist, ein solcher Erfolg eintreten, so würde das von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Gewerkschaften sein. Über deren Verhältnis zur Partei sagte ich in einem Vortrag am 27. Januar 1915:

»Den so viel angewandten Satz »Partei und Gewerkschaften sind eins« habe ich in dieser seiner abstrakten Form nie als richtig anerkannt. Wenn auch Zweck und Ziel beider Organisationen im großen und ganzen nach gleicher Richtung hin gehen, so sind doch die zu erfüllenden Aufgaben verschiedenartig, und infolgedessen ist auch eine besondere und verschiedenartige Organisation erforderlich. Aber über den Satz wird es wohl kaum eine Meinungsverschiedenheit geben, daß unsere modernen gewerkschaftlichen Organisationen in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Vertretung sehen. Darüber gibt es zweifellos Meinungsverschiedenheiten in den gewerkschaftlichen und Arbeiterkreisen nicht. Ist das der Fall, ist die sozialdemokratische Partei die politische Vertretung unserer Gewerkschaften, dann haben diese das weitestgehende Interesse daran, daß die Partei eine gewisse Einheitlichkeit besitzt, daß es in der Partei nicht zu Differenzen kommt, die die Einheit und damit die Kraft stören, die die Parteiorganisation als politische Vertretung im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen einsetzen muß. Die Gewerkschaften haben deshalb das weitestgehende Interesse daran, daß die Kraft und Einheitlichkeit der Partei nicht gestört wird... Es handelt sich für unsere heutige Versammlung nicht darum uns etwa das Recht anzumaßen über Vorgänge in der Partei eine Entscheidung zu treffen. Dies Recht maßen wir uns nicht an, sondern wir wollen festzustellen suchen, ob tatsächlich für die gewerkschaftlichen Organisationen durch die Störung der Einheit und Kraft unserer Partei eine Gefahr entstehen kann. Für die Vertretung der wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen Interessen ist ja Voraussetzung Einheitlichkeit der Partei. Ohne diese könnten wir sie als politische Vertretung nicht anerkennen. Wir müssen Vertrauen in den guten Willen der Partei haben die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse in ausreichendem Maße zu vertreten.«

Blätter wie der Vorwärts und die Leipziger Volkszeitung haben ja in den letzten Monaten ihr redlich Teil getan den Parteistreit in die Gewerkschaften zu tragen. Zum mindesten haben sie versucht einen Gegensatz zwischen den zur Fraktion stehenden Gewerkschaftsführern und den Mitgliedern hervorzurufen. Der Vorwärts wurde für einige Tage verboten. Deshalb ist es nicht angängig gerade jetzt nachzuweisen, wie stark das Schuldkonto dieses Blattes bei der Prüfung der Frage belastet werden muß, wie es möglich ist.

WOLFGANG HEINE · DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE IM DEUTSCHEN VOLK



INFACH ist die Lage in der Sozialdemokratie nicht«, schrieb neulich ein führendes fortschrittliches Blatt. Man muß anerkennen, daß das milde ausgedrückt ist, und daß die bürgerlichen Parteien und die Regierung in anständiger Weise darauf verzichten die Verworfenheit dieser Verhältnisse zu Angriffen gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Gewiß tun sie das nicht aus Liebe zu uns, wohl aber aus der Einsicht in die Notwendigkeit in dieser Zeit des Handelns die Einmütigkeit im Volk zu erhalten, um dem Hauptziel der Verteidigung des Vaterlands nicht Abbruch zu tun. Sie zeigen dabei mehr Verantwortlichkeitsgefühl und politisches Urteil als die Schreier, die selbst in dieser Weltkatastrophe, wo der Haß der zum Äußersten entschlossenen Feinde Deutschland mit Vernichtung bedroht, einem blinden Doktrinarismus folgen, ohne nach den Folgen für unser Volk zu fragen, die jetzt die Einigkeit der Partei und den festen Zusammenhalt zur Verteidigung im Krieg stören, zur Freude des feindlichen Auslands.

Die letzten Tage haben uns in rascher Folge ein von Unwahrheiten und Schmähungen gegen Deutschland strotzendes Flugblatt («Der Hauptfeind steht im eigenen Lande»), die Adresse vom 9. Juni, unterzeichnet von einigen hundert *Notabilitäten* der Partei, dann den Aufruf Das Gebot der Stunde von Bernstein, Haase und Kautsky gebracht; ungerechnet den Schwall von schmählichen Aufsätzen, die gewisse Genossen in der Berner Tagwacht abladen und die eine kaum mehr zu überbietende Höhe in dem Artikel Der deutsche Raubzug erreicht haben. Dieses ganze Treiben wird durch den Belagerungszustand in Berlin gefördert. Fragt man die Opponenten, was die Partei eigentlich hätte anders machen sollen und was sie jetzt tun solle, so bekommt man zur Antwort, dies könne wegen des Belagerungszustands nicht in der Presse oder öffentlichen Versammlungen erörtert werden. Unter Berufung auf die angebliche Mundtotmachung der Opposition durch den Belagerungszustand verschließt das sogenannte Zentralorgan der Partei seine Spalten jedem Wort, das zur Begründung des Mehrheitsstandpunkts gesagt wird. Sogar die einfachen Tatsachen, zum Beispiel die Haltung der Genossen im Ausland, gibt dies Blatt gar nicht oder einseitig und entstellt wieder. Unterdessen beteiligen sich seine Redakteure, die ja allesamt bei der Inhaltlosigkeit des Blattes nichts zu tun haben, an der Hetze in Flugblättern oder Versammlungen.

Worauf soll dies alles hinaus?

Der Notabelaufruf vom 9. Juni verlangt, daß die Partei »auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden« eröffne. Worin der »Klassenkampf« jetzt in der Kriegszeit bestehen soll, darüber hüllen diese Verkünder eines neuen Weges für die Sozialdemokratie sich in tiefes Schweigen. In geschlossenen Versammlungen, wo kein Belagerungszustand sie stört, habe ich versucht herauszubekommen, was sie denn eigentlich wollen. Es ist interessant festzustellen, daß sowohl Haase wie Ströbel die Notwendigkeit zugeben auch fernerhin dem Vaterland mit der Waffe zu dienen und es zu verteidigen.

In manchen Köpfen spukt aber ein Vorbehalt: Fechten sollen unsere Genossen, aber nur gezwungen, nicht freiwillig, nicht mit Begeisterung. Ich muß gestehen, daß eine solche Gesinnung mir unvorstellbar ist. Wenn ein politischer oder religiöser Fanatiker in seinem Haß gegen den Krieg so weit ginge, daß er den Waffendienst verweigerte und die Folgen für seine Person auf sich nähme, so könnte das ein ehrenhafter Irrtum sein. Wer aber einsähe, daß er für sein Vaterland kämpfen muß und trotzdem dies mit möglichst saurer Miene täte, der würde an Schuljungen erinnern, die zwar aus Angst vor dem Lehrer ihre Aufgaben lernen, sich aber dadurch rächen, daß sie sie möglichst brummig und mißvergnügt aufsagen. Wofür kämpfen unsere Heere? Für die Sicherung unseres Landes und Volkes. Ich wüßte nicht, warum man dies nur *gezwungen* tun sollte. Wofür begeistern sich unsere heldenmütigen Kämpfer? Wahrhaftig nicht dafür, daß sie einem Gegner das Bajonett in den Leib rennen oder Handgranaten vor die Füße werfen, sondern für die Aufgabe das Vaterland zu retten. Dafür setzen sie in jedem Augenblick ihr Alles aufs Spiel; sie könnten bei ihrem Werk nicht aushalten ohne Liebe, ohne das Bewußtsein, daß daheim die Herzen für sie und ihre Treue schlagen. Diesen besten Genossen wollen Schreiberseelen und Versammlungsschwadronen hier im sichern Land vorschreiben sich nicht zu begeistern, ihre Pflichterfüllung als *Zwang* anzusehen! Ich wollte, daß einer aus dem Felde antwortete: Wer im Kugelregen steht, der hat keine Zeit für solche jämmerlichen Vorbehalte.

Also noch einmal: Was wollen jene Parteiretter? In einer Versammlung riefen mir auf meine Frage danach ein paar Frauenstimmen entgegen: »Die Waffen nieder!« Als ich ihnen aber sagte, daß unsere Truppen, wenn sie die Waffen niederlegten, sicherlich von Russen und Franzosen erschlagen und unsere Grenzen von Feinden überschwemmt werden würden, da meinte eine Genossin, die das Denken noch nicht völlig verlernt hatte: »Selbstverständlich, wenn die Feinde es auch tun.« Sehr einverstanden. Das heißt nämlich: Wenn der Friede da ist, werden wir nicht mehr weiter kämpfen. Das wäre freilich eine Weisheit, zu der sich wirklich nicht einige hundert Parteiautoritäten zusammensetzen brauchten. Vor allem würde sie keine Abkehr von der Haltung am 4. August bedeuten und nicht die Angriffe verständlich machen, die gegen Fraktion und Parteivorstand erhoben werden.

Man muß also immer weiter fragen: Was soll nach der Meinung jener Parteinotabeln die Partei tun? Worin soll der von ihnen gepredigte proletarische Klassenkampf bestehen? Ich polemisiere noch gar nicht dagegen, ich will nur hören. Bis jetzt habe ich keine Antwort bekommen, sooft ich gefragt habe. Es müßte denn sein, daß die Antwort in der Berner Tagwacht zu suchen wäre, wo ein unverhohlener Haß gegen Deutschland und der Wunsch seiner Niederlage täglich zum Ausdruck kommen. Ich kann bestimmt versichern, daß auch unter denen, die in Opposition gegen die Fraktionsmehrheit und die Politik des 4. August stehen, keine nennenswerte Zahl sein kann, die solche verräterischen Wünsche hegte. Wer, der nicht durch kaltes Theoretisieren und gedankenlose großsprecherische Phrasen direkt verblendet ist, wollte im Ernst behaupten, das Vaterland und seine Not könnten uns gleichgültig sein, die Bedrohung mit feindlicher Invasion verpflichtete uns nicht zum Widerstand, es wäre für uns das selbe, ob das deutsche Volk unter dem Krieg litte oder seine Gegner. Solches Gerede

widerspricht selbstverständlich der ganzen Überlieferung der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale. Alle Führer des Sozialismus, Bebel, Liebknecht der Alte, Jaurès und Guesde haben sich gerade entgegengesetzt geäußert, und der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart hat die Pflicht der Sozialisten zum Schutz des gefährdeten Vaterlands ausdrücklich festgestellt. Gerade die deutsche Sozialdemokratie hat stets den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit abgelehnt und hat am 4. August 1914 in bewußter Konsequenz ihrer früher ausgesprochenen Grundsätze gehandelt. Wenn jetzt irgendwo ein solcher prinzipwidriger Unsinn geäußert wird, so gehört das in das Gebiet der Kriegspsychosen; die Sorgen und Aufregungen, die Schwierigkeit eine neue Lage schnell zu erkennen und sich zu dem Notwendigen zu entschließen erklären und entschuldigen manches. Ein solcher überstiegener Internationalismus steht auf einer Stufe mit dem nationalen Haßgebrüll der andern Seite, das ebenso gedankenlos und gefährlich ist.

Im Februar habe ich in meiner Schrift Gegen die Quertreiber gesagt, daß niemand auf meine Frage, wie die Partei in der Gefahr des Vaterlands sich hätte anders verhalten sollen, antworten würde. Ich schrieb: »Einfach deshalb, weil nur zwei Antworten darauf denkbar sind: Entweder das Eingeständnis, daß es auch ihnen nicht möglich ist eine andere Stellung zum Krieg zu finden als wir, gegen die sie jetzt losziehen; dies Geständnis müßten bei einigem Nachdenken alle ablegen, die unsere deutschen Arbeiter und die Organisationen, die ihnen alles bedeuten, vor den Folgen einer Niederlage bewahrt sehen wollen, und das möchten, denke ich, doch auch sie. Oder aber, die Antwort müßte ein Bekenntnis zu Hoffnungen und Aussichten enthalten, die, wirklich ungeschminkt ausgesprochen, die Empörung und Verachtung des ganzen Volkes, gerade auch der Arbeiter, entfachen würden, dergestalt, daß jeder, der sie äußerte, fürchten müßte gelyncht zu werden.« Inzwischen haben einzelne Leute wirklich solche Bekenntnisse abgelegt. Es ist ganz gut so: Da erfahren die Genossen im Reich und in den Schützengräben doch einmal, worauf die ganze Hetze hinausläuft, was ihre unweigerliche Konsequenz ist. Und ich denke, daß viele, die aus Schwerfälligkeit oder Gewohnheit des Opponierens sich von den Quertreibern haben einfangen lassen, zur Besinnung kommen werden, wenn ihnen klar wird, wo sie sich befinden.

Daß eine Welle des Quertreibertums in der Partei sich überhaupt erheben und Kreise ziehen konnte, hat seinen Grund in der durchaus berechtigten Sehnsucht mit diesem Krieg zu Ende zu kommen, eine Sehnsucht, die jeder fühlende und vernünftige Mensch teilt; mehr noch in der Ausnutzung dieses Wunsches durch eine bedenkenlose Agitation. Die Hauptschuld liegt in Berlin am Vorwärts, der die wirklichen Friedensmöglichkeiten und das, was ihnen jetzt noch entgegensteht, nicht klar und wahr darstellt und sich dadurch als der schlimmste Schädiger wirklicher Friedensarbeit erweist. Systematisch werden von gewisser Seite die Genossen in den Glauben versetzt, daß Deutschland den Krieg schon gewonnen hätte, daß es nur an der Regierung und den herrschenden Klassen Deutschlands läge, wenn der Friede nicht hergestellt würde, daß deshalb mit dem Schrei nach Frieden, mit der Parole »Die Waffen nieder!«, mit der Anrufung der Feinde und dem Appell an die internationalen Ideale, mit der Ablehnung des Durchhaltens der Friede hergestellt werden könnte. Demgegenüber zeigt uns gerade in diesem

Moment eine Äußerung Vanderveldes, zu der die Redaktion der Humanité ausdrücklich ihre Zustimmung gibt, was auf dem Spiel stünde, wenn wir die Verteidigung Deutschlands jetzt aufgäben.

Vandervelde gibt den geheimen Verfassern des Flugblatts »Der Hauptfeind steht im eigenen Lande«, die sich bei den Feinden des Deutschen Reichs anzubiedern suchen, eine geradezu grausame Antwort. Bis die Deutschen aus Belgien und Frankreich vertrieben seien, würden die belgischen Genossen die Ohren schließen, wenn man ihnen von gemeinsamer Friedensaktion reden komme. Nachdem Italien in den Krieg eingetreten sei, und vielleicht auch die Balkanvölker dazukämen, sei es übrigens nicht mehr möglich zu dem Zustand zurückzukehren, der vor dem Krieg bestand. Jetzt müssen nicht nur die elsaß-lothringische und die polnische, sondern auch die rumänische, die bulgarische, die serbische und die italienische Frage gelöst werden, denn solche Völkerschaften seien immer noch unter deutschem, türkischem oder österreichischem Joch. Natürlich wolle man keine von wirklich Deutschen bewohnten Gebiete nehmen sondern nur das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker allenthalben anwenden, entsprechend der Londoner Resolution der Sozialisten der Ententestaaten. Die deutschen Sozialisten sollten doch erklären, ob sie dieses Prinzip der Internationale anerkennen und bis zur äußersten Konsequenz durchführen helfen wollen, oder ob sie zum Nutzen der Zentralmächte für die Aufrechterhaltung des alten Zustands seien. Und Vandervelde schließt mit dem offenen Wort: »Weil dies meine ehrliche und tiefe Überzeugung ist, darf ich wohl sagen, daß, wenn die Niederlage Deutschlands, des militaristischen und imperialistischen Deutschlands, für alle Völker ein Lebensinteresse darstellt, es das Volk Deutschlands selbst ist, das daran das meiste Interesse hat.« Das heißt nichts anderes, als daß Vandervelde sich die Zertrümmerung Österreichs und der Türkei und die Verstümmelung Deutschlands zum Ziel setzt, und daß er die deutschen Genossen auffordert ihm dabei behilflich zu sein.

Ich rechte nicht mit dem Genossen Vandervelde über die Einseitigkeit und Übertreibung, mit der er uns entgegentritt. Kein deutscher Minister, geschweige denn ein deutscher Sozialdemokrat hat daran gedacht einem der mit uns kriegführenden Länder eine solche Zerstörung ihrer Existenz anzudrohen; aber es sei ihm verziehen, der sein unglückliches Vaterland verteidigt und stets klar und folgerichtig, mutig und stolz nach diesem Willen gehandelt hat; ganz anders als gewisse schwankende Gestalten in Deutschland. Zu schämen haben sich nur die Hintermänner des Flugblatts, die dem Genossen Vandervelde das Recht gegeben haben ihnen ein solches Ansinnen zu stellen, das für einen Deutschen schmähsch ist. Man mache sich aber klar, daß nicht nur der nackte Hochverrat, das Wegwerfen der Waffen und das Paktieren mit dem Feind, Deutschland zum Verderben reichen können, sondern daß auch Kleinmut und Uneinigkeit den Feinden in die Hände arbeiten. Der Krieg ist noch nicht zu Ende. Italien ist in die Reihe unserer Feinde getreten, und auf dem Balkan werden Versuche gemacht Rumänien, Griechenland und Bulgarien in den Krieg gegen uns und unsere Bundesgenossen zu hetzen. Laut verkünden es die Feinde, daß die Dardanellen mit italienischer, griechischer oder rumänischer Hilfe zu Fall gebracht werden sollen, und daß dann Rußland von neuem mit wohlausgerüsteten Millionen Deutschland und Österreich überschwemmen werde. Noch kämpfen

die Russen hart an den Grenzen deutschen Gebiets und machen fortwährend neue Vorstöße. Noch zweifelt die öffentliche Meinung in den Ländern des Vierverbands nicht im geringsten an der endlichen Niederlage der Zentralmächte. Deshalb ist es auch jetzt noch notwendig alle Kräfte zusammenzuführen, um der riesigen Gefahr zu begegnen. Alles, was den Entschluß lähmt, die Einmütigkeit zerstört, den Siegeswillen ertötet, kommt den Feinden des Deutschen Reichs zugute. Namentlich aber werden diese um so weniger geneigt sein über einen vernünftigen und gerechten Frieden zu verhandeln, je mehr ihnen das deutsche Volk ein Bild der Unentschlossenheit und Uneinigkeit zeigt.

Die Sehnsucht nach Frieden ist begreiflich. Die Führer im Kampf gegen die Reichstagsfraktion fälschen die Wahrheit, wenn sie den Parteigenossen einreden, sie allein wären Freunde des Friedens. Innerhalb und außerhalb der Partei wird es keinen vernünftigen Menschen geben, der nicht je eher je lieber Frieden haben möchte. Aber doch nur einen Frieden, bei dem Deutschland bestehen kann. Solange die Feinde uns den nicht gewähren wollen, gibt es keine andere Parole als das Durchhalten. Gegen dieses Wort wendet sich der ganze Ingrimm der Berner Tagwacht und ihrer deutschen Hintermänner. Daß es den Engländern, Franzosen und Russen angenehm wäre, wenn Deutschland nicht mehr durchhalten wollte, ist begreiflich. Diese Gegner künden Deutschland den Untergang an. Auf deutscher Seite heißt deshalb durchhalten nichts anderes als diese feindlichen Pläne unter allen Umständen vereiteln, es heißt alle Kräfte zusammenraffen, um eine Kriegslage zu schaffen, bei der unsere westlichen Gegner endlich einsehen, daß sie nicht mehr auf die russische Dampfwalze rechnen können, daß ein für alle Teile ehrenhafter Frieden für sie nicht mit Gewalt sondern nur durch loyale Friedensverhandlungen zu erreichen ist, bei der die Italiener merken, wie frevelhaft und verderblich ihre Ablehnung des österreichischen Angebots war, bei der auch Rußland begreift, daß Deutschland und Österreich unerschütterlich feststehen. Wer das Durchhalten in diesem Sinn dem deutschen Volk verleiden will, der befördert nicht den Frieden sondern erschwert und verzögert ihn.

Geradezu als Verräter an der Idee des Friedens aber hat der gehandelt, der das Schriftstück der wirtschaftlichen Verbände, das deren Kriegsziele enthält, der Berner Tagwacht in die Hände gespielt und in dem Artikel Der deutsche Raubzug die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt hat, dies wäre das Kriegsziel der deutschen Regierung. Man muß nur lesen, wie Hanotaux im Figaro, Clemenceau im Homme enchainé und selbst die Humanité dies zum Anlaß nehmen, um die Kriegslust in Frankreich neu anzustacheln und den Kampf gegen Deutschland bis zur Vernichtung zu predigen. Deutsche Sozialdemokraten, die ehrlich einen Frieden wollen, der nicht auf Kosten ihres Vaterlands geschlossen wäre, müßten die Gemeinschaft mit einem Menschen, der bewußt sein Vaterland und sein Volk schädigt, der vielleicht das Blut neuer Zehntausende von Braven in Deutschland und den feindlichen Ländern auf seinem Gewissen hat, mit Entrüstung ablehnen.

Freilich soll auch die Schuld derer nicht vergessen werden, die allen deutlichen Warnungen der Regierung zum Trotz diese ausschweifenden Wünsche zu Papier gebracht haben, ohne Rücksicht auf die Unmöglichkeit sie dem feindlichen Ausland geheim zu halten. Über den Inhalt dieser Pläne kann

und will ich hier nicht reden. Das ganze Geschwätz für und gegen Annexionen hat mich als Deutschen stets aufs schmerzlichste berührt, weil es unser Volk in die lächerliche Stellung von Narren bringt, die in ernster Zeit nichts Besseres zu tun wissen als sich über das Fell des Bären zu streiten, der noch nicht erlegt ist. Darum bin ich jeder Erörterung dieser Art aus dem Weg gegangen. Für einen deutschen Sozialdemokraten ist sie auch ganz unnötig, denn ihm ist es ohnehin selbstverständlich die Selbständigkeit anderer Kulturnationen zu achten so wie die seines eigenen Volks und in sein eigenes Haus nicht den Zündstoff ewiger nationaler Streitigkeiten hineinzutragen. Der Friede der Welt ist uns so heilig, und unser Blick ist so in die Zukunft gerichtet, daß uns die Vermeidung neuer Kriege als die wichtigste Aufgabe des zu schließenden Friedens und der künftigen europäischen Politik erscheint. Das hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, und das haben wir alle, die wir treu zum Vaterland halten, auch diejenigen, die ein lächerlicher, durch die Presse laufender Artikel als den »annexionistischen Flügel« der Partei bezeichnet, oft und deutlich genug ausgesprochen. Dies genügt. Man dient dem Frieden nicht, wenn man, verfrüht und ohne Rücksicht auf die tatsächliche Lage, über seine Bedingungen redet und damit dem Feind Trümpfe in die Hand gibt, namentlich auch die Neutralen verstimmt und gegen uns einnimmt. Es wird die Zeit kommen, wo auch in den feindlichen Ländern das Verständnis für die Frage erwacht, ob man den Krieg durch einen anständigen Frieden beenden oder, um Eroberungen zu machen, ins Grenzenlose fortführen solle. Dann, aber auch erst dann, wäre die Möglichkeit gegeben diesen Gegenstand ohne Schaden zu besprechen.

Darum konnte man der Regierung beipflichten, daß sie die öffentliche Erörterung der Kriegsziele nicht dulden wollte. Nachdem aber die Eingabe der 6 Verbände im Ausland bekannt ist und dort als Äußerung der deutschen Regierung ausgegeben wird, halte ich die Aufhebung des Verbots im Interesse des Reichs für erwünscht. Es kommt jetzt tatsächlich nur noch denen zugute, die im Ausland gegen Deutschland hetzen und im Inland den Willen zum Kampf für das Vaterland zermürben wollen. Auf dessen Erhaltung allein kommt es aber an. Mögen noch so einflußreiche Kreise Wünsche äußern, die wir nicht teilen, der Krieg ist nicht ein Krieg für Eroberungen sondern für den Schutz Deutschlands. Dies müssen wir dem Volk sagen und beweisen können, dazu aber brauchen wir Freiheit der Rede. Das Beispiel Englands zeigt uns, daß das Volk dadurch im Krieg nicht schwächer sondern stärker wird.

Darum ist es auch ganz verfehlt gegen die von dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebene Erklärung Sozialdemokratie und Frieden vorzugehen. Diese Erklärung zeigt den festen Willen des Parteivorstands am Standpunkt vom 4. August 1914 festzuhalten. Sie wendet sich gegen die Irreführung der deutschen Parteigenossen und gegen die Verleumdung, daß die Anhänger der Vaterlandsverteidigung keinen Frieden wünschten, sie verlangt Einheit und Geschlossenheit der deutschen Arbeiterbewegung. Es war hohe Zeit, daß eine solche Erklärung abgegeben wurde, die sowohl eine Zurückweisung der Notabelnerklärung Albrecht und Genossen als des Triumvirats Bernstein-Haase-Kautsky bedeutet. Dieser Hauptteil der Erklärung ist so wichtig, daß man die letzten, weniger glücklichen Sätze ruhig hätte mit in den Kauf nehmen sollen. Zumal sie schon

dadurch hinreichend charakterisiert sind, daß sie in vollem Widerspruch zu dem übrigen Inhalt stehen. Nachdem der Parteivorstand auseinandergesetzt hat, wie schroff ablehnend sich in den Dreiverbandsländern selbst die sozialistischen Parteien gegen jeden Friedensgedanken gezeigt haben, kann er doch schwerlich erwarten, daß deren kapitalistische Regierungen bereitwilliger auf Friedensanregungen eingehen würden. Wie könnte die deutsche Regierung den Feinden Friedensverhandlungen anbieten, nachdem diese eben durch ihre berufensten Wortführer erklärt haben, der Kampf müßte bis zum Sieg oder Untergang durchgeführt werden?

Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die tatsächliche Lage des Krieges genau so gut gekannt hat wie andere Leute, und wenn man deshalb in dieser Aufforderung an die Regierung nichts als eine schöne Geste sieht, bestimmt Parteigenossen und vielleicht auch ausländische Sozialisten zufriedenzustellen. Hier ist aber doch zu sagen, daß Zeit und Gegenstand zu ernst sind, um Gesten zu machen, denen die Tatsachen nicht entsprechen. Ungefährlich ist diese wirklich nicht. Bereits verwertet die feindliche Presse das Verlangen des Parteivorstands, die deutsche Regierung solle den ersten Schritt zum Frieden tun, als Beweis von Schwäche und Verworfenheit in Deutschland. So kann dadurch der Kriegswille bei unseren Gegnern neu angefacht werden; ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen, die der Parteivorstand sich davon gemacht hat. Auch auf die Parteigenossen befürchte ich eine ungünstige Rückwirkung. Die ganze Quertreiberei beruht darauf, daß namentlich in Berlin die Bevölkerung sich des Ernstes der Lage, der Größe der Deutschland noch immer angedrohten Gefahr und der Schwierigkeit der noch zu lösenden Aufgaben, ehe wir auf einen Frieden hoffen können, noch lange nicht bewußt ist. Es heißt diese Verwirrung befördern, wenn man an die Regierung eine Zumutung stellt, für die bisher alle tatsächlichen Voraussetzungen fehlen. Die Gegner der Fraktion und des Parteivorstands wird man dadurch nicht beschwichtigen sondern höchstens ermutigen.

Ebenso erwarte ich von dieser Erklärung gerade das Gegenteil der erhofften Wirkung auf die sozialistische Internationale. Ich habe wahrhaftig nichts übrig für die Maßlosigkeiten des Völkerhasses und habe von Anbeginn die Notwendigkeit betont die internationalen Beziehungen im Sozialismus wiederherzustellen, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt. Der Parteivorstand und die Fraktion haben sich in wiederholten Erklärungen auf den selben Standpunkt gestellt. Das ist nun aber auch genug. Die Genossen der feindlichen Länder haben größtenteils eine schroff ablehnende Haltung, die der neutralen nicht immer eine wohlwollende angenommen; es entspricht weder der Würde noch der Klugheit sich jetzt um die Anerkennung dieser anderen Glieder der Internationale zu bemühen. Eine so leicht und reichlich angebotene Freundschaft büßt an Wert ein und erweckt keine Sehnsucht. Vandervelde lehnt es ab mit den deutschen Sozialdemokraten über den Frieden zu verhandeln, die für die Kriegskredite gestimmt hätten; während er persönlich doch weit mehr getan hat. Ich meine, man sollte nun abwarten, bis die anderen an uns herantreten. Ich fürchte, daß fast schon mehr geschehen ist als dem Wunsch uns Achtung bei den Bruderparteien zu erwerben dienlich ist. Vielleicht liegt gerade hierin der Schlüssel für das Rätsel, daß die deutsche Sozialdemokratie, die den aus-

ländischen Genossen am meisten entgegenkommt, am heftigsten angefeindet wird, und daß man von ihr als ganz selbstverständlich eine Preisgabe der vaterländischen Interessen erwartet hat, die keine der ausländischen sozialdemokratischen Parteien für sich auch nur in Erwägung gezogen hat. Es wiederholt sich hier anscheinend in der Sozialdemokratie, was wir im Verhältnis der Völker sich im großen haben abspielen sehen: daß nämlich das deutsche Volk, das am meisten Entgegenkommen, ja Liebe für andere Nationen und Kulturen im Herzen und auf der Zunge trägt, für allen anderen am meisten gehaßt und mißachtet wird. Ich fürchte, daß die Erklärung des Parteivorstands uns bei den sozialistischen Parteien des Auslands keineswegs mehr Verständnis und Einfluß sichert sondern eher das Entgegengesetzte erreicht.

Die größte Gefahr dieser Erklärung aber sehe ich auf dem Gebiet der innern Politik; das Echo in der Post und ähnlichen Blättern bestätigt bereits meine Auffassung. Die politischen Reaktionäre haben keinen innigern Wunsch als die Sozialdemokratie wieder zu isolieren und eine Kluft zwischen ihr und der Sache des deutschen Volkes aufzureißen. Das hat bereits das Auftreten des Grafen Westarp im Reichstag gezeigt. Nun denke ich nicht daran die Einheit um jeden Preis zu fördern. Wenn wir über die Kriegsziele werden sprechen können, wird sich herausstellen, daß sie sehr von denen mancher anderen Leute abweichen, und ich werde dann den Streit darüber offen und mit Schärfe führen. Das ist dann ein Gegenstand, der des Kampfes wert ist. Die Erklärung des Parteivorstands aber schafft einen scheinbaren Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem übrigen Volk, ohne daß wir in der Lage wären zu sagen, was wir wollen, und zu beweisen, daß gerade dies im Interesse des Deutschen Reichs, des deutschen Volkes liegt. Das bringt uns in eine schiefe Lage und gibt unseren Gegnern die Möglichkeit zu der Unterstellung, die Sozialdemokratie wollte dem Vaterland den Schutz versagen; wir aber sind nicht imstande dies gehörig zu widerlegen. Und so wird durch die ganze Geste nichts in unserm Sinn erzielt, wohl aber vieles gefährdet. Nicht einmal der Schein der Einigkeit wird gerettet, denn Haase hat sich beeilt zu betonen, daß er der Vorstandserklärung nicht zugestimmt hätte; obgleich sie doch eine Konzession an seinen Standpunkt bedeutet.

Man mache sich klar: Nicht nur die Westarp und Genossen wollen die Sozialdemokratie isolieren, um dadurch jede innere Reform unmöglich zu machen, sondern die Haase und Genossen ziehen mit ihnen an dem selben Strang. Es ist ihnen ein Greuel, daß die Partei aus dem Schmollwinkel herausgekommen ist und in Berührung mit den anderen Parteien und der Regierung tritt, daß sie das Deutsche Reich jetzt nicht nur kritisiert sondern ihm positiv helfend zur Seite steht. Sie fürchten sich vor der Verantwortung in Deutschland und vor dem Groll der Internationalen. Nun ist es gewiß kein Vergnügen mit den Männern, die doch alle Männer von gestern sind, Politik zu machen; soll etwas dabei herauskommen, so braucht die Partei viel Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen andere wie gegen sich selbst, gegen die eigenen Wünsche, Gefühle, Neigungen und Theorien. Die Kämpfe werden schwer sein. Aber gerade darum ist es nötig, daß die Partei sich eine unerschütterliche Position schafft, von der aus sie erst für den Frieden und nachher für ein neues Deutschland wirken und kämpfen kann.

Diesen festen Boden hat sie, solange sie fest bleibt im Kampf für Deutschlands Erhaltung. Eine Sozialdemokratie aber, der in dieser gefährvollen Zeit mehr an der Zufriedenheit der Feinde Deutschlands in der Internationale als an den Interessen des eigenen Vaterlands zu liegen schiene, würde nicht darauf rechnen können die Führung des deutschen Volkes beim Frieden und nach dem Frieden zu besitzen. In der Gegenwart könnte deshalb nichts Schlimmeres geschehen, als wenn die Sozialdemokratie sich vom Deutschen Reich trennte.

XX
**MAX SCHIPPEL · DIE SPRENGUNGSAUFRUFE
 UND DIE PARTEIPRESSE**

FÜR die langvorbereiteten, wohlorganisierten Versuche angesichts des Krieges die sozialdemokratische Partei mit allen Mitteln der demagogischen Einschüchterung und des *boßähnlichen* Drahtzieher-tums zu einer andern Haltung zu drängen wird ungeheuer viel von der Stellungnahme der Tagespresse abhängen. Bisher hat sich hier, von der Handvoll journalistischer Minderheitsanhänger abgesehen, die schon seit Beginn des Krieges mißmutig murrend beiseite gingen, kaum irgend welches Schwanken gezeigt. Im Gegenteil, die Sprengungsaufrufe haben mehrfach die Neigung zu einem entschiedenen, vorbehaltlosen Auftreten gesteigert. Für die Gegenwart sowohl wie für die spätere rück-schauende Parteikritik scheint es deshalb von Belang einen Überblick über einige der bezeichnendsten Preßäußerungen zu geben: wobei heute die eigentlichen Gewerkschaftszeitungen, die einen besondern Flügel der Arbeiterbewegung darstellen, außer Betracht bleiben mögen.

MEHRERE Blätter wenden sich in sehr treffender Weise gegen die kindliche Auffassung und den demagogischen Trick: aus den Äußerungen einzelner Personen und Wirtschaftsverbände den frühern oder heutigen Charakter des Krieges, als Verteidigungs- oder Eroberungskrieg, abzulesen und nach solchen historischen Schlüsselbeobachtungen womöglich gar das parteigenössische Urteil und Verhalten einrichten zu wollen. Der Charakter des Krieges wird selbstverständlich nach wie vor nicht durch die neuerdings aufgeschnappten und aufgetischten begleitenden Reden, Kundgebungen, Beschlüsse und Resolutionen bestimmt, selbst wenn die, anscheinend unausrottbare *demokratische Bedientenseele* mit noch so gewaltigem Respekt den Titel und Rang der Urheber hervorzuheben vermag. Allein ausschlaggebend ist vielmehr die *gesamte internationale*, vor allem die militärische *tatsächliche Lage*: also was Deutschland anlangt, der vernichtungdrohende Ring der verbündeten Gegeninteressen Englands, Rußlands, Frankreichs und nunmehr auch Italiens, das in keiner Weise erloschene übermächtige Bestreben jedes fernere natürliche Wirtschaftswachstum des jugendkräftigsten europäischen Volkes in einem Meer von Blut zu ersticken. Selbst wenn man die (ziemlich vieldeutigen) Herrenhausreden und die (recht still verlaufenen) Zentralverbands- und Bündlerkundgebungen höher als gewöhnliche Tagesereignisse bewerten und etwa mit unseren eigenen Massenstreiksleitartikeln und -kundgebungen auf eine Stufe hinaufphantasieren wollte: an dem Grundwesen des Krieges ändern sie allesamt

wirklich herzlich wenig. Das Volksblatt für Anhalt schreibt daher mit Recht:

»Die Bernstein-Haase-Kautsky kommen auf die Eingabe der 6 großen Wirtschaftsverbände vom 20. Mai 1915 zu sprechen, die trotz der Persönlichkeiten, die dahinter stehen, keinerlei Autorität für die Art des Friedensschlusses zu beanspruchen haben. Was in der Eingabe steht, verdient die schärfste Zurückweisung und muß gerade vom Standpunkt eines wahrhaften Friedens und im Interesse eines baldigen Friedensschlusses als wahrhaft verbrecherisch bezeichnet werden. Es ist aber eine starke Dreistigkeit die Ziele dieser Eingabe auf Grund des bisher bekannt gewordenen Tatsachenmaterials mit den Zielen der Reichsregierung zu identifizieren. Gewiß sind die, die hinter diesen Verbänden stehen, ungefähr die selben, die als die Gesamtheit der politischen Gegner der Sozialdemokratie dastehen. Daß die über die Art des Friedensschlusses anders denken als wir Sozialdemokraten, wissen wir schon lange. Ein Trugschluß ist es aber aus deren Absichten über den Friedensschluß einen Schluß zu ziehen auf den Charakter des Krieges, den wir jetzt führen, ihn insbesondere nun als klaren Eroberungskrieg zu stigmatisieren. Auch was der König von Bayern jüngst über sein Kriegsziel gesagt hat, beweist nicht das mindeste dafür, daß unsere Feinde keine bösen Absichten hätten, gegen die wir uns wehren müßten. Auch wenn irgendwer auf unserer Seite Eroberungsabsichten hat, kann der Krieg doch wegen der Absichten unserer Feinde ein Verteidigungskrieg bleiben. Die Bernstein-Haase-Kautsky aber fordern, daß die Sozialdemokratie nunmehr mit der Kriegführung ihrerseits Schluß mache; ja noch mehr, sie fordern, daß die große Mehrheit nunmehr endlich ihren Fehler einsehe, den sie am 4. August bis in den März hinein gemacht habe, sie solle erklären, sie habe sich getäuscht, jetzt erkenne sie, daß es sich um einen Eroberungskrieg handle, jetzt begreife sie, daß die Bernstein-Haase-Kautsky und die übrigen von der Minderheit doch recht gehabt hätten. Davon kann aber nicht im geringsten die Rede sein. Der Krieg bekommt den Verteidigungscharakter, den wir ihm beizulegen uns gezwungen sahen, durch die Absichten unserer Feinde, der Russen, Engländer, Franzosen und Italiener.«¹⁾

Ähnlich wendet sich die Dresdener Volkszeitung gegen ein solches kurz-sichtigstes Anklammern an Äußerlichkeiten, das jedes geschichtliche Augenmaß vermissen läßt:

»Die drei Parteigenossen sagen übereinstimmend: »Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Kriege den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken.« Wir verurteilen durchaus die Pläne des Präsidenten von Wedel-Piesdorf, des Grafen Westarp, des Herrn Schiffer sowie die Eingabe der Großindustriellen und des Bundes der Landwirte. Wir können uns aber unsere Überzeugung über das Wesen des Krieges nicht von diesen Projektmachern aufzwingen lassen. Wir müssen uns eine selbständige Überzeugung auf Grund der Kriegsursachen und auf Grund der gegenwärtigen Kriegslage bilden. . . Wenn aber die Verfasser des Artikels meinen, die Programme der Annexionspolitiker machen aus dem bisherigen Verteidigungskrieg nunmehr einen Eroberungskrieg, so vermögen wir diesen Programmen, so sehr wir sie verurteilen, ein so großes Gewicht keineswegs beizumessen. Gewiß ist die Kriegslage glücklicherweise günstiger geworden, und die Gefahr einer unmittelbaren Bedrohung deutschen Gebietes scheint beseitigt zu sein. Es wäre aber äußerst voreilig jetzt sagen zu wollen: Wir sind mit der Verteidigung unseres Landes fertig; was jetzt geschieht, geschieht um des Eroberens willen! So stehen die Dinge wahrlich nicht. . . Andererseits ist noch kein einziges sicheres Anzeichen dafür zutage getreten, daß London, Paris, Petersburg, Rom ihren Eroberungskrieg, den sie offen verkündigten, aufgegeben haben, daß sie einen Deutschlands Sicherheit und Zukunftsentwicklung gewährleistenden Frieden zu schließen bereit wären. Es ist erstaunlich, daß erfahrene Politiker von einem deutschen Eroberungskrieg in einer Zeit zu sprechen über sich bringen, wo soeben erst Italien mit neuen Millionen Soldaten über uns herfällt und wo die Gefahr des Eingreifens noch anderer Staaten nicht abgewendet ist.«²⁾

Andere Blätter verspotten den fast humoristisch anmutenden stockkonservativen Köhlerglauben, daß nach einem so riesenhaften Völkerringen alles

¹⁾ Siehe den Leitartikel Ein Pronunziamento gegen die Partei im Volksblatt für Anhalt vom 22. Juni 1915.

²⁾ Siehe den Leitartikel Verfehltes Beginnen in der Dresdener Volkszeitung vom 22. Juni 1915.

einfach wieder in die alten verhängnisvollen Geleise zurückgleiten könne, und daß jedes Änderungsstreben womöglich ganz und gar zu verfeinern sei, wie das unsere internationalen Stillstandsrevolutionäre zum Prinzip zu erheben sich mühen. Am schärfsten spitzt hier das ausgezeichnet geleitete Hamburger Parteiorgan seine Polemik zu:

»Die Sozialdemokratie ist darin geschlossener Meinung, daß keine fremde Nation und Rasse mit Gewalt unterjocht werden soll, aber ist sie deswegen dafür, daß alles beim alten bleiben muß? Dieser Unsinn ist hier schon oft abgetan worden. Wer sich dogmatisch und ohne Wirklichkeitssinn auf den Standpunkt stellt, nach diesem revolutionärsten aller Kriege müsse alles, aber auch alles genau so wieder hergestellt werden, wie es vor Kriegsausbruch war, der fordert, grob ausgedrückt, nicht mehr und nicht weniger als die Wiederholung des Krieges. Soll der Sieger sich nicht sichern dürfen vor gleichen Gefahren, nicht Schutz nehmen, den ihm seine Kraft geschaffen hat? Sollen unsere Brüder, Söhne und Väter ihr Blut gelassen haben, um nach wenigen Jahren ihre Kinder in das selbe Kriegselend getrieben zu sehen? Kein Verständiger wird das verlangen.«³⁾

Unser Dresdener Parteiblatt erwartet für später einen Frieden, »der nicht eine verhängnisvolle Vergewaltigung anderer Völker bringt, der aber auch das deutsche Volk in seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gegen Vergewaltigungsversuche durch andere Staaten auf lange hinaus sicherstellt«. Die Frankfurter Volksstimme redet redaktionell noch offener:

»Die Ablehnung aller Annexionsforderungen ist für sich allein noch kein taugliches Friedensprogramm. Die Sozialdemokratie muß positive Forderungen stellen, und diese Forderungen können und müssen sogar Veränderungen der Landkarte einschließen. Es darf nicht alles bleiben wie es war. . . Der uneingeschränkte deutsche Verzicht auf Annexionen, jetzt schon in verbindlicher Form amtlich ausgesprochen, könnte ein schwerer politischer Fehler sein, denn er gäbe jede Möglichkeit das Faustpfand als Druckmittel zur Erlangung von Konzessionen zu benutzen aus der Hand. Im Interesse der Völker, auch der internationalen Sozialdemokratie können solche Pressionsmittel sehr erwünscht sein. . . Welche Kompensationen könnten Sozialisten geltend machen? Gegen Rußland: Autonomie für unterjochte Völker. Gegen England: Freiheit der Meere. Was heißt: England soll auf den Seeräuberkrieg verzichten; an ihm allein liegt's ja, daß immer noch das Privateigentum auf See vogelfrei ist. Und was auch heißt: Freigabe der Meerengen und Schiffsstraßen. Oder ist's etwa ein Abgrund der Schlechtigkeit, wenn Deutschland sich in Antwerpen festsetzt, dagegen gut und schön, wenn England zu Gibraltar, Malta, Ägypten noch mehr Zwinguris gegen die ganze Welt errichtet? Gegen Belgien: Verkehrsverbesserungen, etwa eine Kanalkonzession; als Gegenleistung Hilfe beim Wiederaufbau. Sind das etwa Ziele, die ein Sozialist bekämpfen muß? Aber können sie nicht erreicht werden auf der Grundlage freier Vereinbarungen? Na, der kennt Rußland und England schlecht, wer denkt, leichter ein Ja zu erhalten, wenn die Fuchsfalle zuvor wieder geöffnet wird. Nicht einmal eine deutsche Kanalkonzession durch Belgien duldet England, wenn es ganz Herr seiner Entschlüsse ist.«⁴⁾

Kurz erwähnt, weil schon durch die Tagespresse genügend wiedergegeben, sei hier nur noch, daß bei diesen Zurückweisungen auch manche Verwahrung laut wird gegen das ungleiche Maß, das unsere Sprengaufrufer gegen die ausländischen sozialistischen Annexionspolitiker anzuwenden belieben. Dr. Quarck schließt seine bekannte Erwiderung sogar damit, daß die ausländischen Parteivertreter in erster Linie als »die wahren Schuldigen, die jede Vorbesprechung über den Frieden vereiteln«, auf die Anklagebank des internationalen Sozialismus gehören.

Daß es vorläufig noch immer keine andere Parole als die des Weiterdurchhaltens geben kann, wird fast allseits betont. Nach dem Hanno-

³⁾ Siehe den Leitartikel Die Parteieinheit in Gefahr im Hamburger Echo vom 22. Juni 1915.

⁴⁾ Siehe den Leitartikel Neuorientierung unserer Kriegshaltung? in der Frankfurter Volksstimme vom 22. Juni 1915.

verschen Volkswillen »muß es heiligste Aufgabe sein nichts zu unternehmen und auch nichts zu unterlassen, was den Mut, die Widerstandskraft unserer kämpfenden Söhne und Brüder auch nur im entferntesten lähmen könnte«:

»Wohl das Schlimmste, was dem deutschen Volke widerfahren könnte, wäre, wenn seine Einmütigkeit in dieser Zeit der schweren Not gestört werden würde. Auf einer solchen Zwietracht könnte und würde der Viermächteverband seine Siegeshoffnung aufbauen; der Krieg würde verlängert und damit die Leiden des Krieges, nicht minder aber die Zahl der Menschenopfer erhöht. Eine Störung der Eintracht müßte auch nachteilig auf unser Heer einwirken, also auch dem Siege der Feinde Deutschlands und damit der Niedertrampelpung seiner wirtschaftlichen und nationalen Existenz die Wege ebnen.«⁵⁾

Die Bielefelder Redaktion bemerkt in der gleichen Richtung:

»Das Ziel des Krieges bleibt der Frieden; aber um dieses Ziel zu erreichen, muß bis zur wirklichen und endgültigen Niederwerfung des Feindes jedes Zaudern und jedes Nachlassen in Kraft und Anstrengung vermieden werden. Wer trotzdem und vor dem endgültigen Siege über die Gegner allein dem Frieden zustrebt, ruft dadurch den Eindruck der Schwäche hervor und erhöht damit den Mut und die Anstrengung des Gegners, verlängert dadurch den Kampf.«⁶⁾

Noch andere Blätter heben hervor, daß das plötzliche, ganz unbegründete Wiederversagen der Sozialdemokratie die versöhnlichere Regierung umsomehr auf die Unterstützung und den guten Willen der annexionistischen Scharfmacher anweise, so daß durch die geforderte Parteifrontänderung, auch rein parteitaktisch, das Gegenteil des Erstrebten eintreten müsse.

So lesen wir in der Mannheimer Volksstimme:

»Wir haben keinen Anlaß unsere Stellung zur Regierung, die wir im Augenblick der größten Gefahr für das Vaterland bezogen haben, einer Revision zu unterziehen, schon aus dem einfachen Grunde nicht, weil wir befürchten müßten den Annexionspolitikern erst recht in die Hände zu arbeiten, wenn wir die Schwierigkeiten und Verlegenheiten einer Regierung vermehren wollten, die ihren ausschweifenden Treibereien . . . energischen Widerstand entgegengesetzt.«⁷⁾

Emil Kloth, der Vorsitzende des Deutschen Buchbinderverbands, schreibt der Chemnitzer Volksstimme:

»Vor allen Dingen wird . . . durch eine solche Obstruktionspolitik, besonders wenn sie Erfolg haben sollte, das Ansehen der Partei aufs tiefste erschüttert. Wie mag man wohl die Archive der gegnerischen Parteien, der Unternehmerverbände, des Volksvereins in München-Gladbach usw. mit den Manifesten und Presseäußerungen der Obstruktion schmunzelnd füllen, um nach dem Kriege mit Beweisen hervortreten zu können, daß die Sozialdemokratie und selbst die in ihrem Bannkreise sich bewegenden Gewerkschaften ein äußerst unzuverlässiges Element seien, das man ausnahmerechtlich zu behandeln habe. . . Wer es ehrlich mit der Partei meint, kann nur die eine Antwort geben: So darf es nicht weitergehen!«⁸⁾



IN paar Blätter führen eine noch ungeschminktere Sprache gegen die meist sorgsam verhüllten letzten Ziele der ganzen wohlberechneten Quertreiberpolitik, die mit ihren nächsten Angriffsobjekten in keiner Weise erschöpft ist. Denn für viele unserer Unbelehrbaren und Unversöhnlichen handelt es sich viel weniger um die augenblicklich vorgeschobenen politischen Einzelfragen als um das Bestreben jede

⁵⁾ Siehe den Leitartikel Das Gebot der Stunde im Hannoverschen Volkswillen vom 24. Juni 1915.

⁶⁾ Siehe den Leitartikel Ein bedenkliches Pronunziamento in der Bielefelder Volkswacht vom 23. Juni 1915.

⁷⁾ Siehe den Leitartikel Das Gebot der Stunde in der Mannheimer Volksstimme vom 23. Juni 1915. In der Fränkischen Tagespost vom 28. Juni schreibt auch Genosse Südekum: »Jeder Kenner unserer politischen Zustände weiß, daß die Reichskanzlerregierung, vor allem ihr verantwortlicher Leiter Bethmann Hollweg, die schwersten Angriffe gerade von den Annexionspolitikern auszuhalten hat, weil sie deren Pläne zu verwirklichen nicht geneigt ist. Die Sozialdemokratie ist die Kerntuppe, auf die sie sich bei der Abwehr dieser Angriffe stützen kann. Bricht die aber aus, stellt die sich ebenfalls in Opposition gegen die Reichsregierung, dann schwächt sie deren Position gerade zugunsten der Annexionspolitik.«

⁸⁾ Siehe den Leitartikel Soll das so weitergehen? in der Chemnitzer Volksstimme vom 24. Juni 1915.

bereits erreichte oder sich anbahnende engere Fühlungnahme mit den bürgerlichen parlamentarischen Parteien und der Regierung rechtzeitig abzuschneiden, um nach dem Frieden und bei der Rückkehr normalerer Verhältnisse sofort die alte Isolierung mit allen ihren Folgeerscheinungen wiederzugewinnen: die leere Demonstrationspolitik und die prinzipielle Oppositionsstellung, die nicht im Mitwirken und Mitschaffen ihre Hauptaufgabe sieht sondern in den alten agitatorischen Glanz- und Zugstücken: in der grundsätzlichen Kritik, in der Aufklärung der Köpfe über das ganze System, in der Kampfansage gegen die herrschende Gesellschaftsordnung.

Wilhelm Kolb, von allen aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Parlamentariern und Journalisten der durchgebildetste, zielklarste Reformist, dessen neueste bemerkenswerte Schrift hier in der politischen Rundschau besprochen ist⁹⁾, führt zu diesen Bestrebungen im Karlsruher Volksfreund aus:

»Die Sozialdemokratie könnte keinen größern Fehler begehen, als wenn sie sich politisch isolieren und damit selbst ihren politischen Einfluß wieder freiwillig ausschalten würde. . . Auch in den bürgerlichen Kreisen gibt es viele Kräfte, die für eine vernünftige weitsichtige Friedenspolitik mobil gemacht werden können. Diese Kräfte gilt es zu sammeln. . . Je mehr sich die Theoretiker und ihr Gefolge von politischen Phantasten dagegen sträuben politisch umdenken zu lernen, desto mehr Veranlassung haben die Politiker der sozialdemokratischen Partei mit fester Entschlossenheit die Politik fortzusetzen, die uns die Gewähr gibt, daß die Sozialdemokratie dann, wenn es gilt für die Zukunft Deutschlands und Europas eine neue Basis zu schaffen, ein Faktor von Einfluß ist, den man nicht ignorieren kann.«

Ein paar Tage später wird dieser Faden noch kräftiger und wirksamer fortgesponnen:

»Nichts ist den Radikalen verhaßter als der Wille zur politischen Tat, der zur selbstverständlichen Voraussetzung hat, daß man mit den gegebenen Verhältnissen, das heißt also mit der Wirklichkeit rechnet und sein politisches Handeln darnach einrichtet. Viel bequemer ist es die politischen Grundsätze und Forderungen immer nur zu deklamieren und über alles zu rasonieren, was nicht in die abstrakten, leblosen Formeln der prinzipiellen Negation hineinpaßt. Die Sozialdemokratie steht heute vor einer Entscheidung, wie sie folgenswerer noch nicht an sie herangetreten ist. Hier handelt es sich nicht mehr um bloße Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Kriegskredite bewilligt werden durften, oder ob es zweckmäßiger gewesen wäre sie abzulehnen beziehungsweise sich der Stimme zu enthalten. Der Konflikt geht viel tiefer. Es handelt sich darum, ob die Sozialdemokratie eine politische Partei, die bestimmend auf die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Geschehnisse des deutschen Volkes einwirken kann, oder ob sie eine Sekte politischer Fanatiker sein soll, die jegliche politische Verantwortung prinzipiell von sich weist und die auf den Tag der sozialen Revolution ihre ganzen Hoffnungen setzt. Es handelt sich um nichts mehr und nichts weniger als um den entscheidenden Schritt in der innern Entwicklung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei.«¹⁰⁾

Der Hannoversche Volkswille sieht in den Unzufriedenen »zumeist solche Genossen, deren phantastische Auffassungen jämmerlich Schiffbruch erlitten haben, an denen aber dennoch die Lehren dieses Krieges spurlos vorübergegangen«; die gemeinsame Kriegsarbeit bedeute ihnen eine Preisgabe des Klassenkampfes, und das gelegentliche Handinhandgehen mit Organen der Regierung erwecke vollends ihre schlimmsten Befürchtungen. Endlich spottet das Hamburger Echo in dem schon erwähnten Leitaufsatz:

»Sagen wir es einmal offen: Ein erheblicher Teil der Leiter der Parteioption

⁹⁾ Siehe die Rundschau Politik in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag 654 f.

¹⁰⁾ Siehe die Leitartikel Ein bedenklicher Vorschlag und Der springende Punkt in der Parteikrise im Karlsruher Volksfreund vom 23. und 28. Juni 1915.

(von den Nachläufern wollen wir nicht sprechen) war durch die Katastrophe des Weltkrieges so *verdattert* (man gestatte diesen trivialen Ausdruck), daß er zunächst keine Stellung fand. Die gewaltigen Ereignisse waren nicht vorauszusehen gewesen, hatten noch nicht in theoretische Rubriken geordnet werden können, und so suchte man sie zunächst zu ignorieren. Auf die Dauer ging das aber nicht, und so kam ein Hin und Her, ein Vorwärts, Rückwärts und Seitwärts. Der Schluß ist jetzt da: Man macht den Weltkrieg zu einer innern Parteifrage und ist wieder auf dem alten, liebgewordenen Gebiet, auf dem man sich zu bewegen gelernt hat. Was sollen unsere Genossen in Flandern, in Nordfrankreich, in Galizien, in den Karpathen, in Kurland, an den Dardanellen, auf der See von uns zu Hause Gebliebenen denken? Derweil sie kämpfen und bluten und sterben, bereiten die zu Hause einen Parteiskandal vor, damit ja die größte Organisation des deutschen Volkes ausgeschaltet sei, durch eigenen Willen ausgeschaltet, wenn die Ausgestaltung des Reichs sich vollzieht und warum das alles? Damit die Festfahrenen recht behalten und sich die Hände reiben können! Damit der Arbeiterklasse bewiesen werden könne, sie sei einflußlos! Damit ganz genau in Rede und Schrift wiederholt werden könne, was seit Jahrzehnten gesprochen und geschrieben wurde! Damit man sich kein neues Konzept zu machen brauche!«



ASST man diese und zahlreiche ähnliche Kundgebungen zusammen, so erhält man den erfreulichen Eindruck, daß die Parteipresse, mit recht verschwindenden Ausnahmen, keineswegs gewillt ist sich durch eine noch so wohlorganisierte Minderheit ohne weiteres einschüchtern und zum alten Impossibilismus zurückdrängen zu lassen. Alte liebgewordene Denkgewohnheiten, der geistige Trägheitswiderstand eines festgewurzelten Überlieferungsglaubens mögen den Protestlern eine gewisse Hilfe versprechen. Aber Tatsachen und Geschehnisse haben bisher eine genügend eindringliche Sprache geredet, und bei entschlossenem Festhalten haben die Verfechter der Fraktionsrichtung kaum etwas zu fürchten.

Verhängnisvoll könnte hier nur das haltlose Schwanken werden, das Auseinandersetzungen, die unausbleiblich, aber an sich durchaus nicht gefährlich sind, durch halbe Zugeständnisse und schillernde Zweideutigkeiten abzuschwächen meint, während es in Wirklichkeit nur der Gegenseite Verstärkungen zuführt und ihre Angriffslust bis zu völlig verantwortungsloser Unbedenklichkeit steigert. Das unbeirrte, klare Festhalten des einmal gewählten Standpunkts ist zugleich die beste Schutzwehr wider die, naturgemäß mit der Zeit sich merkbarer regenden Gegenströmungen in den eigenen Reihen.

Der Parteipresse ist hier eine wichtige Aufgabe zugefallen, und im großen und ganzen zeigt sie keine Neigung um der Bequemlichkeiten eines parteiinnern Scheinfriedens willen sich ihr zu entziehen.

XX

HEINRICH STÜHMER · ILLUSIONEN UND WIRKLICHKEIT



INE Anzahl Parteigenossen, die sehr radikal zu sein wännen, kann es nicht verwinden, daß die deutsche Sozialdemokratie am 4. August 1914 einen Schritt zu einer wirklichen Volkspolitik hin gemacht hat. Sie stehen heute, wo alle Kräfte im Dienst der Gesamtnation sich betätigen, verärgert abseits und klagen über einen Illusionenkultus, dem sonderbarerweise gerade der aktive Teil unserer Partei verfallen sein soll. Da ist es vielleicht nicht unangebracht darauf

hinzuweisen, wie schädlich die revolutionsromantischen Illusionen über den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus, mit denen sich die konservativen *Radikalen* über den Mangel an aufbauendem Schaffen hinwegzutäuschen pflegen, in Wahrheit gewirkt haben.

Genosse K. Kautsky meinte neulich in seiner Polemik gegen die treffliche Schrift des Genossen Cunow unter anderem: »Die große Masse wird aber nicht durch Ziele bewegt, von denen sie mit Bestimmtheit weiß, daß sie in den nächsten Jahrzehnten nicht erreichbar sind. Die Versicherungen aus sozialistischem Munde, daß der Kapitalismus noch lange nicht zu entwurzeln sei, müßten also die proletarische Bewegung aufs äußerste schwächen, wenn sie ernst genommen würden.«¹⁾ Solche Schwächung kann nur jemand befürchten, der die Arbeiterbewegung lediglich auf das sogenannte Endziel einstellen möchte, mit dem alles andere stehen und fallen soll, und der die Erfolge, die die Arbeiterklasse bisher schon erreicht hat und in Zukunft noch erreichen dürfte, nicht achtet. Ein anderer Genosse, der bisher der *radikalen* Richtung angehörte, hat das Bekenntnis abgelegt, daß er in der immer festern Verankerung proletarischer Einrichtungen im Gegenwartsstaat stets eine große Gefahr gesehen und diese Verankerung bekämpft hätte, wo und wie er nur konnte. So habe er zum Beispiel in den neunziger Jahren aufs heftigste gegen die ersten Tarifgemeinschaften Stellung genommen, ebenso habe er der Gründung eigener Druckereien und Gewerkschaftshäuser wie genossenschaftlicher Betriebe und endlich auch der Organisierung der Volksfürsorge sehr kritisch gegenübergestanden. Aber ebensowenig wie sonst jemand habe er diese ganze Entwicklung aufhalten können, und deshalb, meint er, müsse man die Dinge nehmen, wie sie sind, und nicht, wie sie irgendwelchen Wünschen nach sein sollten.

Ja, das eben ist das Gute, daß die *Radikalen* die gesunde Entwicklung nicht aufhalten können, so sehr sie ihr seit Jahrzehnten auch entgegen gearbeitet haben. Nur liegt schon in dieser Gegenarbeit der einen Richtung in der Partei gegen den Gang der Entwicklung ein das Interesse der Arbeiterklasse und letztlich der ganzen Nation schädigendes Moment. Dazu kommt dann noch die ebenfalls in einzelnen Kreisen der Partei bestehende Abneigung gegen den *bürgerlichen* Parlamentarismus, die Überschätzung der Macht des Proletariats und die Unterschätzung der Kräfte und der Machtmittel der anderen Schichten. Alles dies zusammen gibt schließlich den Resonanzboden für eine *revolutionäre*, gegen die Gewerkschaftsführer gerichtete Stimmung, wie sie in den letzten Jahren an einzelnen Orten bei verschiedenen Gelegenheiten zum Ausdruck gekommen ist. Dieser gänzlich unfruchtbaren Taktik gegenüber waren umgekehrt Tausende von Genossen tätig, um aufzubauen, zu verankern, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft die Keime für eine sozialistische Wirtschaftsordnung zu legen. Diese Arbeit fand aber stets erst Anerkennung, wenn die ganze Entwicklung gar nicht mehr aufgehalten werden konnte. Wie lange mußten nicht die Gewerkschaften um Anerkennung ringen! Heute, wo verschiedene Zentralverbände bereits ihr 25jähriges Jubiläum feiern, wird deren Tätigkeit, auch in der Parteipresse, wenigstens einigermaßen gewürdigt, während früher stets vor der Überschätzung der Gewerkschaften gewarnt wurde. Solche Warnungen wurden von Parteizeitungen sogar in Zeiten wirtschaftlicher Krisen ausge-

¹⁾ Siehe Kautsky Nochmals unsere Illusionen, in der Neuen Zeit, 1914-1915, 2. Band, pag. 265.

sprochen, in denen die Mitgliederzahlen ohnedies zurückgingen und Mahnungen zum Festhalten an der Organisation sehr viel eher am Platz gewesen wären. Wie lange sind nicht die Gewerkschaften lediglich als die Vorschule für die Partei betrachtet worden, während man ihre Tätigkeit für die Besserung der Lebenslage der Arbeiter sehr gering schätzte. Man braucht nur an die Urteile der angesehensten Parteiführer auf dem Kölner Parteitag /1893/ zu erinnern, die den Genossen Paul (Hannover) zu dem Ausruf veranlaßten, hier werde der Gewerkschaftsbewegung das Grab gegraben. Später wurden dann wieder die Tarifverträge wie die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung bekämpft, weil darunter der Kampfcharakter der Organisationen leiden sollte und die Verbände dadurch zu bloßen Unterstützungsvereinen herabsanken. Die jetzt völlig bedeutungslosen lokalen Gewerkschaften hätten sich ebenfalls nicht so lange halten können, wenn sie nicht von *radikalen* Parteiführern gestützt worden wären. Ja, selbst vor einigen Jahren hat Genosse K. Kautsky noch *wissenschaftlich* nachzuweisen versucht, daß die Gewerkschaften nur deshalb einige Erfolge erzielt hätten, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse für sie günstig gelegen hätten; in den nächsten Jahren würde dies aber nicht mehr der Fall sein, so daß der Kampf wieder mehr auf außerparlamentarisch-politischem Gebiet geführt werden müsse. Der selbe Genosse K. Kautsky schreibt jetzt dagegen in dem vorher erwähnten Artikel: »Ich habe nur den Ausbruch der [russischen] Revolution prophezeit, nicht auch ihre Niederschlagung. Doch den Sozialdemokraten möchte ich kennen, der das getan hätte, auch nachdem die Revolution schon ausgebrochen war. Das wäre ein trauriger Tropf, der mit Unkenrufen in eine weltgeschichtliche Aktion seiner Klasse einträte.«²⁾ In der Tat, eine verblüffend einfache Art sich aus der Affäre zu ziehen. Doch wollen wir das einmal ruhig hinnehmen. Wie kommt es aber, daß der selbe Genosse, der der russischen Revolution gegenüber, um nicht Unkenrufe auszustoßen, plötzlich im Prophezeien innehielt, der Gewerkschaftsbewegung gegenüber solche Unkenrufe ruhig von sich gab? Die anderen von der gleichen Richtung gingen natürlich noch viel weiter und verspotteten die gewerkschaftliche *Sisyphusarbeit*. Dazu kamen dann noch die Angriffe der Parteipresse gegen die Gewerkschafter wegen ihrer Stellungnahme zur Maifeier und zur Frage des Massenstreiks.

Ähnlich wie den Gewerkschaften erging es den Genossenschaften, speziell den Konsumvereinen, die anfänglich, außer in Sachsen, in der Partei gar keine Sympathieen fanden. Auch deren Entwicklung hat man jedoch nicht aufhalten, auch ihnen hat man auf die Dauer die Anerkennung nicht versagen können. Indessen übt immer noch ein großer Teil der sozialdemokratischen Redakteure und Schriftsteller eine nach ihrer eigenen Meinung sachverständige Kritik an den Genossenschaften, obwohl oder gerade weil sie von ihrer Wirksamkeit gar keine Ahnung haben. Nun, gerade in der jetzigen schweren Zeit hat es sich gezeigt, welch wertvolle praktische Dienste die Gewerkschaften und die Genossenschaften ihren Mitgliedern und deren Familien zu leisten imstande waren. Unsere Zeit muß alle bekehren, die überhaupt der Einsicht fähig sind. Es ist deshalb zu verlangen, daß neben der parlamentarischen Tätigkeit in Reich, Einzelstaaten und Gemeinden die praktische Tätigkeit der Arbeiter in Gewerkschaften und Genossenschaften in der Arbeiterpresse immer stärker hervorgehoben, und daß alle

²⁾ Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 272

wissenschaftlichen Standpunkt aus angesehen werden. In einem Punkt stimmen freilich alle diese Kundgebungen überein: daß nämlich das moderne Rußland nicht nur im ethnographischen sondern auch im politischen Sinn als Nationalitätenstaat angesehen werden muß, weil so ziemlich alle Kulturvölker des Zarenreichs bereits zum Nationalbewußtsein erwacht sind und politische Garantien für die zukünftige Entwicklung und Stärkung ihres Volkstums verlangen.

Am stärksten ist das Nationalbewußtsein wohl bei den Polen entwickelt. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß in Polen alle Russifizierungsversuche gescheitert sind. Selbst die Kreise, die russophil und panslawistisch gestimmt sind, fühlen sich doch als Polen und nicht als Russen. Besonders stark sind übrigens diese Kreise nicht. So ziemlich alle Kenner Polens stimmen darin überein, daß im Grunde nur die Vertreter der polnischen Finanz- und Exportindustrie wirklich russophile Gesinnung haben. Warum dem so ist, erklärt Stephan Rudnycky wie folgt:

»Polen hat den Vorteil der großen Nähe von Kulturländern, auf der andern Seite winkt ihm ein großartiges zollfreies Absatzgebiet, welches ganz Rußland in Europa und Asien umfaßt. Polen ist diesem ganzen ungeheuren Gebiet gegenüber ein Industriezentrum, welches sich auf Kosten dieses noch im agrarischen Zustand verharrenden Absatzgebiets bereichern und mit dem Moskauer Zentrum erfolgreich konkurrieren kann. Wenn heute eine Zollschranke zwischen Polen und Innerußland errichtet würde, wäre es für Polens Industrie der härteste Schlag, den man sich denken kann.«¹⁾

Man wird sich jedoch hüten müssen die auf Rußland als Absatzgebiet unbedingt angewiesenen industriellen Kreise Polens zahlenmäßig zu hoch einzuschätzen. Für die polnische Industrie, soweit sie sich auf die Verarbeitung eigener Rohstoffe aufbaut, wie die über das ganze Land verteilte Spiritusbrennerei und Brauerei, die Zuckerfabrikation, der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie an der oberschlesischen Grenze, die Verarbeitung von Holz, Ton, Stein und tierischen Produkten, wären die Absatzschwierigkeiten bei einer Verselbständigung Polens keineswegs unüberwindlich. Im übrigen ist zu beachten, daß in Polen 7,5 Millionen Bauern 4,7 Millionen Arbeitern und Bürgern gegenüberstehen. Die Zahl der eigentlichen Fabrikarbeiter soll übrigens nur 235 000 betragen. Im Widerspruch zu dieser beruflichen Gliederung steht freilich die Tatsache, daß die polnische Industriebevölkerung vor dem Krieg aus Deutschland mit Roggen und aus Rußland mit Vieh versorgt werden mußte. Zurückzuführen ist diese Erscheinung auf den extensiven Charakter der polnischen Landwirtschaft, die jedoch nicht in natürlichen sondern in sozialen Tatsachen begründet ist:

»Das Klima ist nur wenig verschieden von dem in unseren Provinzen Posen und Schlesien, milder als in Ostpreußen, insbesondere sind genügend Niederschläge vorhanden. Auch der Boden gleicht dem unserer östlichen Provinzen. Es wäre also technisch durchaus möglich bei intensiver Wirtschaft etwa die selben Hektarerträge zu erzielen wie in Posen, bisher sind sie jedoch nur $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{3}$ so hoch, was auf ungenügende Düngung und mangelhafte Bestellung, schlechte Entwicklung der Verkehrsverbindungen usw. zurückzuführen ist.«²⁾

Die Dinge liegen also nicht so, daß eine Wiederherstellung Polens aus wirtschaftlichen Gründen ganz und gar unmöglich wäre, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß für die Übergangszeit sich erhebliche ökonomische Schwierigkeiten ergeben würden.

¹⁾ Siehe Rudnycky Der östliche Kriegsschauplatz /Jena 1915/, pag. 86.

²⁾ Siehe Neumann-Frohnau Das Wirtschaftsleben der westrussischen Grenzländer Berlin 1915. pag. 9

Will man die Haltung der nationalgesinnten Polen beim Ausbruch des Weltkriegs verstehen, so darf man nicht vergessen, daß für die Wiederherstellung Polens mancherlei Möglichkeiten vorhanden sind. Deshalb konnte auch die Stellungnahme der Polen in den drei Teilungsstaaten sehr verschieden ausfallen. Zunächst einmal wäre es denkbar gewesen, daß nicht nur die Polen in Rußland, sondern auch die in Deutschland und Österreich sich für die Lösung der polnischen Nationalitätenfrage im Sinn des Panslawismus entschieden hätten. Dessen Lockungen waren in der Tat sehr stark, obwohl er den Polen nur eine weitgehende Autonomie versprechen konnte. Das polnische Programm des Panslawismus, mit dem er die Polen in Rußland, Deutschland und Österreich für sich zu gewinnen suchte, ging dahin durch Eroberung der polnischen Gebiete Preußens und Österreichs Polen in seinen ethnographischen Grenzen als autonome Provinz des neuen, allslawischen Zarenreichs wiederherzustellen. Der panslawistische Gedanke eines autonomen Polens im Rahmen des Zarenreichs ist nicht neu. Schon in den vierziger Jahren wurde die Anschauung verfochten, die Polen seien in Sprache, Religion und Kultur von den Russen doch zu verschieden, um sie durch Russifizierung für den allslawischen Gedanken gewinnen zu können; man müsse den Polen daher wohl oder übel eine Sonderstellung im slawischen Staatswesen einräumen. Nach den ungeheuren Anstrengungen der nationalrevolutionären Erhebung von 1830-1831, die, obwohl nahe daran den russischen Koloß zu besiegen, schließlich doch für Polen tragisch endete, wurde in Moskau die Forderung erhoben den Polen Autonomie zu geben, damit die herzlichen Gefühle der Balkanslawen für das Mütterchen Rußland erhalten blieben. Als dann in den fünfziger Jahren unterirdisches Grollen eine neue nationalrevolutionäre Erhebung der Polen ankündigte, verfaßte Professor Pogodin eine Denkschrift, die er 1856 sowohl an den Zaren wie an seine slawophilen Gesinnungsgenossen richtete. »Polen«, so schrieb er, »hat die slawische Welt von uns abgeschnitten. Polen soll sie uns wieder zuführen, gebt Polen eine besondere, eigene Verwaltung!« Pogodins Forderung fand in der Tat Gehör. Alexander II. berief den polnischen Marquis Wielopolski zum Gesetzgeber für Polen, der sich ernstlich Mühe gab eine eigene Verwaltung in Polen zu schaffen. Wenn nun Wielopolski mit seinen Bestrebungen in Polen keinen Anklang fand, so lag dies daran, daß die polnischen Nationalrevolutionäre von einer Autonomie nichts wissen wollten; ein Polen als russische Provinz mit eigener Verwaltung schien ihnen die Verewigung der Knechtschaft ihres Volkes. Angesichts dieser Haltung der nationalrevolutionären Kreise mußte Wielopolskis Regime mit einem Mißerfolg enden. Im Jahr 1863 brach der letzte nationalrevolutionäre Aufstand aus, der trotz allen Heldenmuts der Aufständischen mit einer Katastrophe endete. Tausende starben durch Henkershand, Tausende wanderten in die Eisgefilde Sibiriens. Von einer Autonomie Polens war fortan keine Rede mehr.

Die ersten 11 Monate des Weltkriegs haben uns nun gezeigt, daß die Lösung der polnischen Frage im Sinn des Panslawismus bei den Polen heute im großen und ganzen ebensowenig Beifall findet wie in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Die Hoffnungen der Panslawisten, daß ihre Versprechungen Polen in seinen ethnographischen Grenzen als autonome Provinz des Zarenreichs wiederherzustellen die preußischen und österreichischen Polen zu einer feindlichen Stellungnahme gegen die Zentralmächte veranlassen könnten, haben sich als gänzlich trügerisch er-

wiesen. Es ist sogar sehr zweifelhaft, ob die panslawistischen Versprechungen in Russisch Polen eine tiefere Wirkung gezeitigt haben. Das, was bisher über die Haltung der polnischen Nationalisten in den russischen Weichselgouvernements bekannt geworden ist, spricht gerade nicht dafür. Allem Anschein nach stehen die Polen dort nicht zum Panslawismus sondern zu dem sogenannten trojloyalizm, das heißt zu der politischen Anschauung, daß das polnische Interesse in diesem Krieg die Loyalität der Polen gegenüber jeder Teilungsmacht einzeln erfordere. Zu einer andern Haltung konnten die Polen kaum gelangen. Für eine nationalrevolutionäre Erhebung der Polen fehlten überall die Organisationen. Es ist begreiflich, daß die Polen erst einmal abwarten wollten, ob Rußland stark genug sein werde das panslawistische Ziel der Annexion der polnischen Gebiete Preußens und Österreichs zu erreichen. Eine loyale Haltung gegenüber Rußland gab den Polen für den Fall des russischen Sieges das Recht von den russischen Gewalthabern die Erfüllung ihrer Versprechungen zu fordern. Die Stellungnahme der Polen russischer Staatsangehörigkeit im Sinn des trojloyalizm schien aber vorerst auch deshalb geboten, weil die preußischen und österreichischen Polen eine andere Haltung weder einnehmen konnten noch wollten. Hatte schon die Autonomie des polnischen Volkes unter russischem Szepter für die preußischen Polen absolut nichts Verlockendes, so mußte dieser Gedanke die österreichischen Polen geradezu mit Abscheu erfüllen. Die Polen waren der Donaumonarchie seit der letzten Teilung immer sehr zugetan. Sie wußten, daß Österreich an dem Unglück ihres Volkes die geringste Schuld trägt. Gerade polnische Historiker haben gern darauf hingewiesen, daß Kaiserin Maria Theresia geweint hätte, als sie wider Willen am 4. März 1772 ihre Unterschrift unter den Akt setzte, der die erste Teilung Polens vollzog. Übrigens haben die österreichischen Polen nationale Unterdrückung nie erfahren. Ein Nationalitätenstaat wie Österreich, dessen Schwerpunkt nicht mehr in seinen deutschen sondern in seinen slawischen Ländern liegt, könnte eine nationale Unterdrückungspolitik gegen den numerisch stärkern Teil seiner Völker auch gar nicht durchführen. In Österreich nahm daher bei Ausbruch des Krieges der loyalizm der Polen einen besonders herzlichen Charakter an. So wurden auf Anregung der revolutionären Fraktion der Polnischen sozialistischen Partei die polnischen Legionen zur militärischen Unterstützung der Donaumonarchie im Kampf gegen Rußland gebildet.

Eine nähere Betrachtung des von den Polen in den drei Teilungsstaaten geübten loyalizm zeigt uns, daß dieser in jedem Land eine besondere Färbung aufweist. Er ist aufrichtig in Preußen, aktiv in Österreich und *wallenrodistisch* in Rußland geartet. Zur Erklärung dieses Charakters des loyalizm in Rußland kann gesagt werden, daß die Polen in Rußland auch zurzeit noch den eigentlichen Henker ihres Volkes sehen. Als nach dem Scheitern der nationalrevolutionären Erhebung von 1794 alle Hoffnungen der Polen auf Wiederherstellung ihres Staatswesens geschwunden waren, schrieb Mickiewicz sein berühmtes Epos Konrad Wallenrod nieder. das die Polen aufforderte, da sie nun einmal zu Sklawen der Russen geworden seien, ihre Unterdrücker mit Verrat zu bekämpfen. Der *Wallenrodismus* als geistige Wehr gegen die russische Unterdrückung gehört gewiß zum größten Teil schon der Geschichte an, aber er scheint als Unterton in den Loyalitätskundgebungen der nationalgesinnten Polen in Rußland mit anzuklingen und ist

vielleicht geeignet manche, zunächst widerspruchsvolle Erscheinungen in der polnischen Gesellschaft während des Krieges aufzuhellen.

Nicht übersehen darf aber werden, daß heute der trojloyalizm der Polen in dem sogenannten Interventionsgedanken eine wichtige Ergänzung findet. Man versteht darunter die Idee, daß irgend einmal andere Staaten ein Interesse daran haben werden das polnische Reich als Bollwerk gegen das Russentum wieder aufzurichten.³⁾ Erst jüngst gab die Wiener Arbeiterzeitung solchen Hoffnungen in folgenden Ausführungen wieder Ausdruck: »Von ihren Ursprüngen an hat die internationale Sozialdemokratie gegen die Henker Polens protestiert. Als die Internationale Arbeiterassoziation 1864 gegründet wurde, hatte ihr ein Meeting englischer und französischer Arbeiter, das der polnischen Nation seine Sympathie ausdrückte und dem Zarismus unversöhnliche Feindschaft ankündigte, den Anlaß geboten. Die zweite Internationale hat auf fast allen ihren Kongressen, am feierlichsten in Kopenhagen 1910 anlässlich der Aufteilung Persiens, wider den zarischen Länderraub nach außen und die zarische Unterdrückungspolitik im Innern auf das leidenschaftlichste protestiert. Ein uraltes, geheiligtes Vermächtnis, das die Sozialdemokratie von der europäischen Demokratie übernommen hat, bindet die lebenden Geschlechter. Wenn es gelingt den Zarismus um viele, viele Tagmärsche von unseren Grenzen zurückzudrängen, wird er leider noch in nichtgroßrussischem Gebiet, noch immer auf dem Boden unterdrückter Völker stehen, aber mit jedem Tagmarsch werden zugleich alte Kulturvölker dem Westen wiedergewonnen und Europas Sicherheit vermehrt, seine innere Entwicklungsfreiheit erhöht. . . Wir, . . . als Sozialisten, wagen schon heute zu hoffen, daß der Alpdruck der zarischen Millionenehere, bisher der unerschütterte Hort aller europäischen Reaktion, von Mitteleuropa bald genommen sein wird. Trübt diese Hoffnung nicht, so ist wenigstens all das kostbare Blut unserer Männer nicht vergebens geflossen.«⁴⁾

Zu obigem ist zu bemerken, daß die Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens bisher stärkern Ausdruck nur bei der österreichischen Sozialdemokratie gefunden hat. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich mit dem polnischen Problem bisher wenig beschäftigt. Wenn man sich nun fragt, in welchem Umfang man sich in jenen Kreisen das polnische Reich wiederhergestellt denkt, so ist zunächst so viel auch den Polen selber klar, daß der polnische Staat des 17. Jahrhunderts, der das mächtigste Reich Osteuropas darstellte, selbstverständlich nicht wieder aufgerichtet werden kann. Das große Polenreich im 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts war ein Nationalitätenstaat wie das moderne Rußland. Die Polen bildeten kaum ein Drittel der Bevölkerung. Die Ukrainer, Weißrussen und Litauer, die zusammen fast zwei Drittel der damaligen Bevölkerung des polnischen Reichs bildeten, sind heute schon zum Nationalitätenbewußtsein erwacht, so daß ihre Vereinigung mit den Polen keinen lebensfähigen Staat schaffen könnte. Daher denken die polnischen Nationalisten an eine Wiederherstellung Polens auch nur innerhalb seiner ethnographischen Grenzen, also etwa an das Polen bis zum 15. Jahrhundert. Die Anhänger des polnischen Interventionsgedankens gehen nun davon aus, daß »die vollständige Eroberung von Russisch Polen in diesem Kriege und dessen dauernde Losreißung von Rußland nach dem Kriege« im strategischen Interesse der Zentralmächte unbedingt geboten sei.⁵⁾ Ob diese Anschauung richtig ist, kann unerörtert bleiben, da es hier nur darauf ankommt Wesen und Inhalt des gegenwärtigen polnischen Interventionsgedankens zu schildern.

³⁾ Darüber, wie auch über den trojloyalizm und den *Wallenrodismus*, siehe unter anderm *Cleinow Die Zukunft Polens*, 2. Band /Leipzig 1914/, pag. 33, 97, 215 ff.

⁴⁾ Siehe den Leitartikel *Polens Hoffnung in der Wiener Arbeiterzeitung* vom 5. Juni 1915.

⁵⁾ Siehe *Rudnyckyi*, loc. cit., pag. 120.

Was die internationale Stellung des von den polnischen Nationalisten erhofften zukünftigen Polenstaats betrifft, so wäre es keineswegs das Ideal der österreichischen Polen, wenn dieser etwa als ein unabhängiger Pufferstaat zwischen Deutschland und Rußland errichtet werden würde. Einer so prekären Existenz würden die Polen einen festen staatsrechtlichen Anschluß an die Donaumonarchie bei weitem vorziehen. Diesen denken sie sich so, daß die polnischen Gebiete Österreichs mit Russisch Polen zu einem neuen Staatswesen vereinigt werden, und zwar im Rahmen der Donaumonarchie, etwa mit den selben Rechten und Pflichten gegenüber der Krone wie das Königreich Ungarn. Ein selbständiges Polen im österreichischen Staatsverband wäre für die polnischen Gebiete Preußens eine weit geringere Gefahr als ein Polen als autonome russische Provinz, das, vom Panslawismus aufgepeitscht, deutschfeindliche Propaganda in den polnischen Gebieten Preußens betreiben würde, um dort eine nationalrevolutionäre Erhebung für den Fall eines neuen deutsch-russischen Krieges vorzubereiten.

Wie weit der Interventionsgedanke der österreichischen Polen bei den russischen Polen Beifall findet, ist schwer zu sagen. Gewisse Anzeichen sprechen jedenfalls dafür, daß die Polen in Rußland ihm zum mindesten nicht feindlich gegenüberstehen, abgesehen etwa von dem polnischen Panslawistenzirkel in Warschau. Damit ist freilich über seine Ausführbarkeit, die hier aus naheliegenden Gründen nicht näher erörtert werden soll, noch nichts entschieden. Der Eifer, mit dem die Panslawisten jetzt bestrebt sind die Autonomie Russisch Polens herzustellen, kann immerhin als Beweis dafür angesehen werden, daß der polnische Interventionsgedanke in seiner modernen Gestaltung in Moskau und Petersburg als eine Gefahr angesehen wird. Demjenigen, der die polnische Frage lediglich vom nationalen Standpunkt aus unbefangen prüft, kann es zweifelhaft erscheinen, ob selbst eine Wiederherstellung des polnischen Staatswesens ihre Lösung bedeuten würde, da innerhalb Polens noch weitere nationale Konflikte unausbleiblich sind. Davon mag, im Zusammenhang mit den anderen Ostproblemen, in einem spätern Artikel die Rede sein.

XX

LUDWIG RADLOF · DER WELTKRIEG UND DAS GEBURTENPROBLEM



BGLEICH die Blutopfer, die der Krieg verlangt, für Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach lange nicht so groß werden wie etwa für Frankreich, so werden wir doch in unserm nationalen Vermögen an Menschenleben furchtbare Verluste erleiden. Nach Abschluß des Krieges wird deshalb Deutschland darauf bedacht sein müssen durch erhöhte Produktivität auf allen Gebieten diese starken Verluste an wertvollem Menschenmaterial wieder auszugleichen.

Das deutsche Volk soll wachsen. Das müssen wir alle wünschen, die wir an die notwendige Auswirkung der in ihm liegenden Kräfte glauben. Ein Ersatz für unsere Menschenverluste muß daher geschaffen werden. Hunderttausende von Männern, die kräftigsten und tüchtigsten, scheiden in Zukunft aus dem wirtschaftlichen Produktionsprozeß des Landes aus. Sie können keinen Güterreichtum mehr schaffen, sie können keine Kinder zeugen, dem Land kein neues Menschenmaterial mehr zuführen. Damit gewinnt das Ge-

burtenproblem nach Beendigung dieses grauenvollen Völkerringens die gewaltigste Bedeutung. Und zwar sowohl für die innere wie für die äußere Kolonisation, die beide die wichtigsten und dringendsten Aufgaben unserer nächsten Zukunft bilden werden. Die Beschäftigung mit dem Geburtenproblem ist bei uns lange vernachlässigt worden. Sie wurde namentlich auch dadurch diskreditiert, daß das Problem selbst immer wieder in Beziehung zur Malthusschen Bevölkerungstheorie gebracht, ja meistens direkt malthusianisch behandelt wurde. Aus diesem Grund stand insbesondere die Sozialdemokratie der Erörterung der Geburtenfragen zumeist indifferent, zum Teil mit Antipathie gegenüber. Eine kurze Episode auffallenden Interesses in Berliner Versammlungen, die durch eine kuriose Gebärstreikpropaganda eingeleitet wurde¹⁾, mag hier außer Betracht bleiben.

Die Mathussche Argumentation (die allzu bekannt ist, als daß sie an dieser Stelle noch wiedergegeben zu werden braucht) hat, wie man weiß, schon bei Marx und Engels schärfste Gegnerschaft gefunden. Engels schreibt darüber in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern:

»Wir haben durch sie [die Malthussche Theorie] die tiefste Erniedrigung der Menschheit, ihre Abhängigkeit vom Konkurrenzverhältnisse kennen gelernt; sie hat uns gezeigt, wie in letzter Instanz das Privateigentum den Menschen zu einer Ware gemacht hat, deren Erzeugung und Vernichtung auch nur von der Nachfrage abhängt; wie das System der Konkurrenz dadurch Millionen von Menschen geschlachtet hat und täglich schlachtet; das alles haben wir gesehen, und das alles treibt uns zur Aufhebung dieser Erniedrigung der Menschheit durch die Aufhebung des Privateigentums, der Konkurrenz und der entgegengesetzten Interessen.«²⁾ Eine »infame, niederträchtige Doktrin«, eine »scheußliche Blasphemie gegen die Natur und Menschheit« nennt Engels die Malthussche Lehre.

Marx packt die Sache doch anders, aber von der selben Gedankenseite an: »Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung . . . in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung. Es ist dies ein der kapitalistischen Produktionsweise eigenümliches Populationsgesetz, wie in der Tat jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen historisch gültigen Populationsgesetze hat . . . Es war natürlich weit bequemer und den Interessen der herrschenden Klassen, die Malthus echt pfäffisch idolatriert, viel entsprechender diese *Übervölkerung* aus den ewigen Gesetzen der Natur als aus den nur historischen Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion zu erklären.«³⁾

Im Gegensatz zu Marx' Schlußfolgerungen, die sich im Resultat natürlich mit den Engelsschen decken, meinte K. Kautsky in seiner ersten Arbeit: die Gefahr einer Übervölkerung sei im sozialistischen Staat nur hinausgeschoben, ja sie würde um so drohender werden, je mehr man Glück und Wohlstand zu verbreiten suche; wenn niemand mehr sich zu sorgen brauche, wie er seine Kinder ernähren und großziehen solle, werde die jetzt schon zu starke Vermehrung noch bedeutend anwachsen.⁴⁾

Wie steht die Frage nun tatsächlich, und namentlich für Deutschland?

In Deutschland bestand bis in die allerneueste Zeit ein starker Geburtenüberschuß. Nach einer Statistik Elsters im Handwörterbuch der Staatswissenschaften betrug bei uns der Überschuß der Geborenen über die Gestorbenen 1872 431 305, 1880 522 970, 1890 560 247, 1900 759 757, 1901

¹⁾ Siehe hierzu Quessel Die Ökonomie des Gebärstreiks und Die Philosophie des Gebärstreiks, in den Sozialistischen Monatsheften, 1913, 3. Band, pag. 1319 ff. und 1609 ff.

²⁾ Siehe Marx und Engels Gesammelte Schriften 1841 bis 1850, 1. Band /Stuttgart 1902/, pag. 456.

³⁾ Siehe Marx Das Kapital, 1. Band, 4. Auflage /Hamburg 1890/, pag. 596 und 492, Note 15.

⁴⁾ Siehe Kautsky Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft /Wien 1880/, pag. 165 ff.

857 824, 1902 902 243, 1903 812 173, 1904 862 664, 1905 792 839, 1906 910 275, 1907 882 624. Mit Recht weist Professor Elster darauf hin, daß sich immer wieder ein Vergleich mit Frankreich aufdränge. Während dieses Land in den 15 Jahren von 1891 bis 1906 eine Gesamtzunahme von 909 000 Köpfen aufzuweisen hatte, betrug der Geburtenüberschuß bei uns allein im Jahr 1906 910 275. Man beachte die folgende Gegenüberstellung:

Zeitraum	Natürliche Bevölkerungszunahme in ‰	
	Deutschland	Frankreich
1872 bis 1880	12,65	1,74
1881 „ 1890	11,69	1,76
1891 „ 1900	13,95	0,59

Für Europa gab Professor Sombart die folgende Zusammenstellung der Bevölkerungsverchiebung nach dem Rassencharakter:

Jahr	Von 1000 Europäern waren		
	Germanen	Romanen	Slawen
1801	375	355	268
1850	369	321	310
1905	373	251	375

Der Weltkrieg hat der romanischen Rasse neue, gewaltige Verluste gebracht, so daß der Vorsprung der Germanen immer größer wird. Doch könnte natürlich eine neue Bevölkerungspolitik, die aus einer Veränderung der sozialen Struktur erwüchse, auch bei den Romanen einen Umschwung bewirken. Man tut gut daran diese Möglichkeit nie aus den Augen zu verlieren.

Für Deutschland hat das Geburtenproblem im letzten Jahrzehnt eine veränderte Gestalt gewonnen. Mit Sorge mußten die Soziologen feststellen, daß in Berlin wie in anderen Großstädten sich das Zweikindersystem nach französischem Muster einzubürgern begann. Freilich liegt vorläufig für die Gesamtbevölkerung des Landes nur ein verhältnismäßig unbedeutender absoluter Geburtenrückgang vor; noch haben wir einen recht reichlichen relativen Geburtenüberschuß, das heißt ein erhebliches Plus der Geburten gegenüber den Sterbefällen. Dazu kommt, daß durch die immer günstigeren Resultate der Hygiene in der Bekämpfung der verbreitetsten Krankheiten, der Tuberkulose, des Kindbettfiebers usw., ein Ausgleich selbst dann stattfände, wenn wirklich der Geburtenüberschuß sich in erheblichem Maß verminderte. Trotzallem bleibt die Besorgnis unserer Volkswirtschaftler und Politiker über den Fortgang unserer Volksvermehrung nur allzu berechtigt. Man hat daher gesetzgeberische Aktionen verlangt, die eine Einwirkung auf die Geburtenzahl üben könnten. Man schlug sogar vor zu diesem Zweck den Handel mit Präventivmitteln zu verbieten: ein bedenkliches und wenig Erfolg versprechendes Mittel. Der Beschäftigung mit dem Geburtenproblem machte zunächst der Ausbruch des Krieges ein Ende. Aber die Frage wird von neuem auftauchen, und sie wird ein immer allgemeineres und lebhafteres Interesse in allen Kreisen finden.

Die Kriegsnothilfen, die von allen Gemeinden Deutschlands jetzt eingerichtet sind, konnten dem Beobachter auch in die Ursachen des Kinderreichtums oder der Kinderarmut in den verschiedenen Familien manchen Einblick verschaffen. Was hier an Quellenmaterial gesammelt worden ist,

werden die statistischen Ämter der Städte eingehend bearbeiten müssen. Auf solchen tatsächlichen Erfahrungen und Beobachtungen wird dann die Gesetzgebung fußen und so am sichersten einen Einfluß auf die Bevölkerungsvermehrung gewinnen können. Als Mitarbeiter einer Kriegsnothilfe habe ich einige statistische Auszüge gemacht, die vielleicht ein paar Anhaltspunkte dafür bieten, in welchem Sinn und Grad überhaupt von einem Geburtenrückgang gesprochen werden kann. Es wurden die Familienverhältnisse von 1012 Kriegerfrauen einer Untersuchung unterzogen, die für sich oder für ihre Kinder neben der gemeindlichen und der Reichsunterstützung eine außerordentliche Unterstützung nachsuchten. Dabei ergab sich das folgende:

Alter der Frauen Jahre	Von diesen Frauen hatten									
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
unter 20	8	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20 bis 25	68	32	8	—	—	—	—	—	—	—
25 " 30	40	60	60	8	4	—	—	—	—	—
30 " 35	24	4	36	40	52	36	4	4	—	4
35 " 40	24	28	8	52	48	28	28	—	4	4
40 " 45	4	12	24	16	24	16	—	—	—	—

Rund 200 Frauen über 45 Jahre hatten zusammen über 631 Kinder. Charakteristisch ist dabei die Tatsache, daß noch recht viele Frauen dieses Alters gebären. Zu berücksichtigen ist, daß das Heiratsalter eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Eine Frau, die mit 20 Jahren heiratet, wird natürlich anders darüber denken, wieviel Kinder sie großzuziehen wünscht als eine Frau von 30 oder 45 Jahren. Auffallend war auch unter dem Material dieser kleinen Statistik, daß viele Frauen zwischen 20 und 30 Jahren nur 2 Kinder hatten. Als Ursachen dieser geringen Kinderzahl wurden fast durchweg die Sorgen um Ernährung und Erziehung und der Wunsch selbst angenehmer zu leben genannt; die Ehemänner stimmten darin mit ihren Frauen überein.

Dem Sozialmediziner, dem Sozialstatistiker und dem Sozialpolitiker eröffnet sich hier ein weites Feld der Forschungstätigkeit. Wenn später das von den Gemeinden gesammelte und bearbeitete Material von einer Reichszentralstelle (eventuell dem reichsstatistischen Amt) genauer durchgearbeitet werden würde, könnte der Sache des deutschen Volks ein großer Dienst erwiesen werden. Gesetzgeberische Maßnahmen dürften jedenfalls nur an der Hand des statistisch gewonnenen Materials getroffen werden. Mit Versuchen wie der künstlichen Verhinderung des Präventivverkehrs wird dabei am wenigsten zu erreichen sein. Nur auf einem Gebiet können die wirklich wirksamen Eingriffe hier liegen: auf dem der *sozialen Gesetzgebung*. Die Lebenshaltung der proletarischen Klassen muß so gehoben werden, daß die Eltern keine Sorgen mehr fühlen, wie sie eine größere Zahl von Kindern ernähren und aufziehen sollen. Ein immer weiterer Ausbau der Sozial- und Versicherungsgesetzgebung kommt an allererster Stelle in Frage. In den Krankenkassen müßte durchweg die Familienversicherung als obligatorische Leistung eingeführt werden; die Kommunen hätten für das schulpflichtige Alter wie während der Schulzeit mit für die richtige Pflege und Ernährung der Kinder einzutreten, den unehelichen Kindern wären die gleichen gesetzlichen Rechte einzuräumen wie den ehelichen. Vor allem müßten natürlich auch die Mütter, gleichviel ob eheliche oder uneheliche, während der

die Aufhebung der gewerkschaftlichen Leistungseinschränkungen, die Zwangsschiedsgerichte, die Befugnis zu staatlicher Lohnregelung neben dem Recht zu staatlicher Beschneidung der Lieferungsprofite. Dabei scheinen sämtliche Verbündete, vor allem Rußland und Italien, sich mehr als je an die englische Finanzkraft zu klammern, der es schon schwer genug fällt sich für die eigenen Ansprüche über Wasser zu halten. So kommt den weitesten englischen Volksschichten erst allmählich die verhängnisvolle Größe des unternommenen Wagnisses zum Bewußtsein.

× **Mittleuropäi-** Unterdes wachsen in
sche Handels- Deutschland und Öster-
politik reich-Ungarn die Bemühun-
gen dem Gedanken einer handelspolitischen Annäherung der verbündeten Kaiserreiche bestimmtere Gestalt zu geben. Im allgemeinen verstärkt sich hierdurch der Eindruck, daß als nächstes praktisch erreichbares Ziel nicht ein vollkommener Zollverein erscheint: mit Wegfall aller Zollschranken im Innern und unter Aufrechterhaltung einer gemeinsamen einheitlichen Zollmauer nach außen. Vielmehr denkt man mehr und mehr, wie bereits früher hier in meinem Artikel über Zollvereinspläne und Friedensziele (1915, 1. Band, pag. 273 f.) dargelegt, an eine gegenseitige Vorzugsbehandlung unter Wahrung weitgehender Zollautonomie: an niedrigere Zölle für die Verbandsteilnehmer, an höhere Zollsätze für die Außenseiter, unter Schaffung möglicher Einheitlichkeit zunächst auf wirtschaftsrechtlichem und zolltechnischem Gebiet. In den letzten Junitagen waren nach mancherlei Vorbereitungen und Vorerörterungen in Wien angesehene Vertreter wirtschaftlicher Kreise aus Deutschland und der Donaumonarchie versammelt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde erklärt, daß eine innige wirtschaftliche Annäherung der beiden verbündeten Reiche stattfinden müsse, die vor allem in der möglichsten Annäherung und Übereinstimmung der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung ihren Ausdruck zu finden habe. Insbesondere wäre ein wirtschaftlicher Bündnisvertrag zu schließen, durch den sich die beiden Reiche zu einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber anderen Staaten verpflichten, und zwar auf Grund zwischen ihnen nach einem einheitlichen Zollschemata vereinbarter Außentarife, deren Zollsätze nicht durchweg

die gleichen sein müssen, sowie auf Grund einer besondern, im gegenseitigen Einverständnis auch auf andere Staaten ausdehnbaren Vorzugsbehandlung ihres wechselseitigen Verkehrs, wobei dem aus den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der beiden Gebiete sich ergebenden besondern Schutzbedürfnis einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen wäre. Die Versammlung halte es für dringend geboten, daß die Regierungen der beiden Reiche alsbald in Beratungen über die Einzelheiten und Lösungsformen des Problems eines handelspolitischen Zusammenschlusses eintreten.

× **Nation und** Die tiefe geistige Wirkung
Arbeiterbewe- des Krieges auf die deut-
gung schen Arbeitermassen und ihre Vertreter spiegelt sich ununterbrochen in einer reichhaltigen Literatur wider, die demnächst zusammenfassend behandelt werden möge. Vor allem sollte kein Parteigenosse und kein deutscher Politiker an der jüngsten mutigen und weitblickenden Schrift Wilhelm Kolbs Die Sozialdemokratie am Scheidewege /Karlsruhe, Geck/ vorübergehen. Der allgemeine Standpunkt Kolbs bedarf hier, wo der Verfasser selber so oft das Wort genommen hat, keiner besondern Hervorhebung. Nach Kolb müsse nunmehr jedoch der Krieg und die durch ihn geschaffene einzigartige politische Lage allen zaudernden Zweideutigkeiten und Übergangsunklarheiten ein Ende setzen: »Die bisherigen politischen Zustände sind . . . auf die Dauer schlechterdings unerträglich. Schon bei den letzten Reichstagswahlen im Jahre 1912 haben die Parteien der Linken rund 3 Millionen Wähler mehr gemustert als das Zentrum und die Konservativen nebst ihren diversen Anhängseln. Wenn trotzdem, und obwohl auch im Reichstag selbst die Rechte in die Minderheit gedrängt wurde, der alte ziellose Kurs weitergesteuert werden konnte, so nur, weil es auch jetzt noch keine politisch aktionsfähige Linke gab. Auch wenn der Krieg nicht dazwischengekommen wäre, hätten die durch den unhaltbaren Zustand heraufbeschworbenen Konflikte zu einer Lösung des innern Problems der deutschen Politik gedrängt. . . Bisher war die Politik der Sozialdemokratie prinzipiell auf die revolutionäre Ideologie festgelegt, praktisch aber auf die Evolutionstheorie eingestellt. Dieser Widerspruch zwischen

Theorie und Praxis war die Quelle der zahlreichen immer heftiger werdenden inneren Konflikte der Sozialdemokratie und gleichzeitig das Hindernis gegenüber dem heutigen Staat und seinen Institutionen eine positive Stellung zu gewinnen. . . Die Sozialdemokratie steht am Scheidewege ihrer innern Entwicklung. Das Problem, um das seit Jahrzehnten gerungen wird: »Sozialrevolutionäre Sekte oder politische Partei?« fordert gebieterisch seine Lösung. . . Es gibt jetzt für die Sozialdemokratie nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder ordnet sie ihre Politik den gegebenen Verhältnissen ein, oder sie lehnt das prinzipiell ab. Im erstern Fall muß ihre Politik konsequent auf den Parlamentarismus, auf die demokratische und sozialistische Reform, im letztern Fall konsequent auf die anti-parlamentarische revolutionäre Massenaktion eingestellt werden. . . Durch ihre den nationalen Interessen des deutschen Volkes und damit auch der deutschen Arbeiterklasse Rechnung tragende Politik beim Ausbruch des Krieges hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für sich und für die Partei eine glänzende Position geschaffen, die für die politische Zukunft des deutschen Volkes von größter Bedeutung sein kann. Infolge der politisch sinnlosen fanatischen Hetze gegen diese durch die Verhältnisse bedingte vernünftige Politik ist diese Position der Sozialdemokratie leider schon merklich verschlechtert worden, und die Reaktionen aller Schattierungen, die vor Monaten betrübt ihre Felle davonschwimmen sahen, wittern bereits wieder Morgenluft. Wenn die deutsche Sozialdemokratie nicht ihre ganze Kraft zusammenrafft und mit rücksichtsloser Entschiedenheit sich den Weg für die konsequente Fortsetzung ihrer seit dem 4. August 1914 befolgten Politik frei hält, dann wird das deutsche Volk, vor allem aber die deutsche Arbeiterklasse abermals um die Hoffnung geprellt, daß endlich auch in Deutschland der politische Frühling seinen Einzug hält. . . Nichts wäre für die künftige Politik der Sozialdemokratie verhängnisvoller als, der rein formellen Einheit wegen, den Konsequenzen der seit dem 4. August 1914 inaugurierten Politik wieder aus dem Wege zu gehen und einen unhaltbaren Kompromiß zu schließen. Mit den Elementen, die diese Politik als einen Verrat an den politischen Grundsätzen der Sozialdemokratie bezeichnen, können

diejenigen, die auf dem Boden dieser Politik stehen, nicht mehr zusammenarbeiten. Die Kluft zwischen den sich gegenüberstehenden Auffassungen ist zu groß, als daß sie überbrückt werden könnte. Das innere Problem der Sozialdemokratie muß endlich gelöst werden. Nur unter dieser Voraussetzung ist eine Neuorientierung der deutschen Politik möglich und durchführbar.« Wie Kolb seinen, seit Jahren immer klarer ausgeprägten allgemeinen Standpunkt auf die wichtigsten Einzelfragen (die Staatsauffassung, die Stellung zur Monarchie, zur Militärfrage, zum Imperialismus, zur Internationale) folgerichtig anwendet, das möge man in der verdienstvollen Schrift selber nachlesen.

Den Weltkrieg vom Standpunkt des deutschen Arbeiters behandelt auch August Winnig im Sinn der Fraktionsmehrheit, unter Zurückweisung der in- und ausländischen Angriffe und mit einem eindringlichen Schlußplädoyer für eine großzügige deutsche innere Reformpolitik nach dem Friedensschluß: Soll die Zeit nach dem Kriege auch nur einen Teil der Wünsche unserer Staatslenker erfüllen, so gibt es auf die Frage nach dem künftigen System der innern Politik nur eine Antwort: das rückhaltlose Bekenntnis zu dem Grundsatz »Freiheit und Recht für alle Klassen!« Findet man nicht den Mut zu einer solchen Politik, so ist dieser Krieg für das Volk umsonst geführt. Ein starkes Deutschland kann künftig nur ein freies Deutschland sein. . . Niemals hat die deutsche Arbeiterbewegung vor ähnlichen Aufgaben gestanden, niemals war ihr die geschichtliche Situation so günstig. Man würde das Wort von dem großen Augenblick, der ein kleines Geschlecht fand, niemals mit größerem Recht anwenden können als auf die deutsche Arbeiterbewegung, wenn sie sich die Gunst der Stunde durch innern Hader verscherzen wollte.« Die Arbeit ist für das Jahrbuch des Deutschen Bauarbeiterverbands geschrieben; der Vorstand der Organisation hat mit Recht auf die weitere Verbreitung durch einen Sonderdruck Wert gelegt, der im Verlag dieses Verbands in Hamburg erschien.

Die langsame innere Umbildung der deutschen Sozialdemokratie von einer revolutionären Demonstrationspartei zu einer Zusammenfassung aller reformistischen, in der Richtung der Arbeiterinteressen wirkenden Entwicklungskräfte legt von neuem L. Radlof (Va-

terland und Sozialdemokratie /München, Duncker & Humblot/) an der Hand eines reichen parteigeschichtlichen und theoretischen Materials dar, das in einer solchen Sammlung und Verarbeitung vielen willkommen sein wird. Das Zurücktreten des Endziels und des utopistischen Plänemachens gegenüber der umbildenden Reformpolitik, die immer stärkere Beeinflussung der Arbeitergedankenwelt durch die moderne Gewerkschaftsbewegung, die Weckung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls durch den Krieg werden treffend in allen hervorstechenden Einzelheiten dargelegt. »Die bürgerlichen Klassen sollten deshalb nicht unnötig störend in den Entwicklungsgang der Sozialdemokratie eingreifen sondern die Sozialreform nach Möglichkeit zu fördern suchen. Wir gehen nicht, oder zurzeit noch nicht, dem Sozialismus sondern einer kapitalistisch-imperialistischen Epoche entgegen, in der auch die deutsche Arbeiterklasse gebraucht wird.«

× **Kriegsschriften** ×
 Die umfangreichste Literatur bezieht sich nach wie vor auf England. Zwei Schriften verdienen diesmal besondere Hervorhebung. Die eine von Alfred Hettner (Heidelberg), die bei aller Vermeidung gelehrter Ausdrucksweise doch den bewährten fachmännischen Meister verrät, bringt durch geographische Betrachtungen die tieferen Ursachen der englischen Weltherrschaft und die große Mannigfaltigkeit ihrer Ausbreitung über die Erde zu eindringlicher Anschauung (Englands Weltherrschaft und der Krieg /Leipzig, Teubner/). »Die Weltmacht England«, faßt auch dieser, der Tagespolitik fernstehende Gelehrte seine Schlußfolgerungen zusammen, »könnte mit Deutschland im Frieden bleiben, die Weltherrscherin kann es nicht. Dem Anspruch Englands auf Weltherrschaft hätten wir uns in der Tat nicht für immer fügen können. Die Vereinigten Staaten, Japan, Rußland können neben Englands auf Seeherrschaft begründeter Weltherrschaft bestehen, Deutschland, das an die meisten Teile der Welt auch nur über See heran kann, an England vorbei, kann sich nur entfalten, wenn dieses auf den Gedanken der See- und Weltherrschaft verzichtet. Eine Versöhnung ist nur durch eine Bescheidung Englands möglich; solange diese nicht erfolgt, wird der Gegensatz und Kampf der beiden Nationen dauern.« Alexander von Peez, dem wir ein glänzendes

Werk über Englands Vorherrschaft und die Kontinental Sperre verdanken, hat den Weltkrieg nicht mehr erlebt. Aber seine nunmehr in 7. Auflage herausgegebene, zuerst 1909 veröffentlichte Schrift England und der Kontinent /Wien, Fromme/ beweist, wie klar er, der Schüler Lists, die Grundlinien der englischen Weltpolitik sah, und wie richtig er die trotz aller äußerlichen Wandlungen innerlich gleichbleibende politische Taktik Englands auch für die Gegenwartsfragen einschätzte. Dankenswert ist es ferner, daß Ferdinand Tönnies (Deutschlands Platz an der Sonne /Berlin, Springer/) eine charakteristische Aussprache dreier englischer Politiker über die jüngste Periode der englischen Politik aus dem fabianischen New Statesman übersetzte. Vor allem die bitteren Anklagen E. D. Morels, der schon in seinem Morocco in diplomacy die Gefahren des englischen Einkreisungsstrebens und der Ausschaltungspolitik gegen Deutschland betonte, sind vorzüglich geeignet diejenigen Friedensfreunde aufzuklären, die noch in dem kindlichen Wahn leben, es handle sich bei der jüngsten welthistorischen Katastrophe darum, daß der brave Westen in Deutschland die Demokratie vermisse und es für seine Aufgabe erachte den undemokratischen preußischen Militarismus auszurotten. Ernst Schultze widmete einen Vortrag der Gehestiftung der politischen Bildung in England /Leipzig, Teubner/. Wie hier bereits in der Rubrik Geschichte (1915, 1. Band, pag. 466) angezeigt, hat der Verlag S. Fischer eine Auswahl aus den anziehenden Skizzen, die Theodor Fontane 1854 als Sommer in London veröffentlichte, jetzt unter dem Titel Der englische Charakter heute wie gestern herausgegeben. Mit gutem Recht, denn viele treffende Streiflichter fallen hier auf den, im Wechsel der Geschichte dennoch einheitlichen englischen Charakter. Im ersten der Kriegshefte aus dem Industriebezirk (England wider England! /Essen, Baedeker/) versucht Mathieu Schwann unsere Täuschungen über und unsere Enttäuschungen durch England darzustellen.

Eine wertvolle Analyse der russischen Balkanpolitik und der politischen Balkanentwicklung überhaupt, zugleich eine bittere Anklage gegen die Bestrebungen der russischen Kriegspartei bietet Dr. Alexander Redlichs stoffreiches Werkchen über den Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Ruß-

land /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. Geschichtlich weiter ausholend ist Dietrich Schäfers Gehevortrag Das deutsche Volk und der Osten /Leipzig, Teubner/.

Ernst Jäckh, der in Deutschland wohl am meisten zur Belebung des Glaubens an die Regenerationsfähigkeit der Türkei beitrug, konnte sein Werk Der aufsteigende Halbmond in 4., ergänzter Auflage erscheinen lassen /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/. »Daß in Deutschland eine vorurteilsfreie Anschauung populär wird, ist ein Gebot auch unserer Orientpolitik. Das Goethesche Zeitalter liegt hinter uns, wo es uns gleichgültig sein konnte, »wenn hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen«. Heute handelt es sich dort um Lebensinteressen des jährlich wachsenden deutschen Volkes und seiner absatzbedürftigen Arbeit. Und weiter: Bei der türkischen Pforte liegt der Schlüssel zum deutsch-englischen wie zum deutsch-russischen Gegensatz.« In der Grundanschauung verwandt, aber wesentlich den deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet ist Dr. C. A. Schäfers Schrift Deutsch-türkische Freundschaft in der Sammlung Der deutsche Krieg /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/.

In dem Bändchen Belgien heute und morgen /Leipzig, Hirzel/ schildert Ulrich Rauscher feuilletonistisch lebendig und doch sachlich gründlich die Zustände und die zu lösenden Hauptaufgaben unter der deutschen Besetzung. X

Kurze Chronik Die griechischen Wahlen sind Mitte Juni zugunsten Veniselos' ausgefallen: von 316 Mitgliedern des Parlaments verfügt er über 193. Doch sind Abspaltungen nicht unmöglich, und auch für die Stellungnahme Veniselos' selber haben sich die maßgebenden Voraussetzungen seit seinem Rücktritt wesentlich verändert. X In Albanien wollen anscheinend die westlichen Balkanstaaten bestimmte fertige Tatsachen gegenüber Italien schaffen. Montenegro hat von neuem Skutari besetzt, die Hauptstadt des Nordens, die es 1913 wegen der Drohungen der europäischen Großmächte verließ. Die Serben sind in Tirana und Elbassan einmarschiert. Die Besetzung südlicher Gebiete durch Griechenland dürfte kaum noch lange auf sich warten lassen. Valona befindet sich bekanntlich seit dem 20. Oktober in italienischen Händen.

Wirtschaft / Julius Kaliski

Rathenau † Einer, der das Deutschland schaffen half, dessen Lebensinteressen unsere Heere jetzt im Osten und Westen gegen England und seine Hilfsvölker verteidigen, wurde in diesen Tagen zur letzten Ruhe bestattet. Der 77jährige Emil Rathenau, der erst vor kurzem eine schwere Krankheit überwunden hatte, um dann gleich wieder in der Arbeit zu stehen, die ihm Leben und Leidenschaft war, ist jetzt durch den Tod aus ihr herausgerissen worden. An seinen Namen knüpft sich die Geschichte der deutschen Elektrizitätsindustrie, die er geschaffen hat.

Die gewaltige Bedeutung, die Rathenau für die Entwicklung der deutschen Elektrotechnik gehabt hat, wird hier in der technischen Rundschau (in diesem Band, pag. 673 f.) gewürdigt. Schon der Anfang seiner Laufbahn charakterisiert den Mann und seine spätere Leistung. Als jüngerer Ingenieur übernahm er eine kleine Maschinenfabrik in Berlin, verzichtete aber bald auf die Durchführung des geplanten Unternehmens, um nach Amerika zu gehen. Er wußte, daß seine Zeit noch nicht gekommen war; er sah die nahende Umwälzung der Industrie durch die Elektrotechnik, die in den bescheidensten Anfängen stand, heranrücken. Mit den Ergebnissen der Arbeit amerikanischer Elektrotechniker vertraut und mit dem Recht der Verfügung über amerikanische Patente kam er nach Deutschland zurück, um 1883 eine Gesellschaft zu gründen, die die Mutter der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wurde. Gewiß hätte auch ohne ihn die Anwendung der Elektrizität in Deutschland und anderen Ländern sich durchgesetzt, aber das fast überschnelle Vordringen der Elektrizität auf allen nur möglichen Gebieten zu allen nur erdenklichen Zwecken, die Elektrifizierung der Industrie, des Verkehrs, des Haushalts ist zum großen Teil sein persönliches Werk.

Neben den Produktionsbetrieben, die von ihm oder unter seiner Leitung geschaffen wurden, organisierte er die Aufnahmefähigkeit für den von ihm gewollten Massenabsatz. Er gründete Gesellschaften zum Betrieb von Elektrizitätsunternehmungen, von Straßenbahnen und kaufte in allen möglichen Ländern der Welt Pferdebahnen auf, um sie in elektrische Bahnen zu verwandeln, denen der Strom von Gesellschaften geliefert wurde, die

wieder von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gegründet wurden oder schon errichtet waren. So wurde die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft Selbstbestellerin in einem Riesenumfang, die Aufträge in den von ihr kontrollierten Gesellschaften waren ihr zu ansehnlichen Preisen gewiß. Dabei zeichnete sich das System Rathenau durch hohe Solidität aus. Alle gegründeten Gesellschaften waren darauf angelegt dauernden Interessen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu dienen. Von den Aktien aller der zahlreichen Tochter- und Untergesellschaften blieb nur der kleinste Teil direkt in dem Besitz der Stammgesellschaft, aber er reichte aus, um in Verbindung mit den Banken die Beherrschung aller jener Unternehmungen zu sichern. Von den Banken selbst hielt Rathenau die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft in vollster Unabhängigkeit, seine Verwaltungs- und Finanzierungsgesellschaften führten ihm die ungeheuren Mittel zu, deren die Politik der Gesellschaft benötigte. Durch diese Freiheit in seinen Dispositionen war sein Wirken um so ungehemmter. Für das, was Emil Rathenau bedeutet, ist es natürlich gleichgültig, wie er etwa den Fragen einer Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung, den Parteien und der Sozialpolitik gegenüberstand; seine Urteile und seine Handlungen wurden bestimmt durch das Ziel seinem Werk zu dienen, das letzten Endes dem ganzen Volk gehört.

× **Börse und Krieg** ×
 Bevor in dem Krieg noch ein Schuß gefallen war, hatten die Börsen aller Länder zu funktionieren aufgehört. Die drohende Gefahr des Weltkriegs brachte überall ein ungestümes Massenangebot, die Kurse stürzten, der Börsenmechanismus versagte den Dienst, die internationalen Beziehungen der Märkte waren unterbunden. Das spielte sich bereits vor dem Ausbruch des Krieges ab. Am 31. Juli 1914 wurde der offizielle Verkehr der Berliner Börse eingestellt. Vorher schon hatten in London, Paris und Petersburg die amtlichen Notierungen aufgehört. Auch die Börsen neutraler Länder boten das gleiche Bild, selbst New York unterlag der Erschütterung. In Deutschland ist die amtliche Feststellung der Kurse für Wertpapiere seither nicht aufgenommen worden, die Börsen des Auslands eröffneten den offiziellen Verkehr zwar wieder, aber sie führen zumeist nur ein Scheinleben; in London und Paris sah man sich genötigt

für Staatspapiere Mindestkurse festzusetzen, um ein gewisses Niveau künstlich zu behaupten.

Trotzdem ruht in Deutschland nicht jeder Börsenverkehr. Eine große Zahl von Besuchern der Berliner Börse erscheint in den gewohnten Räumen, und ohne amtliche Kursnotierung spielt sich die Geschäftstätigkeit ab, die schon in den ersten Kriegswochen nach den Erfolgen unserer Heere oft einen recht ansehnlichen Umfang annahm. Den Kreisen, die am Wertpapierhandel beteiligt sind, ermöglichte der freie Börsenverkehr manche Vorteile; es bot sich immerhin Gelegenheit Verkäufe unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen vorzunehmen, da die Kurse überwiegend Steigerungen gegenüber den Notierungen der letzten Börsentage vor dem Krieg aufwiesen, wenn auch an der Aufwärtsbewegung in erster Reihe die Aktien jener Gesellschaften teilnahmen, die als Lieferanten für den Heeresbedarf in Frage kommen. Mit der Zunahme des freien Börsenverkehrs machten sich jedoch bedenkliche Mängel dieser Form des Börsengeschäfts geltend, eine Kontrolle über die am Börsenmarkt erzielten Preise war kaum möglich, dabei barg die vielfach üppige Kursgestaltung die Gefahr einer Anreizung zur Spekulation in sich. Obgleich amtliche Notierungen nicht erfolgten, wurden Kurse in immer größerer Zahl verbreitet, deren Zuverlässigkeit aber nur gering war und gering sein konnte. Nun hätte man diese Widersprüche durch eine Wiedereröffnung der Börse beseitigen können. Aber man tat gut daran diesen Weg nicht zu beschreiten. Der Zeitpunkt für die Eröffnung der Börse sei noch nicht gekommen, ließ die Regierung durch den preußischen Handelsminister im Frühjahr erklären; die vorzeitige Eröffnung würde die Gefahr bringen, daß die schwankenden Nachrichten aus dem Feld, beglaubigt oder unbeglaubigt, in Kursschwankungen unserer besten Papiere sich umsetzen; ferner würde das Publikum, das in der Lage ist seine Barmittel anzulegen, dadurch davon abgelenkt werden sie dahin zu bringen, wohin sie gebracht werden sollen, zu Anlagen, deren das Reich während der Kriegszeit bedarf.

Um Spekulationsausschreitungen, an denen es nicht fehlte, wirksamer zu begegnen, wurde Anfang März, nachdem verschiedene Versuche eine planmäßige Verbreitung von Kursen aus dem wilden Verkehr der Börse zu verhindern ohne Erfolg geblieben waren, ein allge-

meines Verbot der Mitteilungen über Preise von Wertpapieren erlassen, das sich nicht nur auf Mitteilungen der Tages- und Fachpresse, auf Anschläge in den Schaufenstern und andere, jedermann zugängliche Ankündigungen erstreckt sondern auch auf briefliche Mitteilungen, die für einen größern Kreis von Personen bestimmt sind.

Da unter den Kriegsverhältnissen der so geschaffene Börsenzustand sich gut bewährt, stieß man hier und da auf die Behauptung, die Bedeutung der Börse für die Volkswirtschaft sei früher nicht nur maßlos überschätzt worden, es habe sich sogar erwiesen, daß die Börse ohne wesentliche Störungen zu entbehren sei. Mit der Erstarbung der Großbanken, die sich seit dem 2. Juni übrigens auch an dem freien Börsenverkehr beteiligen, dem sie bis dahin ferngeblieben waren, hat die Stellung der Börse in der Tat eine Minderung erfahren, denn ein erheblicher Teil des Wertpapierhandels, der aus Käufen und Verkäufen stammt, die in den zahlreichen Depositenkassen der Banken abgeschlossen werden, berührt die Börse nicht mehr, weil er in den Kontoren der großen Finanzinstitute ausgeglichen wird. Indes, selbst wenn dieses System der Großbanken, das dem Börsenverkehr viel an Betätigung und damit an Kraft nimmt, noch weit mehr ausgebaut würde, müßte die Effektenbörse in ihrem alten Stil erhalten werden, solange auf die Teilnahme des Publikums am Wertpapierhandel gerechnet wird. Es ist durchaus zutreffend, daß Deutschlands industrielle Entwicklung mit einer Beteiligung großer Kreise des Publikums am Wertpapierhandel eng verbunden ist. Die Aktiengesellschaften aller Art, die heute die führenden Betriebe auf den meisten Wirtschaftsgebieten sind, hätten wohl kaum einen gleichen Aufstieg nehmen können, wenn sie für die Unterbringung ihrer riesigen Aktienbeträge nicht auch außerhalb der berufsmäßigen Spekulation die großen Käuferschichten gefunden hätten. Der frühere Staatskommissar an der Berliner Börse, der jetzige Unterstaatssekretär Göppert, erinnert in einem Buch über das Börsentermingeschäft an die Äußerungen Ludwig Bambergers vor der preußischen Untersuchungskommission über das Eisenbahnkonzessionswesen im Jahr 1873: »Machen Sie den Aktionär nicht moralischer und besser als er wirklich ist. Was ihn zum Kaufen in 9 Fällen von 10 antreibt, ist nicht der Kalkül: Was ist bezahlt, was wird verdient? Sondern

es sagt sich der Durchschnittssatz der Käufer (ob nun aus Weisheit oder Torheit): Habe ich Aussicht morgen jemand zu finden, der mir 5% oder 10% mehr gibt? Das ist die ganze Frage, so arbeitet das menschliche Herz des Aktionärs.« Das Publikum, das Aktien erwirbt, läßt sich dazu nur bewegen, weil es Gewinnchancen wittert, die vorwiegend nicht in der Erwartung guter Verzinsung in Form von Dividenden sondern vor allem in der Hoffnung auf Kursgewinn bestehen. Und nicht zuletzt dadurch ist es möglich gewesen dem deutschen Wirtschaftsleben die ungeheuren Geldmittel zuzuführen, die es beanspruchte.

× England: Kriegs-anleihe ×
Ohne Übertreibung darf die neueste englische Kriegs-anleihe als ein Bruch mit allen englischen Traditionen der Staatskredite bezeichnet werden. Bei uns in Deutschland hatte man seit Jahren die 4prozentige Norm; sie wurde bei den Kriegs-anleihen um 1% erhöht, und die Anleihen wurden, wie bekannt, mit Leichtigkeit untergebracht. Englands Stolz indessen war stets der 2½-prozentige Anleihetyp. Dieser wurde schon zu Beginn des Krieges über Bord geworfen, da bereits die erste Kriegs-anleihe einen Zinsfuß von 3½% brachte. Die jetzt angekündigte zweite Anleihe ist nun mit einem abermals um 1% erhöhten Zinsfuß, also mit 4½% ausgestattet. Dabei erstreckt sich die Zinsheraufsetzung nicht auf die neue Anleihe sondern auf die ganze Anleihe-schuld; um das Ergebnis der Anleihe-begebung zu erhöhen, werden auch die früheren englischen Anleihen in Zahlung genommen. Die erste Kriegs-anleihe, die mit 95% ausgegeben worden ist und bereits im Handel 1% einbüßte, kommt in der Form dafür in Frage, daß ein Käufer, der 100 Pfund Sterling neue Kriegs-anleihe in bar bezahlt, das Recht erwirbt unter Zuzahlung von 5 Pfund auf 100 Pfund der 3½prozentigen Anleihe 100 Pfund der jüngsten 4½prozentigen Anleihe zu beziehen. Vor allem können auch die 2½-prozentigen englischen Konsols gegen die neue Kriegs-anleihe umgetauscht werden, und zwar ist die Bedingung für den Austausch von 75 Pfund Sterling 2½prozentiger Konsols in 50 Pfund Sterling neue Anleihe, daß der Besitzer der Konsols gleichfalls 100 Pfund Sterling neue Anleihe gegen Barzahlung übernimmt.

Auf diese Weise sollen die Besitzer der alten Renten veranlaßt werden neue Anleihen zu kaufen. Ein weiterer Vorteil für die englische Staatskasse ergibt sich bei einem starken Umtausch der alten Anleihen gegen neue dadurch, daß der Nennwert der Anleiheschuld Englands geringer wird. Dagegen erkaufte England diese Vorzüge nicht allein gegen eine erhebliche Verteuerung des Staatskredits sondern durch eine förmliche Revolution der gesamten Finanzverhältnisse Englands. Was durch die Erhöhung des Zinssatzes für die englischen Staatsanleihen bewirkt wurde, wird natürlich auch für die Anleihen englischer Städte, Provinzen, Kolonien und schließlich privater Gesellschaften Geltung erhalten. Die Spannung der Zinssätze, die zwischen England und Deutschland bisher zuungunsten Deutschlands bestand, wird bei der Ausgabe einer neuen englischen Kriegsanleihe ausgeglichen; England hat demnach ungeheure und weit stärkere Kräfteleistungen aufwenden müssen, um seine Kriegführung zu finanzieren als Deutschland.

Auf das englische Wirtschaftsleben muß und wird die erhebliche Zinssteigerung für Staatsanleihen von $2\frac{1}{2}$ auf $4\frac{1}{2}$ % ungünstig einwirken: eine Folge ihrer Anleihepolitik, über die sich die englische Regierung aber gewiß nicht in Unklarheit befand. Wenn sie sich trotzdem dazu entschloß, um die Hemmnisse zu überwinden, die sich ihr bei der Beschaffung großer Mittel für den Krieg in den Weg stellten, so tut sie das, weil sie vor nichts zurückscheut, um einen tödlichen Schlag gegen Deutschland führen zu können. Angesichts dieser Aufbietung auch aller finanziellen Kräfte Englands sollte auch in Deutschland niemand mehr verkennen, daß man in London an keinen durch einige Konzessionen zu erkaufenden Ausgleich denkt.

× **Arbeitsmarkt** Eine wesentliche Änderung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist im Mai nach den Berichten des Reichsarbeitsblatts im allgemeinen nicht eingetreten, in der Mehrzahl der Industrien war der Geschäftsgang durchaus befriedigend. Besonders gilt das für Unternehmungen, die mittelbar oder unmittelbar für Heereszwecke arbeiten. Unverändert gut war der Absatz im Bergbau, ebenso lebhaft beschäftigt wie im Vormonat war auch die Eisen- und Maschinenindustrie, das selbe gilt für die elektrische Industrie.

Befriedigend war die Lage der Spinnstoffgewerbe, mit Ausnahme gewisser Spezialzweige, zum Beispiel in der Seidenindustrie. Uneinheitlich lagen die Verhältnisse in der chemischen und in der Holzindustrie. Im Baugewerbe, das schon vor dem Krieg einen unbefriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, und dessen Lage durch den Krieg zunächst noch weiter verschlechtert worden ist, machte sich im Berichtsmonat in einzelnen Städten infolge der öffentlichen Bautätigkeit eine gewisse Besserung bemerkbar, die auch stellenweise in einer Steigerung der Zahl der Beschäftigten zum Ausdruck kam. Die Nachweisungen der Krankenkassen ergaben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Juni eine Abnahme der männlichen Beschäftigten dem Anfang des Vormonats gegenüber um 68 279 oder 1,41 %, dagegen eine Zunahme der weiblichen Beschäftigten um 31 938 oder 0,92 %; die Gesamtzahl der Beschäftigten hat mithin nur um 36 341 oder 0,44 % abgenommen, was im wesentlichen auf Einberufungen zum Landsturm zurückzuführen ist. Nach zehn Kriegsmonaten war also nichts von einer Schwächung der Wirtschaftskraft zu merken.

× **Außenhandel** An Beschlüssen industrieller und kaufmännischer Korporationen in England, Frankreich und Rußland in Zukunft keine Waren mehr aus Deutschland zu beziehen fehlt es nicht. Doch wäre es naiv in diesen Erklärungen mehr als eine Stimmung oder eine Absicht zu erblicken, von der es bis zu einer Verhinderung deutscher Einfuhr noch außerordentlich weit ist. Auch vor dem Krieg hat keines dieser Länder deutsche Waren aus Liebe zu Deutschland bezogen, sondern weil keine besseren Lieferanten vorhanden waren. Selbst wenn jene Länder später geneigt wären höhere Preise zu zahlen, nur um Deutschland als Lieferanten auszuscheiden, würden sich schwerlich ausreichende Kaufmöglichkeiten finden. Zu dieser Auffassung kommt auch Politiken, das dänische Blatt, das sich bei seinem Urteil sicherlich nicht von übermäßiger Liebe zu Deutschland leiten läßt. Alle jetzigen Untersuchungen der englischen und französischen Presse über die Lage nach dem Krieg, meinte Politiken kürzlich, vergessen, daß England, Rußland und Frankreich nach dem Krieg die deutsche Industrie notwendig brauchen werden, um überhaupt selbst als Liefere-

ranten für viele Artikel auftreten und Rußland denjenigen Absatz für seine Produkte verschaffen zu können, den Rußland notwendig braucht. Die bisherige Abhängigkeit aller Länder von der deutschen Industrie ist bekannt, selbst durch den Weltkrieg klar erwiesen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß selbst die Alliierten insgesamt Deutschlands industriellen Vorsprung einholen können, wenn Deutschland seine Entwicklung fortsetzt. Die Ersatzfabriken in außerdeutschen Ländern befinden sich heute auf dem Standpunkt, den Deutschlands Spezialfabriken vor vielen Jahren einnahmen. Deshalb beruht es nicht allein auf dem guten Willen der kriegführenden Länder, ob sie Deutschlands Industrie ersetzen können, sondern es ist auch die Frage, ob sie überhaupt dazu imstande sind. Von der deutschen Ausfuhr verbleiben drei Viertel in Europa. Es könnte so aussehen, als ob Deutschland den Handel mit Asien, Afrika und Australien gänzlich versäumte. Die Sache liegt aber so, daß auch diese Weltteile deutsche Waren über London und Paris erhalten haben. Wenn dies aufhören sollte, wird Deutschland diese Länder direkt ohne Mittelsmann versorgen. England hat bisher keinen Lieferanten, der Deutschland ablösen könnte.

Deutsche Wirtschaftsverbände, die sich über die Gestaltung des deutschen Außenhandels nach dem Krieg äußerten, sehen die Dinge ähnlich an. In dem Verhältnis der deutschen Industrie zu ihren Konkurrenten ist, wie in einem Artikel der Deutschen Arbeitgeberzeitung dargelegt wird, irgendeine grundlegende Veränderung zu unseren Ungunsten jedenfalls nicht eingetreten. Auf der andern Seite aber habe gerade der Krieg viel dazu beigetragen dem neutralen Ausland über die gewaltige Überlegenheit verschiedener Zweige der deutschen Industrie gegenüber ihren Konkurrenten die Augen zu öffnen.

Im Anschluß daran verdienen die Erklärungen verzeichnet zu werden, die von dem Generaldirektor der Aktiengesellschaft Orenstein & Koppel in der Generalversammlung dieses weitverzweigten Feldbahnunternehmens abgegeben wurden. Von 220 Filialen, Niederlassungen, Vertretungen oder Tochtergesellschaften des Konzerns Orenstein & Koppel befinden sich 79 im neutralen und 74 im feindlichen Ausland, und von dem Umsatz in 1913 entfielen zirka 45 Millionen Mark auf das neutrale und zirka 53½ Millionen Mark auf das feind-

liche Ausland. »Die uns aus dem neutralen Ausland zugegangenen Mitteilungen«, führte der Generaldirektor aus, »lassen uns annehmen, daß nach Eintritt des Friedens unsere altbewährte Organisation die frühere Blüte bald wieder erlangen wird; ist uns doch zum Beispiel eine ganze Anzahl Aufträge für den Friedensbeginn bereits zugesichert mit der Begründung, daß man auf das bewährte deutsche Fabrikat, wenn auch noch so lange, lieber warte und sich inzwischen mit einem Notbehelf begnüge. Was nun das feindliche Ausland anlangt, so geben wir uns bezüglich des künftigen Schicksals unserer zwangsweise zum Stillstand gebrachten Niederlassungen keinen übertriebenen Befürchtungen hin. Nach Beendigung des Krieges, wenn auch in der einen oder andern abgeänderten Form der dortigen Niederlassungen, dürfte auch hier allmählich die deutsche Industrie, und zwar zunächst seitens des privaten Bedarfs, aus den oben angegebenen Gründen wieder alimentiert werden.«

×
Einfuhr-
gesellschaften

Nach dem Muster der holländischen Überseetrustgesellschaft soll auch in der Schweiz eine Einfuhrgesellschaft errichtet werden. Entstanden sind die holländische Gründung und der schweizerische Plan durch die Willkür der Ententemächte oder richtiger Englands in der Behandlung der neutralen Länder, deren wirtschaftliche Betätigung völkerrechtswidrig britischer Zwangskontrolle unterstellt wird. Schiffe mit Waren, die vielfach gar nicht als indirekte, geschweige denn als direkte Konterbande in Frage kommen, werden durch England und Frankreich mit der Begründung beschlagnahmt, daß bei den neutralen Besitzern und Empfängern die Absicht eines Weiterverkaufs nach Deutschland bestehe. Um den endlosen Drangsalierungen zu entgehen, wurde die Niederländische Überseetrustgesellschaft gegründet, die den Ententemächten garantiert, daß die für sie bestimmte Einfuhr nicht nach Deutschland oder Österreich exportiert wird. England und Frankreich forderten von der Überseetrustgesellschaft weiter entsprechende Verpflichtungen für die mit ihr in Verbindung tretenden Firmen. Auch diesem Verlangen kam der Trust nach, er verlangt von den ihm angeschlossenen Firmen die Anerkennung von Bedingungen, in denen jeder Empfänger, der von der Vermittlung der Gesellschaft Gebrauch macht, nach einem in der

Handelszeitung des Berliner Tageblatts veröffentlichten Formularauszug, erklären muß, daß er »niederländischer Kaufmann oder eine niederländische Handelsgesellschaft und nicht Vertreter einer kriegführenden Regierung« sei. Weiter muß er sich verpflichten »keine Handelsbeziehungen mit dem Vertreter einer kriegführenden Macht zu haben, die zu empfangenden Waren und die daraus zu fabrizierenden Artikel (insoweit diese Konterbande darstellen), die an den Trust konsigniert sind, nur allein für den heimischen Verbrauch, für Re-export nach den niederländischen Kolonien oder nach neutralen Ländern für den dortigen Verbrauch zu bestimmen«. Er muß auf Anfrage der Gesellschaft alle derartigen Auskünfte geben, »unter Einsichtnahme der Bücher, Korrespondenz und anderer Dokumente, die der Trust für geraten und erforderlich halten wird«. Wenn die Empfänger nicht pünktlich den Verpflichtungen nachkommen, werden sie mit sehr schweren Geldstrafen bedroht. Außerdem fordert die Gesellschaft, damit sie nicht schließlich Schwierigkeiten beim Inkasso erfährt, ein Unterpand oder eine Bankkaution. Das ist englische Liebe für den Schutz der neutralen Staaten in der Praxis.

×
Kali Durch die Sonderstellung, die die Kaliindustrie im Wirtschaftsleben infolge des Reichskaligesetzes einnimmt, wird sie durch den Krieg stärker in Mitleidenschaft gezogen als die meisten anderen Industriezweige. Das gegen die Sünden der Kalispekulation 1910 geschaffene Gesetz enthält Bestimmungen über die Höchstpreise für den Inlandsabsatz, deren Abänderung nur durch Reichstagsbeschluß möglich ist. Bisher wurden der Kaliindustrie Preiserhöhungen nicht zugestanden, sie ist so außerstande für ihre Verluste, die einem starken Minderabsatz, in erster Reihe nach dem Ausland, bei gleichzeitiger Steigerung der Selbstkosten entspringen, einen auch nur teilweisen Ausgleich zu schaffen. Aus dem in der Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats erstatteten Bericht des Vorstands geht hervor, daß der Kaliabsatz in den ersten 5 Monaten dieses Jahres um 42 Millionen Mark gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen ist. Der Absatzrückgang seit Beginn des Krieges bis Ende Juni beläuft sich auf rund 100 Millionen Mark, was einer Mindermenge von mehr als 5 Millionen Doppelzentner

reinem Kali entspricht. Hauptsächlich ist es der infolge des Ausfuhrverbots und des Krieges fast gänzlich lahmgelegte Kaliabsatz nach dem Ausland, der den Rückgang verursacht. Auch die deutsche Landwirtschaft hat in den ersten 9 Monaten des Krieges infolge Wagenmangels und Streckensperrungen 11½ Millionen Doppelzentner Kalisalze weniger bezogen als in dem entsprechenden Zeitraum der Vorjahre. Verschärft werden diese Kriegswirkungen durch den verminderten Export noch ganz besonders, da die Auslandspreise die Inlandspreise nicht unerheblich übersteigen. Nach dem Kaligesetz dürfen die Auslandspreise nicht niedriger als die Inlandspreise sein. Unter diesen Umständen war der Anspruch der Kaliindustrie auf Zubilligung einer Erhöhung der Inlandspreise sachlich gerechtfertigt, denn es schwanen die Voraussetzungen für die alte Preisfestsetzung und damit für die Rentabilitätsberechnung durch das Ausfuhrverbot, das notwendig wurde, weil sonst das feindliche Ausland auch deutsche Kalisalze zur Herstellung von Sprengstoffmitteln hätte beziehen können. Bei der Bedeutung der Kalisalze für die deutsche Landwirtschaft liegen Bedenken gegen Kalipreiserhöhungen nahe. Doch darf nicht übersehen werden, daß den gesteigerten Selbstkosten der Landwirtschaft durch Preissteigerungen landwirtschaftlicher Produkte Rechnung getragen wird, und daß fernerhin bei der bevorstehenden Neuregelung der Preise für Agrarprodukte auch ein der Kaliindustrie zugestandener Ausgleich Berücksichtigung hätte finden können. In der Öffentlichkeit ist von landwirtschaftlichen Organisationen gegen die Kalipreiserhöhung kein Widerspruch erhoben worden, aber die Regierung hat sich noch nicht veranlaßt gesehen den Vorstellungen der Kaliindustrie um Gewährung von Preiszuschlägen zu entsprechen und eine Gesetzesänderung vorzuschlagen. Ein mechanisches Festhalten an den Kalipreisen widerstrebt auch dem Zweck der Höchstpreise, die dazu geschaffen wurden die Produktionsgrundlagen der Kaliindustrie zu sichern, während unter den obwaltenden Verhältnissen das Gegenteil erzielt wird.

×
Kurze Chronik Der Kreis kriegswirtschaftlicher Organisationen wurde auch im Monat Juni erweitert. So wurde eine Kriegskohlen-gesellschaft für die Versorgung Ostpreußens gegründet. Die Gesellschaft,

der neben dem Bergfiskus die Steinkohlen- und Braunkohlensyndikate sowie die schlesischen Großhandelsfirmen angehören, verfolgt lediglich gemeinnützige Zwecke. Das Aktienkapital, das auf 6 Millionen Mark bemessen ist, wird vom Staat garantiert; etwaige Gewinne über 5% werden an den Minister für öffentliche Arbeiten für gemeinnützige Zwecke abgeführt. × Zur Verwertung des *Alt e i s e n s* aus den besetzten Gebieten Russisch Polens für die ober-schlesischen Hütten hat sich eine *Alt-eisenverwertungsgesellschaft* mit beschränkter Haftung gebildet. × Ferner eine *Feldkraftwagenaktiengesellschaft*, an der sich zahlreiche Automobilfirmen beteiligen. Die Aufgabe der Gesellschaft besteht in der Verwertung der aus dem Feld zurückkommenden Kraftwagen und ihrer Teile unter Wahrnehmung des Reichsfinanzinteresses und des Interesses der Industrie. Den Automobilfirmen liegt vor allem daran bei einem spätern Friedensschluß eine plötzliche Überschwemmung des Marktes mit gebrauchten Autos zu vermeiden. Auch die Dividende der *Feldkraftwagenaktiengesellschaft* ist auf 5% beschränkt, der Überschuß wird öffentlichen Zwecken zufließen. × Einen rein privaten Charakter trägt die *Deutsch - Russische Kriegskreditbank*, eine Aktiengesellschaft in Remscheid, deren Zweck es ist auf deutsche Forderungen in Rußland Vorschüsse zu geben und solche Forderungen einzutreiben. Sie wird von der Geschäftsstelle des Vereins deutscher Fabrikanten und Exporteure für den Handel mit Rußland verwaltet. × Endlich wird die Errichtung einer besondern Reichsorganisation zur Versorgung des Heeres mit einheimischen Bieren geplant. Bei der verminderten Bierproduktion durch Einschränkung des Malzverbrauchs auf 60% stößt der Bierbezug auf Schwierigkeiten. Die Absicht geht dahin besonders die großen und mittelgroßen Betriebe anzuhalten einen bestimmten Teil ihrer Erzeugung einer Zentralstelle für den gesamten Bierbedarf des Heeres abzuliefern.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Friedensbestrebungen Verschiedene Frauenkreise haben sich in den letzten Monaten zu Friedenskonferenzen zusammengetan. Im März hielten in Bern sozialistische Frauen eine Konferenz ab, die nach Berichten der Gleichheit und anderer sozialistischer Blätter von Delegiertinnen aus fast

sämtlichen kriegführenden wie von Abgesandten der neutralen Länder besucht war. Die deutschen wie die französischen Teilnehmerinnen mußten allerdings erklären nur eine Minderzahl ihrer Parteigenossinnen vertreten zu können. Die holländischen und die englischen Genossinnen sprachen in einer Erklärung die grundsätzliche Auffassung der sozialistischen Frauen aus. Unter den Russinnen herrschte keine Einigkeit; eine Gruppe wollte in einer Resolution die Haltung der Parteimehrheiten in den kriegführenden Ländern mißbilligen, während eine andere der Meinung war, die Abrechnung mit der Taktik der sozialistischen Parteien sei Sache der nationalen sozialistischen Parteitage. Schließlich wurde der erste Vorschlag, wenn auch unter Protesten der Gegenpartei, angenommen. Aus England hatte die Unabhängige Arbeiterpartei und der Internationale Frauenrat Vertreterinnen entsandt. Eine eingehende Berichterstattung über die Konferenz, die mindestens aus Deutschland nur von der *radikalen* Minderheit beschiedt war, konnte aus leicht begreiflichen Gründen nirgends gegeben werden. Charakteristisch für die Manier, wie durch Gruppenveranstaltungen dieser Art falsche Urteile im Ausland verbreitet werden, war eine Betrachtung der Leiterin der englischen Delegation Marion Philips in der Nation vom 10. April, in der sie ihren Lesern die wunderbarsten Märchen über die Stimmung der deutschen Sozialdemokratie aufzählt und in bekannter Weise die Bedeutung der Opposition und ihrer Aktionen aufbauscht. Der Labour Leader rühmt die Konferenz der Sozialistinnen und veröffentlicht die in Bern angenommene Erklärung, die unter anderem sagt: »Die internationale Frauenkonferenz hat in dieser Zeit entsetzlichen Unheils den erhebenden Beweis erbracht, daß die Sozialistinnen aller Länder, namentlich auch der kriegführenden, in alter schwesterlicher Treue zusammenstehen... Die Friedensaktion der sozialistischen Frauen muß Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der Massen für die Beendigung des Bruderkampfes sein. Sie muß einen wichtigen Schritt vorwärts zum Wiederaufbau der einen großen Arbeiterinternationale bedeuten.«

Vom 27. bis zum 30. April fand im Haag die hier schon angekündigte internationale Friedenskonferenz bürgerlicher Frauen statt. Die Berichte darüber geben kein allzu genaues Bild, widersprechen einander sogar teilweise recht

stark. Während die meisten von einer allgemeinen Beteiligung sprechen, behauptet Gertrud Bäumer (die persönlich wie als Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine dem Kongreß freilich sehr feindlich gegenüberstand), die Veranstaltung sei tatsächlich ein »Kongreß der Neutralen« gewesen. Die Zeitschrift Die Frau berichtet, daß 1700 Holländerinnen, 200 bis 300 sonstige Neutrale, einige (2 ?) Engländerinnen und Belgierinnen, 28 Deutsche und einige Österreicherinnen ihn besucht hätten. Das Resultat der Konferenz bestand in der Annahme einer Reihe von Resolutionen. Die Regierungen werden darin zum Friedensschluß aufgefordert; im übrigen werden die bekannten Forderungen der Pazifisten und Demokraten gestellt: Abrüstung, internationale Schiedsgerichte zur Beilegung der Völkerkonflikte, Kontrolle der auswärtigen Politik jedes Landes durch die Volksvertretungen, Selbstbestimmung der Bevölkerung über ihre staatliche Zugehörigkeit; endlich und vor allem Frauenstimmrecht, pazifistische Erziehung der Kinder und Beteiligung der Frauen an den Friedensverhandlungen der kriegführenden Staaten. Schließlich wurde eine Kommission eingesetzt, um bei den Regierungen der feindlichen Nationen zugunsten des Friedens zu wirken. Diese Kommission, deren Vorsitzende die bekannte amerikanische Sozialpolitikerin Jane Addams war, wurde nach späteren Berichten von englischen, deutschen und österreichischen Ministern empfangen, denen sie ihre Wünsche vortrug. Zu irgendwelchen positiven Ergebnissen hat ihre Aktion natürlich nicht geführt. In der sozialistischen Presse fand diese Friedenskonferenz zum Teil Zustimmung und Anerkennung, obgleich sich die sozialistischen Frauen nicht offiziell beteiligt hatten. Klara Zetkin übersandte ein Begrüßungstelegramm; bei ihrer sonstigen Stellung zu den bürgerlichen Frauen immerhin ein bemerkenswerter Vorgang. Die Gleichheit schrieb am 29. Mai: »Das Proletariat schenkt dem Kampf der bürgerlichen Frauenbewegung um Demokratie und Völkerfrieden seine volle Sympathie, ohne zu vergessen, daß diese Ziele erst völlig erreicht werden können, wenn einst die Arbeiterklasse die politische Macht in Händen hat und der Sozialismus die kapitalistische Wirtschaftsordnung ablöst.« Ein eigener ausführlicher Bericht der Internationalen Korrespondenz bezweifelt zwar, daß der Kongreß irgendeinen unmittelbaren Erfolg bringen

könne, meint aber dennoch: »In dem Beschluß (vielleicht dem bedeutsamsten) in der Erziehung der Jugend alle Momente des Hasses, der Rachedenken und die verblendete Verständnislosigkeit für andere Völker fernzuhalten spricht sich die Aufgabe Hüterinnen der Menschlichkeit zu sein vielleicht am klarsten aus. Daß die ganze Veranstaltung durch ihre Würde und den Ton gegenseitigen Vertrauens, auch zwischen den Frauen feindlicher Staaten, ein nachahmenswertes Beispiel für alle jetzt und später aufzunehmenden internationalen Beziehungen geschaffen hat, das bestätigen alle Kongreßteilnehmer mit einmütiger Bewunderung. Und besonders um dieses leuchtenden Beispiels willen und durch das Gelöbnis mit bewußter Erziehungsarbeit eine friedlichere Zeit herbeiführen zu helfen muß auch die Partei des Friedens und einer bessern Zukunft diesem Frauenfriedenstag einen großen und dauernden Wert zuerkennen.«

Sehr scharf nahm dagegen der Bund deutscher Frauenvereine Stellung gegen die Einberufung des Kongresses. Er lehnte nicht nur die Beteiligung ab sondern begründete dies noch durch eine öffentliche Erklärung, in der es heißt: »Er [der Bund] erklärt die Propaganda für diesen Kongreß sowie die Beteiligung daran für unvereinbar mit der vaterländischen Gesinnung und der nationalen Verpflichtung der deutschen Frauenbewegung. Auf Grund der Einmütigkeit, die sich in der Ablehnung des Kongresses bei den Vereinen, bei der organisierten Frauenbewegung gezeigt hat, muß der Bund jede Propaganda deutscher Frauen für den Kongreß als einen Verstoß gegen die Solidarität der deutschen Frauenbewegung betrachten.« Ähnlich verhielten sich die Verbände der bürgerlichen wie der sozialistischen Frauenbewegung in Frankreich. Sie antworteten auf die Aufforderung zur Beteiligung: »Welche Leiden auch der Krieg jeder französischen Frau auferlegt, keine von ihnen möchte von Frieden hören, bevor die französischen und belgischen Gebiete von den Deutschen geräumt sind.« Außerdem erklärten die Frauen den Wunsch nach baldigem Frieden für einen »einseitigen, unnützen, gefährlichen Pazifismus«. In großer Zahl sollten die Engländerinnen erscheinen, doch hatte die Regierung den meisten den Auslandspaß verweigert. Von den bekannten deutschen Frauenrechtlerinnen waren Helene Stöcker, Anita Augspurg, Lida Gustava

Heymann anwesend; die Österreicherinnen hatten eine offizielle Delegation entsandt.

In einer Wiener Versammlung zur Berichterstattung über den Kongreß sprach Rosa Mayreder ihre wärmste Anerkennung für die Kundgebung aus. Sie meinte: »Niemand, der die Weltlage kennt, konnte auf praktische Wirkung durch den Kongreß rechnen, aber er war von prinzipieller und symptomatischer Bedeutung. . . Die Frauen haben die Gefühle des Hasses und der Rache zu bekämpfen. Das bedeutet nicht den Kämpfern für das Vaterland in den Rücken fallen. Würden die Frauen nicht anders denken als die Männer, dann hätte die Frauenbewegung keine Berechtigung. . . Wichtigstes Ziel der Frauenbewegung ist auf eine Änderung der Welt hinzuarbeiten. Der Krieg stellt einen der dem Weibe feindlichen Männerwerte dar.« Die hohe Schätzung, die wir unter den Vertreterinnen der Frauenbewegung gerade Rosa Mayreder zollen müssen, veranlaßt nur um so mehr einen Widerspruch gegen diese Anschauung. Ihre Worte, und das, was sich ihnen entgegen läßt, fassen zugleich die beiden entgegengesetzten Tendenzen in sich, die in den widerstreitenden Ansichten über den Kongreß zum Ausdruck kamen. Ist die Frauenbewegung wirklich nur deshalb berechtigt, weil die Frauen »anders denken als die Männer«? Und stellt der Krieg in der Tat »einen der dem Weibe feindlichen Männerwerte« dar? Eine der Engländerinnen warnte auf dem Kongreß vom Frauenstimmrecht zu viel für die Friedenssache zu erwarten. Sie habe »ein englisches Blatt in Händen, das von A bis Z von Frauen geschrieben, verlegt, gedruckt und verbreitet wird, und dessen Inhalt von Anfang bis zu Ende eine Verherrlichung des Krieges ist«. Eine ähnliche Auffassung spricht aus den Antworten der französischen wie der deutschen Frauenbewegung. Beide stellen sich auf den Standpunkt der Majorität ihres Landes; das Geschlecht kommt für sie dabei nicht in Frage. Gewiß bedeutet es nicht »den Kämpfern für das Vaterland in den Rücken fallen«, wenn man jede Möglichkeit ausnutzt dem Frieden auch nur den kleinsten Schritt näherzurücken. Ja, selbst wenn nur eine einheitliche rein ideale Friedensdemonstration der Frauen aller kriegführenden Länder zustande käme, könnte sicher dadurch niemals Schaden gestiftet werden. Andererseits kann es aber begreiflicherweise jeder politisch

empfindenden Frau widerstreiten sich an Kundgebungen zu beteiligen, denen jede sachliche Grundlage fehlt, von denen sie also von vornherein selbst kein Resultat erwarten kann als das lebenswürdig höflicher Redensarten bei allen wirklich ausschlaggebenden Faktoren. Es ist eben nicht unbedingt richtig, daß die Frauen als solche »anders denken als die Männer«. Die übergroße Mehrzahl der männlichen Politiker, die durchhalten wollen, solange sich ihnen keine Möglichkeit eines annehmbaren Friedens zeigt, empfindet doch das graue Blutvergießen dieses Krieges genau so furchtbar wie die Mehrzahl der Frauen; vielleicht sogar können nur die, die es selbst durchleben müssen, es in seiner ganzen Schrecklichkeit begreifen. Schließlich also geht die Trennungslinie hier nicht zwischen Männern und Frauen sondern zwischen Realpolitikern und Ideologen, genau so, wie auch innerhalb der Sozialdemokratie zum Beispiel die Demonstranten für den Frieden als solchen (natürlich nicht die Parteigänger eines Friedens unter bestimmten Voraussetzungen) immer unter den dogmatischen Ideologen zu finden sind. Leider wird dabei nur allzu leicht, und meist durchaus gutgläubig, Ideologie mit Idealismus verwechselt, so daß den Realpolitikern sehr unberechtigterweise das Odium zufällt die Bedeutung idealer, nicht unmittelbar realisierbarer Bestrebungen zu verkennen. Zu verstehen ist Rosa Mayreders Standpunkt vielleicht für die Frauen, deren Interessen ganz und gar nicht auf politischem Gebiet liegen; sie mögen das Gewicht ihres weiblichen Mitleidens mit dem millionenfachen Schmerz des Kriegs mit in die Wagschale des Friedens werfen. In andern Sinn berechtigt ist auch das, was die Monatsschrift Die Frau in einer Besprechung des Kongresses sagt: daß Frauen wie Jane Addams »bei stärkerem Einfluß auf die ersten Anfänge des ganzen Plans doch vielleicht etwas Besseres daraus hätten machen können: zum Beispiel eine Besprechung der Neutralen mit mehr praktischem und weniger frauenrechtlerisch-rhetorischem Inhalt, in einem engeren Kreise verantwortlicher Menschen«. Es bedarf kaum der Betonung, daß sogenannte Friedensdemonstrationen, wie sie in Berlin und Umgegend kleine Kreise der Radikalen immer unter den Arbeiterfrauen zu inszenieren suchten, das gerade Gegenteil jeder sinnvollen Friedensanregung darstellen. Sie spiegeln typisch das geistige Bild des revo-

lutionären Radikalismus wider; dogmatisches Formelwesen ohne Beziehung zu dem immer neu gestaltenden Leben.

× **Kurze Chronik** Eine Abteilung für Kri eg s v e r t r e t u n g e n ist am Zentralarbeitsnachweis in Berlin geschaffen worden. Sie soll Frauen in Männerstellungen, die durch den Krieg nicht mehr von Männern besetzt werden können, zu bringen suchen; besonders in der Industrie. × Am 20. Mai nahm der französische Senat das von der Deputiertenkammer bereits angenommene Gesetz über M i n d e s t l ö h n e für Heimarbeiterinnen der Bekleidungsindustrie an. Der gesetzliche Mindestlohn feiert damit seinen Einzug in die französische Gesetzgebung. × In Berlin wurde kürzlich ein A u s l a n d b u n d deutscher Frauen gegründet, der eine Verbindung der im Ausland lebenden deutschen Frauen mit Inlandsdeutschen anbahnen soll. Es soll dadurch auch den falschen Urteilen über Deutschland entgegengearbeitet werden.

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Mindestlohnproblem Die im Rahmen einer weiter auszubauenden Sozialreform so überaus wichtige Frage nach der Möglichkeit einer gesetzlichen Fixierung von Mindestlöhnen, unter die Arbeitgeber bei ihrer Lohnzahlung nicht heruntergehen dürfen, wird auf Grundlage umfangreichen Tatsachenmaterials in dem Werk eines Münchener Juristen Dr. D. P e s l (Der Mindestlohn/München, Duncker & Humblot/) eingehender Erörterung unterzogen.

Ein vorangeschickter Rückblick auf die ehemals von namhaften ökonomischen Autoren aufgestellten Lohntheorien weckt die Erinnerung an eine ganze Reihe jener weiland berühmten Gesetze, auf die man sich lange Zeit berief, um jedes Anknüpfen wider die *natürliche* Regulierung der Löhne durch Angebot und Nachfrage mit theoretischen Argumenten als törichtes, von vornherein ganz aussichtsloses Beginnen abzuweisen. Da taucht die Weisheit jener wundersamen Lohnfondslehre auf, nach der der gesamte Geldbetrag, den die industrielle Kapitalistenklasse jeweils im Lauf eines Jahres zur Beschäftigung von Arbeitern in Lohnform verausgabte, eine fest bestimmte Größe sein sollte, aus der

durch Division mit der Beschäftigung suchenden Arbeiterzahl der durchschnittliche Lohnbetrag zu berechnen wäre, der unter den gegebenen Verhältnissen nicht überschritten werden kann, wie manche andere Rarität, zu deren Erzeugung bourgeois Klasseninteresse das soziale Elend auf das Konto unabänderlicher Naturgesetze abzuwälzen und Unbedachtsamkeit voreiligen Generalisierens zusammenwirkten. Auch jenes von Lassalle so genial in den Dienst sozialistischer Propaganda gestellte eherne Lohngesetz: daß die Arbeiter, was sie in einer Zeit ökonomischen Aufschwungs etwa an Lohnsteigerung gewinnen können, dann infolge ihrer durch bessere Lebenshaltung beschleunigten Fortpflanzung und dementsprechend sofort wieder gesteigerten Arbeitsangebots alsbald wieder verlieren müßten, figuriert, bei Malthus beispielsweise, unter jenen Lehrsätzen, die Marx einmal so treffend als gelehrte Anweisungen zur Beruhigung des bürgerlichen Gewissens bezeichnete. Frömmigkeit und Zynismus ergänzen sich in diesem einst so beharrlich gefeierten ökonomischen Propheten zu schöner Harmonie. So preist er Gottes Güte, die wohlweislich der Triebfeder des Mitleids in der menschlichen Natur nur so viel Macht eingeräumt habe, daß sie die segensreichen Folgen wirtschaftlichen Egoismus im Ernst niemals kreuken könne, und versteigt sich zu der blasphemischen Erklärung: »Jeder, der in einer schon in Besitz genommenen Welt geboren wird, hat, wenn er Mittel zum Unterhalt weder von seinen hierzu verpflichteten Verwandten erhalten noch durch Arbeit finden kann, kein Recht auf den kleinsten Teil Nahrung. Tatsächlich ist er auf der Welt überflüssig. An der großen Festtafel der Natur ist für ihn kein Platz frei. Die Natur befiehlt ihm zu gehen und vollzieht auch rasch ihren Befehl.« Jenes Lohngesetz, das auf Grund des angeblich naturgesetzlichen Zusammenhangs zwischen Lohnsteigerung und Volksvermehrung aus dem Eintreten einer länger dauernden Lohnerhöhung nicht etwa nur eine Steigerung des künftigen Arbeitsangebots sondern eine solche Steigerung des Arbeitsangebots als notwendig folgern will, mit der die mit der Expansion kapitalistischer Warenerzeugung und Warenabsatzes Hand in Hand gehende Steigerung der Arbeitsnachfrage nachzukommen außerstande sei, um daraus die Unmöglichkeit eines dauernden und nachhaltigen Aufstiegs der Löhne über

das Niveau des bloßen Existenzminimums zu deduzieren, liefert Lassalle das schlagende Argument: daß, da die Arbeiter in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht vorwärtskommen können, sich ihre ganze Kraft auf die Beseitigung kapitalistischer Lohnarbeit selber und die Einführung einer sozialistischen Organisation des Produzierens (auf dem Weg über die Produktivgenossenschaften) zu richten habe. Eine Wendung, die, so eminente Wirkung sie zunächst für die Entstehung einer Arbeiterbewegung mit weiten sozialistischen Zukunftshorizonten hatte, von dieser Bewegung, die zu weiterer Entfaltung, unbeschadet des Ausblicks auf letzte Ziele, zu ihrem Wachstum eines Gegenwartsprogramms für ihre Kämpfe und des festen Glaubens an dessen Realisierbarkeit bedarf, doch über lang oder kurz notwendig wieder abgestreift werden mußte. Der innere Widerspruch, in dem der fatalistisch-pessimistische Charakter jenes angeblichen Gesetzes zu den notwendigen Gegenwartstendenzen der Arbeiterbewegung steht, kündigt sich andeutungsweise schon in dem Lassalleschen Antwortschreiben an: in der Kritik, mit der Lassalle hier vom Standpunkt des Gesetzes alle sonst zur Hebung der Arbeiterlage gemachten Vorschläge als chimärisch abweist. Was er da gegen Arbeiterkonsumvereine ausführt, daß sie entweder im Kleinen steckenbleiben müßten, oder daß, falls es gelänge die Existenz der Arbeitermasse durch sie zeitweise beträchtlich zu bessern, diese Existenzzerhöhung, wie jede andere, schließlich gleichfalls das Arbeitsangebot steigern und unter das erhöhte Niveau wieder herabdrücken müßte, das läßt sich natürlich ganz genau so gegen die Aussichten durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß dauernde Vorteile für die Arbeiter zu erzielen sagen und widerlegt durch diese Konsequenz sich selbst. Praktische Erfahrungen in vielen Fällen und kritische Nachprüfung der mannigfachen, völlig unbewiesenen und unbeweisbaren Voraussetzungen, die der theoretischen Deduktion jenes Gesetzes zugrunde liegen, erweisen gleichmäßig seine völlige Unhaltbarkeit; zeigen das kapitalistische Wirtschaftsgefüge bei allem Leiden, das es über das arbeitende Volk verhängt hat und verhängt, als ein elastisches, keinen unverrückbar feststehenden Gesetzen unterworfenen Gebilde, das weithin Spielraum zur Entfaltung sehr verschiedener Tendenzen bietet und darum

auch dem ökonomischen Fortschritt einer politisch und gewerkschaftlich kraftvoll organisierten Arbeiterklasse unüberwindliche Widerstände nicht entgegenzusetzen kann.

Bei Marx liegt diese neuere Auffassung, die mit dem Fortgang der Arbeiterbewegung in ihr zur öffentlichen Meinung und tragenden Voraussetzung ihrer gesamten sozialen und politischen Tätigkeit geworden ist, mit anderen Gedankenrichtungen noch im Streit: Gedankenrichtungen, die freilich nicht im dogmatischen Glauben an jenes Lohngesetz, das Marx ja selbst vernichtend kritisierte, wohl aber in seiner berühmten, im Kommunistischen Manifest am klarsten dargelegten Katastrophentheorie wurzeln, nach der der Kapitalismus seine Widersprüche durch ständig schärfere Zuspitzung der Handelskrisen unabwendbar zur völligen Unerträglichkeit fertreiben müsse und gerade so durch diese Art der Selbstzersetzung das Kommen des Sozialismus verbürge. Der Satz in seinem Kapital, der von der Regeneration der englischen Arbeiterklasse durch die Fabrikgesetze spricht, ist ebenso berühmt geworden wie jener andere am Schluß des selben Werkes, der die »wachsende Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation, der Ausbeutung« als eine unabänderlich in den geschichtlichen Tendenzen der kapitalistischen Akkumulation gegründete Erscheinung und gleichzeitig als ein den Umschlag in den Sozialismus mit vorbereitendes Moment charakterisiert.

Das eklatanteste Beispiel aber dafür, wie nahe sich zuweilen die theoretischen Konstruktionen der erbittertsten Gegner des Kapitalismus mit dem Gesetzesglauben der bürgerlich-kapitalistischen Manchesterlehre beruhten, liefert der 1850 in der Neuen Rheinischen Revue veröffentlichte, in Mehrings Ausgabe des Marx-Engelschen Nachlasses abgedruckte Aufsatz Friedrich Engels' zu der damals eben eingeführten englischen Zehnstundenbill. Die durch sie verfügte Einschränkung der Arbeitszeit erscheint Engels ähnlich wie den Manchesterleuten als Eingriff in die notwendige Wesensart und die Entwicklungsbedingungen des Kapitalismus selbst. Reaktionsnäre hätten dies Gesetz votiert, und seine wirtschaftlichen Wirkungen könnten selber keine anderen als reaktionsnäre, den industriellen Fortschritt überall einengende sein. Gewiß sei die Verkürzung des Arbeitstags eine physische

Notwendigkeit für die englischen Proletarier, aber eine Notwendigkeit, die erst unter ihrer, der Arbeiter, politischen Herrschaft, die den Kapitalismus durch eine andere Wirtschaftsform ersetzen werde, ohne Schaden durchführbar wäre. So aber, unter kapitalistischem Regime als einzelne Maßregel aufkotroyiert, bedeute die Zehnstundenbill einen mit ganz untauglichen Mitteln unternommenen Versuch, über den das kapitalistische Wirtschaftsleben zum Ärger konservativer Tories bald zur Tagesordnung übergehen werde.

Die allgemeine Grundauffassung, die sich in dieser extremen, natürlich auch von Engels selbst sehr rasch als falsch erkannten Einschätzung manifestiert, aber in gewissen Spuren gelegentlich auch später noch hervortritt, beruht auf einer gedanklich schroffen Gegenüberstellung, die die fließende ökonomische Entwicklung sich in ein Hüben und Drüben geschieden denkt: in ein Hüben, das kraft der immanent notwendigen Gesetze des Kapitalismus dem ökonomischen Aufstieg der Arbeiterklasse allerengste Grenzen ziehe, und in ein Drüben, in dem nach Etablierung der politischen Diktatur des Proletariats all jene Schranken plötzlich aufgehoben scheinen. Wie dieser Umschwung möglich sein soll, wenn es sich um wirklich notwendige Gesetze des Kapitalismus handelt, der doch durch Parlamentsbeschlüsse und Verwaltungsmaßregeln eines politisch siegreichen Proletariats nicht kurzerhand wegdekretiert werden kann, bleibt da im Dunkeln.

Natürlich, eine kapitalistische Produktionsweise setzt immer eine Warenpreis- und Lohnfixierung voraus, die den kapitalistischen Unternehmern beim Warenverkauf der Regel und Tendenz nach die Erzielung von Kapitalgewinn ermöglicht, aber sie läßt es im Rahmen dieser allerallgemeinsten in der Tat vom Wesen kapitalistischer Wirtschaftsordnung unabtrennbaren Bestimmung völlig unbestimmt, was in diesem Rahmen von den Arbeitern zur Hebung und zur Sicherung ihrer Klassenlage gewonnen werden kann. Was hierüber entscheidet, das ist, sofern, wie zu hoffen, nicht die unbewiesene pessimistische Prognose zutrifft, daß die wachsende Expansion des Kapitalismus und seiner produktiven Kräfte in die Sackgasse auswegloser, immer schlimmerer Handelskrisen sich verlaufen werde (eine Prognose, deren Richtigkeit in Wahrheit die Chancen eines sozialistischen Umbildungspro-

zesses, statt sie zu sichern, aufs äußerste in Frage stellen würde), der Grad der Macht, politischer und gewerkschaftlicher, zu der die Arbeiter schrittweise vordringend es zu bringen vermögen. Daß das, was auf diesem Weg der Sozialreform und der gesellschaftlichen Taktik bis heute erreicht worden ist, so wenig zulangt, spricht nicht gegen den Weg, den einzig möglichen, sondern zeigt nur die Notwendigkeit ihn mit erhöhten Kräften weiter fortzusetzen.

Daß zu den allerdringendsten Forderungen fortschreitender Sozialreform auch eine Mindestlohngesetzgebung gehört, die die am schwersten organisierbaren Schichten der Arbeiterschaft, namentlich die weiblichen, vor einem Übermaß der Ausbeutung schützt, und daß die Realisierung eines solchen Postulats auch in dem heutigen Deutschland durchführbar ist, wie Pesl meint, daran kann ein Zweifel nicht bestehen. Die Darstellung dessen, was die australische Arbeiterschaft, freilich unter unverhältnismäßig günstigeren wirtschaftlichen Allgemeinverhältnissen als in Europa, erreicht hat, der Mindestlohngesetzgebung in Canada und Massachusetts, vor allem aber des neuen englischen Lohnämter- und Bergarbeitermindestlohngesetzes, deren Wirkung all die emphatischen Unglücksprophezeiungen vom Untergang der Industrie durch solche Lasten bündig widerlegte, bildet die solide Basis, von der ausgehend der Autor Ziele und Wege eines deutschen Mindestlohngesetzes, das unter anderem schon als Konsequenz des von dem Reichstag angenommenen Heimarbeiter-schutzgesetzes notwendig wäre, formuliert. Dem Buch sind namentlich auch in Partei- und Gewerkschaftskreisen zahlreiche Leser zu wünschen.

×
Kurze Chronik Die Reihe der alten, durch jahrzehntelange Arbeit weiterhin bekannten Nationalökonomieprofessoren in Deutschland lichtet sich. Nach Lexis starb Ende April Johannes Conrad in Halle, der Herausgeber des ältesten ökonomisch-wissenschaftlichen Journals, der von Hildebrand gegründeten Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, wie Lexis ein Vertreter gemäßigten Liberalismus mit kathedersozialistischem Einschlag. Seine in den Jahrbüchern veröffentlichten Studien über die deutsche Landwirtschaft und ihr Verhältnis zum Schutzzoll fanden seiner Zeit große Beachtung. Ein weites Gebiet umspannen

seine statistischen Arbeiten. Sein Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, 5 starke Bände, ist eines der verbreitetsten ökonomischen Lehrbücher geworden. X Durch den Tod Karl Lamprechts, von dessen Lebensarbeit hier in der Rubrik Geschichte (1915, 1. Band, pag. 509 ff.) ausführlicher gesprochen wurde, verlor die deutsche Geschichtswissenschaft ihren zurzeit berühmtesten Repräsentanten. Seine Deutsche Geschichte, überall auf die Erfassung und charakteristische Herausarbeitung des Typisch-Zuständlichen gerichtet, nahm nach den ersten, die wirtschaftsgeschichtlichen Verhältnisse in reichem Umfang heranziehenden Bänden die Wendung zu einer mehr und mehr psychologistischen Betrachtungsweise, die die verschiedenen Epochen nach den jeweils hervorstechendsten Zügen ihres Seelenlebens zu skizzieren sucht. Undurchführbar, wie dies Prinzip erscheint, gab das geistvolle Experiment auf dieser Bahn verborgenen Zusammenhängen nachzuspüren doch eine reiche Fülle von Anregungen. X Wirtschaftswissenschaft nennt sich eine Lujo Brentano zum 70. Geburtstag zugeeignete Broschüre von Professor Schulze-Gaevernitz, die über wirtschaftswissenschaftliche Methoden handelt und die Verworrenheiten, die auf dem Gebiet herrschen, charakteristisch widerspiegelt. Solange keine prinzipielle Klarheit über die Zentralaufgabe gewonnen ist, die eine theoretische Nationalökonomie im Gegensatz zur historisch-deskriptiven zu lösen hat, fehlt solchen methodologischen Erörterungen jede sichere Basis. X Franz Oppenheimer bespricht in einer kleinen, hier bereits in der Rubrik Wirtschaft (1915, 1. Band, pag. 408 f.) erwähnten Schrift mit dem zu allgemeinen Titel Weltwirtschaft und Nationalwirtschaft/Berlin, S. Fischer/ die Mittel, die Deutschland zu Gebote standen und (abgesehen von späteren Mißgriffen bei der Nahrungsmittelversorgung) klug genutzt sind, um die ökonomische Krisis, die man vom Krieg befürchtete, zu parieren. Bei manchen theoretischen Einwänden, zu denen insbesondere die eingestreuten Ausführungen zum Kapitalbegriff Anlaß geben, bietet das Büchlein in seinem 2. Teil einen anregenden und instruktiven Überblick.

X
Literatur Eine Doktorarbeit von Käte Asch über die Lehre Charles Fouriers /Jena, G. Fischer/ stellt die sich selt-

sam kreuzenden Tendenzen und Gedankengänge des großen Utopisten eingehend dar und versteht es dem Leser für den schon oft behandelten Gegenstand ein reges Interesse abzugewinnen. Das Buch gewänne noch, wenn die Beleuchtung der Doktrinen mit einem die politisch-sozialen Zustände des damaligen Frankreichs kurz charakterisierenden Kapitel eingeleitet wäre. Der Schlußabschnitt bringt Daten aus der Geschichte eines von einem ehemaligen französischen Arbeiter, einem begeisterten Fourieristen, gegründeten großen und noch heute bestehenden Fabrikunternehmens, in dem Annäherungen an die Idee des Fourierschen Phalanstères versucht worden sind. Im Grunde freilich scheint dieses sich in seinen wichtigsten Organisationsprinzipien nicht allzu weit von dem Charakter der bekannten Zeißschen Stiftung in Jena zu entfernen. X Professor Heinrich Bleicher gibt in einem Bändchen der Göschenschen Sammlung eine Einführung in die Statistik, ihre Zweige, Techniken und Methoden, und teilt orientierende Auszüge aus der physikalischen und Bevölkerungsstatistik mit.

KUNST

Bildende Kunst / Victor Wallerstein

Slevogt 46 Werke eines Künstlers, der den Geist einer Generation spiegelt, bedeuten, selbst wenn sie zurückliegenden Jahren entstammen, ein neues Erlebnis, verstärkt durch die Erinnerung an frühere, die wir ihnen schon zu danken haben. Die Slevogtausstellung, die jetzt in Berlin bei Gurlitt veranstaltet wurde, vermittelte uns beides. Um die Erscheinung Slevogts ihrem ganzen Umfang nach messen zu können, müssen wir uns daran erinnern, welche Wirkung sie früher ausübte. Mit welcher Glut von Begeisterung die junge Münchener Malergeneration seinen Werken entgegenkam, als zum Beispiel im Jahr 1903 ungefähr 100 seiner Bilder in Dresden auf der Brühlschen Terrasse und gleichzeitig bei Arnold gezeigt wurden. Das war das letzte Aufflammen junger Kräfte für eine Richtung, die in sich vollendet war. Das war die Zeit knapp bevor die Jungen anfangen nach Paris zu schauen und in Matisse ein neues Zentrum und eine neue Anziehung ihrer Kräfte fanden. Auch für uns ist heute die richtunggebende Kraft Slevogts nur sichtbar,

wenn wir sie historisch zu fassen suchen, aber seine absolute, ganz persönliche Errungenschaft ist so lebendig wie jemals. Wie nur ein ganz Großer schüttet er seinen glänzenden Reichtum in fast unübersehbarer Üppigkeit vor uns aus, und in seltener Schärfe prägt er ihm von Anfang an das Merkmal seiner Persönlichkeit auf. Wir sehen ihn zuerst nach Vorbildern ausspähen, um schließlich im Ausdruck seines eigenen Wesens sein Höchstes zu erreichen. Wir sehen ihn hier aus der Münchener Dunkelmalerei über den Zuluagakultus zu jener Qualitätsmalerei gelangen, die den Dingen ihre zarresten sinnlichen Reize abzulocken versteht, und später hoch darüber stehen in einem Bild, wie dem Verlorenen Sohn, wo er alle Errungenschaften des Weges aufgenommen und doch etwas ganz Neues daraus gebildet hatte. Noch ist der Stil unausgeglichen, noch ist das Programmatische des Bildes auf Kosten einer gewissen Harmonie zu stark betont. Aber das Wesentliche, das, was seiner Kunst fortan der feste Kern ist, das ist hier vorhanden, und kein Geringerer als Rembrandt stand hierzu Pate. Es ist gleich, ob der Einfluß direkt oder unbewußt ist (Slevogt selbst soll sich geäußert haben, er hätte bis dahin Rembrandt nicht gekannt), sein Geist hatte ihn jedenfalls berührt und Gleiches in ihm lebendig gemacht. Wenn nirgends sonst, so mußte man in den Händen des alten Mannes, der seinen Sohn im nächsten Augenblick umarmen wird, den Geist Rembrandts wiedererkennen. Aus dem Maler des Hellschattens, dem Maler der Dingqualitäten, ist der Maler der Seele geworden. Von hier war es nicht mehr weit zum Porträtisten. Und, merkwürdig, gerade da hat Slevogt oftmals seine Freiheit verloren und die Schilderung zu scharf zugespitzt, so daß aus Lebendigkeit Starrheit, ja kreidige Maske wurde. Überhaupt ist es nicht so selten bei ihm, daß er, in dem Streben das Werk über ein gewisses Stadium zu fördern, Farbe auf Farbe legt und wir dann den Eindruck einer Kruste haben, die sich nicht mehr zur Form wandeln will. Dann mit einemmal zeigt sich wieder die große Kraft und Freiheit des Künstlers in einer Darstellung wie dem Weißen Don Quichotte, sie wirkt unmittelbar wie eine Improvisation und so vollendet und reich wie der letzte Satz, die Synthese einer Gedankenreihe. Mit diesen Eigenschaften leitet sie zur Graphik des Künstlers hinüber, von der

zu sprechen ein anderes Mal Gelegenheit sein dürfte. Man kann die Persönlichkeit Slevogts nicht vollständig fassen, ohne auch seine Illustrationen zu berücksichtigen. Die Bilder allein aber zeigen schon, daß der Impressionismus, ebenso wie jede andere Richtung, Führer und Nachläufer, Finder und Verwender hat, und daß selbst der äußerste Naturalismus mit Abstraktionen arbeitet, die im letzten Grunde die Leistung des Individuums sind.

× **Kriegszeit-** **ausstellung** ×
 Man hat zu Beginn des Krieges viel von seiner Wirkung auf die Kunst gesprochen. Es liegt ja so tief in der menschlichen Natur begründet für jedes Opfer auch Vergeltung zu erwarten. Die Hoffnungen waren aber immer (ganz unbewußt natürlich) Hoffnungen der eigenen Richtung. Jede sah in der augenblicklichen Lage ein Wirrsal, aus der der Krieg Rettung und Klarheit bringen sollte, natürlich Rettung immer auf dem alleinseligmachenden Weg des eigenen Programms. Wenn diese Forderung berechtigt sein soll, so muß sie anders, und zwar allgemein, gefaßt werden. Die Kunst hat ihren eigenen, streng in ihren Gesetzen ruhenden Entwicklungsweg, und eine Beeinflussung von außen kann höchstens das Tempo erfahren, in dem sie ihn durchmißt. Der Krieg kann nur den Mut zum Neuen steigern und die Kräfte einen, damit dieses Neue schneller und stärker seine Form finde. Die Richtungen, die wir heute unterscheiden, werden weiter bestehen bleiben, denn anders malen werden die Künstler auch nicht, wenn sie Kriegserinnerungen verarbeiten. Nur anderes.

Das zeigt schon diese Ausstellung aus Kriegszeit, die wir jetzt Unter den Linden in Berlin haben. Wir sehen es in den Bildern und Linoleumschnitten von Melzer bestätigt. Der Inhalt hat sich der Zeit angepaßt, ausziehende Truppen, Kampfszenen usw.; aber die Form ist die alte: kalt, virtuos und geschmackvoll. Was Neues in der Ausstellung zu sehen ist, war auch schon vor dem Krieg da; hier tritt es nur entsprechend der Zeit, die seither verstrich, allgemeiner und dadurch klarer hervor. Hauptsächlich die Tendenz: von der Natur weg! Der Grad der Abweichung von ihr ist verschieden, aber die Richtung ist überall die gleiche. Nicht mehr die Gesetze des Naturbilds sprechen, sondern die des Bildes. Der

Maler baut sein Bild von sich aus, ohne es zuerst mit der vor ihm stehenden Wirklichkeit in Zusammenhang zu bringen. Er gibt mehr sein Erlebnis als seine Anschauung, und er gibt es in Formen, Linien und Farben, die nicht so sehr in der Natur als in ihm selbst gelegen waren.

Wir können nun hier die Stufen verfolgen, von einem leisen Abweichen und Umbilden der objektiven Betrachtung bis zum völligen Neubau von Grund auf; von den sich allmählich schließenden Formen noch auf naturalistischer Grundlage bis zu einem von ihr fast unabhängigen Erlebnis des Subjekts. Am Anfang der ersten Reihe stehen Bilder wie die von Heckendorf und Feigl, deren Saft und Kraft in der Unmittelbarkeit des Natureindrucks liegt, in der Leichtigkeit und Frische, mit der sie uns ihn zu erhalten suchen. Die etwas schwererblütigen Messerk, Degner und Altmann (der auf dem Feld gefallen ist) gehen dann schon mehr in die Tiefe ihres Gegenstands und suchen das Seelische aus ihm herauszuholen. Einige Bilder wie die von Otto Möller zeigen dann die Stufe des Übergangs, indem sie in der Form naturalistisch bleiben, während sie die Farbe ihrer persönlichen Grundstimmung nach verändern. Ebenso sehr ist Röhrich eine Erscheinung des Übergangs. In das alte naturalistische Bild sucht er die neuen Prinzipien der Aufteilung nach stereometrisch vereinfachter Form hineinzutragen und so das lose Gefüge feiner Farbabstufungen zu einem festern Organismus zu binden. Einheitlich, aber oberflächlich geht Michaelson an die Lösung ähnlicher Probleme. Dadurch, daß er die Dinge rein von formalen oder dekorativen Gesichtspunkten behandelt, beraubt er sie ihres seelischen Inhalts und erreicht durch den bunten Farbklang höchstens ein fröhliches, aber mehr kunstgewerbliches Bildganzes. Bei Feininger endlich ist der subjektive Zug bis zur letzten Konsequenz durchgeführt. Die Dinge verlieren wohl das letzte eines objektiven Zusammenhalts, sie gewinnen aber durch die Art der Behandlung, durch Rhythmus und Farbe so viel an persönlicher und starker Stimmung, daß diese ihnen eine neue Lebendigkeit mitteilt.

Die Extreme einer absoluten Naturferne und einer bloßen Wiedergabe des Naturbilds scheinen mir bei Heckel vermittelt. Er steigert die Naturform,

ohne sich ganz von ihr zu entfernen, und gelangt so zu geschlossenen Komplexen der Farbe. In der Steigerung der Naturform spricht sich schon die persönliche Erregung aus, und diese zeigt sich nun nicht mehr ausschließlich in den Zügen eines Gesichts (denn es ist ja nicht die Empfindung des Objekts, die der Künstler zu geben sucht sondern die eigene), diese sammelt sich ebenso in den zaghaften suchenden Formen einer Hand wie in den übermächtig sich ballenden Wolken eines schweren Gewitterhimmels.

Auf dieser Linie scheint sich die Entwicklung weiter zu bewegen, ungeachtet einer Vorhut von Künstlern, die tastend Neuland sucht, und Nachzügler, die ängstlich die alten Wege nicht verlassen wollen.

X

Klee

Von Nachzüglern belangloser Art sah man in Berlin jetzt einige bei Schulte, während die Vorhut, wie immer, in der Sturtausstellung steht. Das Neue interessiert uns mehr als das eben Vergangene, selbst wenn es nicht auf künstlerisch gleicher Stufe stünde, was ja schwer festzustellen ist. Paul Klee gehört dort zu den, in die vordersten Reihen vorgeschobenen Künstlern. Er treibt den Individualismus zur Spitze. Inhaltlich und formal. In seinen zahlreichen Aquarellen und Federzeichnungen handelt es sich um die persönlichsten Auslegungen der höchsten Dinge: Diese und jene Welt, Erschaffung der Pflanzen, Gestirn über den Dingen. Und eine unglaublich feine Resonanz antwortet auf diese großen Fragen nach den Unbedingtheiten. Ich muß bei seiner Federführung oft an die Striche des selbstregistrierenden Barometers denken: sie sind so zitternd spitzig und scharf, als ob sie dieses subtile Instrument, das doch von jeder Luftschwankung regiert wird, hingeschrieben hätte. Unsicher bleibt, ob der Künstler uns zwingen wird seine Auslegungen zu verstehen oder auch nur seine Fragestellungen zu entnehmen. Davon aber wird es abhängen, ob wir seine Blätter überhaupt in seinem Sinn werden lesen können.

X

Kurze Chronik

Auf dem Schlachtfeld fielen der Münchener Maler Nikolaus Schmid-Dietenheim, Mitglied der Münchener Luitpoldgruppe, und der Düsseldorfer Sebald Wirz, ein Schüler Adolf Mün-

zers. × Der Schweizer Maler Max Buri ist in Interlaken im Alter von 47 Jahren gestorben. × Zum Direktor der Berliner Hochschule für bildende Kunst ist jetzt endgültig Arthur von Kampf ernannt worden. Seit Anton von Werners Tod hatte Kampf die Leitung kommissarisch inne. × Als Nachfolger Gotthardt Kuehls wurde zum Vorstand des Akademischen Meisterateliers Robert Sterl nach Dresden berufen. × Die Dresdener Galerie hat 20 Bilder von Max Slevogt erworben: ägyptische Landschaften und Szenen, die der Künstler im vorigen Jahr an Ort und Stelle gemalt hat. × Der Gründer des Deutschen Künstlerbunds Graf Leopold von Kalckreuth wurde im Mai 60 Jahre alt.

× **Literatur** ×

Unsere Stellung zu Kunstäußerungen alter Zeiten oder fremder Kulturen richtet sich immer nach der Zielrichtung unserer eigenen Kunst. Wenn heute Negerkulpturen gesammelt und Bücher über sie geschrieben werden, so ist das nicht Zufall; etwas in der Empfindsamkeit unserer Zeit hat Beziehung zu ihnen gefunden. Carl Einsteins Buch *Negerplastik* /Leipzig, Verlag der Weißen Bücher/ ist wohl eine Folge dieser Beziehung, schildert sie aber nicht sondern versucht es auf direktem Weg der Negerplastik nahezukommen, sie absolut zu betrachten. Der Autor gibt in einem Atlas von 111 Tafeln eine Zusammenstellung von Werken, die ihm wesentlich scheinen, und in einer kurzen Einführung versucht er uns seine Methode klarzulegen, seine Ansicht über das Plastische und Malerische im allgemeinen und das Mythische, die Form und das Gegenständliche der Negerplastik im besondern. Es ist selbstverständlich, daß ein Buch, das uns die Negerplastik näherbringen will, nicht mit negativer Kritik einsetzen kann. Aber bei einer ersten Zusammenfassung und Sichtung eines Materials hätte man vielleicht eine gewisse Behutsamkeit im Anfassen der Probleme erwartet. Der Verfasser geht indessen in kategorischer Art geradeaus auf sein Ziel los. Das ist die Kraft und auch die Schwäche des Buches. Man hat seine Voraussetzungen hinzunehmen, und das wird einem nicht immer leicht. So wäre es notwendig gewesen zu zeigen, weshalb es dem Verfasser gelingt sich in der Untersuchung »auf die Ebene seines Gegenstandes« zu stellen, trotz dem »Abstand,

der zwischen diesen Gebilden und der kontinentalen Einstellung sich auftut«. Er nimmt vermutlich als selbstverständlich an, daß auch für diese, die doch auf fremden Kulturgrundlagen stehen, Analogieschlüsse zulässig sind. Seine Beobachtung, daß sich »der Europäer der afrikanischen Kunst dermaßen mißtrauisch nähert« und geneigt ist »die Tatsache Kunst hier überhaupt zu leugnen«, hätte zumindest für diese Annahme eine Einschränkung notwendig gemacht. Deshalb kann man auch die Deutungen, die Einstein uns von dem Geist und dem Sinn der Negerplastik gibt, nur als seine persönlichen annehmen. Er legt seine modern kultivierten Gefühle in fremde, von uns weit entfernte Seelen hinein, während alle etwa vorhandenen Phänomene einer untern Stufe der Religiosität vernachlässigt werden. Ebenso geht er auf seinem Weg zum Verständnis der Tätowierung über das hinaus, was auf Grund des heute geförderten Materials objektiv zu sagen erlaubt wäre. Unbeirrt stellt er auch seinen persönlichen Begriff von Plastik auf. Hier scheint mir nun ein Ringschluß vorzuliegen. Einstein zieht nämlich aus der Negerplastik seinen Begriff von Plastik, ganz im allgemeinen, ab und erhebt ihn, man kann schon sagen: zum Dogma. Er operiert also aus einer eng begrenzten Materie den allgemeinen Begriff heraus. Dann darf es uns auch nicht wundern, daß dieser sich einzig mit der Materie deckt, der er entnommen wurde und »alle europäischen Lösungen ... geprüft an afrikanischer Plastik eher zu Auswegen« gedeutet werden. Es ist vielleicht viel scharfes Nachdenken in den wenigen Blättern verarbeitet und dieses auf ebenso scharfe Formeln gebracht. Man hat aber dabei das Empfinden, daß sich hier »begriffliches Auseinandersetzen verselbständigt ... um seiner spezifischen Struktur willen«, während es vielleicht nützlicher gewesen wäre gerade bei einem Gebiet, das sich als Kunst erst Geltung verschaffen muß, noch mehr von der reinen Anschauung auszugehen. Jene synthetische Arbeit, die sicher hier beschlossen liegt, hätte Einstein vor dem Leser und hauptsächlich vor einem ganz bestimmten Werk entwickeln sollen. Dann erst ließe sich nachprüfen, inwieweit die gewonnenen Erkenntnisse allgemeine Geltung haben, und dann erst hätte der Text seinen wahren Zweck. So wie er sich jetzt präsentiert, kann er in seiner etwas schwieri-

gen, eigenwilligen Terminologie anregen, auch zum Widerspruch reizen, aber er bildet nicht die Brücke zu jenen Werken, denen er gewidmet ist. Überhaupt steht das Tafelwerk, so schön und einladend es vom Verlag aus hergestellt wurde, etwas isoliert da. Wenn auch Einstein ausdrücklich sagt, daß vorläufig nicht die bescheidenste Bestimmung möglich ist, so hätten sich vielleicht doch Angaben über Bezeichnung und Zweck der Gegenstände, über Größe und Material und womöglich auch den Aufbewahrungsort machen lassen. Wir möchten heute auch in Schriften für ein größeres Publikum die Gepflogenheiten nicht vermissen, die aus den wissenschaftlichen Disziplinen herübergenommen werden können und für eine allgemeine Orientierung unentbehrlich sind. Schließlich muß man allerdings berücksichtigen, daß es sich hier um eine erste Zusammenfassung einer Materie handelt, und daß alle hier gemachten Einwände das Verdienst nicht einschränken können, das Verlag und Autor hierfür gebührt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Rathenau † Am 20. Juni starb, fast 77 Jahre alt, der Geheime Baurat Emil Rathenau. Mit

ihm ist einer der Großen dahingegangen, die an dem technischen und wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands gebaut haben. Der Einfluß Rathenaus kann hier gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, denn sein weiter Blick, sein eindringliches Verständnis für technische Aufgaben und Bedürfnisse, sein eminentes Organisationstalent verbanden sich bei ihm mit einem unermüdlichen Arbeitseifer, der ihn zu immer neuen Taten anspornte. Hatte Werner Siemens durch die Einführung des dynamoelektrischen Prinzips der modernen Elektrotechnik den Lebensodem eingeblasen, so hat Rathenaus Lebensarbeit sie zu der stolzen Höhe geführt, in der wir sie heute sehen. Ihm ist die Weltmachtstellung der deutschen Elektrotechnik in erster Linie zu danken.

Rathenau begann im Jahr 1883 mit der Einführung der Edisonschen Glühlampe und damit mit dem Bau von städtischen Elektrizitätswerken. Die Elektrotechnik, die damals noch in ihren Kinderschuhen steckte, wurde jetzt vor die Aufgabe gestellt leistungsfähige Dynamomaschinen zu bauen, und der etwas in Stagna-

tion geratene Dampfmaschinenbau mußte sich dazu bequemen neue Probleme durch den Bau schnelllaufender, für den Antrieb von Dynamos geeigneterer Dampfmaschinen zu lösen. Wechselseitig befruchteten sich in der Folge Elektrotechnik und Maschinenbau gegenseitig, bis sich als Schlußergebnisse die Dampfturbine mit direkt gekuppelter Dynamo bis zu Einzelleistungen von 20 000 Kilowatt und mehr auf der einen Seite, die Großgasmaschine und der Ölmotor auf der andern Seite ergaben. Mit kleinen, städtischen Elektrizitätswerken, die kaum leistungsfähiger waren als eine moderne Blockstation, begann die Arbeit Rathenaus, und sie endete mit dem Bau von Riesenzentralen in den Großstädten und von zunächst stark angefeindeten Überlandzentralen auf dem platten Land, so daß heute fast ganz Deutschland bis in das letzte Dorf hinein mit Elektrizität versorgt werden kann. (Heute, in der Zeit der Petroleumknappheit, erkennt auch der reaktionärste Gegner der Überlandzentralen deren eminente wirtschaftliche Bedeutung für ein auf Eigenwirtschaft angewiesenes Land.) Dieser enorme Fortschritt in einer ganz kurzen Zeitspanne knüpft im wesentlichen an die erste Kraftübertragungsanlage von Lauffen am Neckar nach Frankfurt am Main auf der Elektrizitätsausstellung im Jahr 1891 an, die trotz allen entgegenstehenden technischen und wirtschaftlichen Bedenken von Rathenau auf das energischste gefördert wurde. Die Einführung des elektrischen Betriebs auf unseren Vollbahnen, eine Lieblingsidee Rathenaus, hat er nicht mehr erleben können; aber er hat wenigstens durch seine Einführung auf einigen Nebenstrecken den Beweis seiner Durchführbarkeit und seines wirtschaftlichen Nutzens geliefert.

Als Rathenau sich der Elektrotechnik zuwandte, verzichtete er zunächst auf die Errichtung eigener Fabriken und ließ die erforderlichen Maschinen bei Siemens & Halske bauen. Sehr bald stellte sich jedoch die Notwendigkeit eigener Fabrikationsanlagen heraus. Es entstanden allmählich die heutigen Riesenwerke der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die vor dem Kriegsausbruch 70 000 Arbeiter beschäftigten, die an Löhnen und Gehältern 66 Millionen Mark im Jahr bezogen. Das Aktien- und Obligationenkapital der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beziffert

sich auf 265 Millionen, der Reingewinn auf 29 Millionen und die Reserven auf 96 Millionen Mark. Diese Summen allein zeigen, daß die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (ohne ihre zahlreichen Tochtergesellschaften) zu den größten industriellen Unternehmungen des Deutschen Reiches gehört. Das Gesamtkapital des Konzerns umfaßt etwa 3 Milliarden Mark.

Natürlich war das nicht alles das persönliche Werk Rathenaus; das kann es auch gar nicht sein, denn es steckt darin eine Unsumme von Kleinarbeit, an der zahlreiche Köpfe nicht nur ausführend sondern auch schöpferisch mitarbeiten mußten. Aber, wie Felix Pinner in einer Biographie Rathenaus treffend ausführte: »Was Rathenau gehört, war der fruchtbare Gedanke den Konsum nicht zu erwarten sondern den Konsum zu schaffen, dieser Gedanke, der Rathenau erste Taten im kleinen besetzt hatte, von dem seine letzten großen Taten, von dem sein ganzes Schaffen durchdrungen war. In Rathenau ersten Organisationen lag gewissermaßen in ovo alles, was sich später in der deutschen Elektroindustrie entwickelte, es war die schöpferische Verbindung und Befruchtung von Industrie und Finanzierung. . . Es ist dasjenige, was Rathenau zielbewußt, von einer Idee beherrscht, eine Idee meisternd, organisch zusammenfaßte und allein durch die Kraft der Idee zusammenhielt.« Mit diesen Worten ist auch ganz der Unternehmer gezeichnet, der sich in der Periode der Schaffenskraft befindet und noch nicht zum Routinier geworden ist.

Persönlich war Rathenau im Verkehr auch mit seinen Angestellten, schlicht und einfach. Man merkte ihm kaum den großen Vollbringer an. Aber eine Gabe besaß er, wie Karl Fürstenberg hervorhob: »Er vermochte mit einer geradezu divinatorischen Fähigkeit die Zukunft, als wäre sie schon Gegenwart, zu sehen. Dadurch erschienen ihm zukünftige Möglichkeiten und Notwendigkeiten wie selbstverständlich, die andere sich erst mühsam ergrübeln müssen und doch nicht ergrübeln können. Und da ihm die philosophische Reflexionskraft abging, so war ihm vorsichtiges Tasten und schwankendes Erwägen wesensfremd. Er war ein Mann der Tat, aber ein Mann der Tat, dem ein nüchterner und praktischer Geist die Wege wies und ihn deshalb nichts ausführen ließ, dem er nicht gewachsen war.«

X

X

Kupferbedarf Die Beschlagnahme der deutschen Kupfer- und Messingbestände hat einer großen Zahl von Industrien Schwierigkeiten bereitet. Am meisten haben unter der Beschlagnahme die elektrotechnische und die beleuchtungstechnische Industrie zu leiden; es folgen sodann die Kupferschmiedereien und die Schraubenfabriken. Soweit die einzelnen Fabriken direkt oder indirekt mit Heereslieferungen betraut sind, werden allerdings die sonst unausbleiblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten vertagt. Aber zahlreiche Industrielle sind in ihren Betrieben auf Heereslieferungen nicht eingerichtet und können sich nur unter großen Opfern umorganisieren. Unter dieser Kalamität haben vor allem die Instrumentenbranche, in der Deutschland auf dem Weltmarkt führend gewesen ist, und der Armaturen- respektive Apparatebau stark zu leiden. Eine Besserung ist hier nur zu erwarten, wenn die Heeresverwaltung die erforderlichen Mengen an Kupfer und Messing freigeben würde. Im Interesse dieser wichtigen Industriezweige wären Ausnahmebestimmungen wohl angebracht und ließen sich auch ohne Schädigung der militärischen Interessen durchführen, wenn die kürzlich in den Mitteilungen des Vereins der Kupferschmiedereien Deutschlands angegebenen statistischen Daten zuverlässig sind.

Nach dieser Quelle hat der Kupferverbrauch Deutschlands im Jahr 1913 rund 260 000 Tonnen betragen, der zu etwa 80 % durch die Einfuhr aus Amerika gedeckt worden war, während die Eigenherzeugung nur 41 000 Tonnen betrug. Während des Friedens verbrauchte von der zur Verfügung stehenden Kupfermenge die elektrotechnische Industrie, hauptsächlich für Kabel und Drähte, 46,3 %; die Kupferwerke verbrauchten zur Herstellung von Blechen, Schalen, Stangen, Röhren usw. 17,9 %; der Verbrauch der Messingwerke belief sich auf 24,1 %; die Schiffswerften, Eisenbahnwerkstätten, Lokomotivfabriken, Gießereien, Armaturenfabriken konsumierten 19,8 % und die chemischen Fabriken beanspruchten 1,2 %. Jetzt während des Krieges haben diese Verhältnisse sich natürlich völlig geändert, da die Heeresverwaltung mit einem jährlichen Verbrauch von etwa 100 000 Tonnen in erste Linie gerückt ist. Aber selbst bei diesem immensen direkten Verbrauch, der noch indirekt eine weitere Steigerung dadurch erfährt, daß bei

dem forcierten Schiffs- und Eisenbahnbetrieb während der Kriegsdauer ein enormer Verschleiß an Kupfer und Kupferlegierungen stattfindet, dürften die greifbaren Kupfervorräte in Deutschland, die auf etwa 1 150 000 Tonnen beziffert werden, im Verlauf dieses Krieges sicher nicht aufgebraucht werden. Dazu kommt noch, daß in gewerblichen Betrieben aller Art: in chemischen Fabriken, Zuckerfabriken, Brauereien, Spiritusbrennereien, Papierfabriken, Färbereien, chemischen Wäschereien, Elektrizitätswerken usw., beträchtliche Vorräte an Altkupfer, ausrangierten Leitungen, Apparaten und Armaturen vorhanden sind, deren sich das Reich versichern könnte. Von einem wirklichen Kupfermangel kann also eigentlich keine Rede sein. Andererseits ist aber auch beim Heeresbedarf an vielen Stellen Kupfer entbehrlich, wo es heute noch fast ausschließlich verwandt wird. So können die Dichtungsringe der Granaten anstatt aus Kupfer aus Hartzink, Patronenhülsen, Granatzünder, Patronenrahmen, Gewehr- und andere Beschläge und mancher andere Armeebedarf aus kupferarmen Legierungen hergestellt werden; die elektrischen Leitungen in unseren Schiffen lassen sich ohne den geringsten Schaden aus Eisendraht erzeugen, wie das bereits vielfach geschieht. Kurzum, es ließen sich unbedenklich an den verschiedensten Stellen Kupferersparnisse erzielen, die der Industrie zugute kommen würden.

In den zitierten Vereinsmitteilungen heißt es deshalb mit voller Berechtigung: »Der Verein handelt im vaterländischen Interesse, wenn derselbe viele Tausende von Existenzen in angestammter Berufsstellung und in wirtschaftlicher Unabhängigkeit mit seinem Vorgehen zu erhalten sucht.« Denn es darf nicht übersehen werden, daß bei einem Krieg, in dem es um unsere völkische Existenz geht, nicht nur die Niederwerfung der Feinde das Kriegsziel sein darf sondern ebensowohl auch die Erhaltung wichtigster Industriezweige, durch deren Pflege sich seinerzeit Deutschland den Weltmarkt zu erobern gewußt hatte, und die, nach Friedensschluß, die Pioniere bei der Anknüpfung der jetzt abgebrochenen Handelsbeziehungen mit dem Ausland sein können: die elektrotechnische Industrie, die Beleuchtungsindustrie, die weitverzweigte Metallwarenindustrie, der Bau wissenschaftlicher und technischer Instrumente usw.

Wasserenthärtung Der Gehalt an Kalzium- und Magnesiumverbindungen im Wasser bestimmt seinen Härtegrad. Hartes Wasser ist für viele Verwendungszwecke, so in der chemischen Industrie, in Färbereien und Wäschereien fast unverwendbar. Selbst unseren Hausfrauen ist es ja bekannt, daß bei der Verwendung harten Wassers zur Wäsche der Seitenverbrauch enorm steigt, weil die Kalzium- und Magnesiumverbindungen des Wassers aus den Kali- respektive Natronseifen unlösliche Alkaloidseifen bilden. Auch bei der Speisung von Dampfkesseln wirkt hartes Wasser durch die Bildung von Kesselstein sehr unangenehm und manchmal direkt verhängnisvoll, da bei starker Kesselsteinbildung die Gefahr der Dampfkesselexplosionen wesentlich erhöht wird. Die bisherigen Methoden der Wasserenthärtung beruhen auf der Ausfällung der löslichen Härtebildner durch Kalk und Soda. Sie sind zwar nicht sehr umständlich, aber nicht gerade billig. Überaus einfach dagegen ist die Wasserenthärtung durch Permutit, das bereits früher in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1395 f.) erwähnt wurde.

Die Enthärtung des Wassers mit Permutit gestaltet sich in der denkbar einfachsten Weise: Man hat nur nötig das zu enthärtende Wasser über einen Permutitvorrat laufen zu lassen; hierbei entzieht der Permutit dem Wasser die Härtebildner, Kalzium und Magnesium, an deren Stelle Natrium tritt, so daß im Wasser leicht lösliche Natriumsalze entstehen, die keine Härtebildner sind. Nachdem das Permutit eine Zeitlang gearbeitet hat, muß es allerdings wieder regeneriert werden, was durch einfache Behandlung mit einer Lösung von denaturiertem Kochsalz geschieht. Hierbei findet ein umgekehrter Basenaustausch statt: Natrium tritt in das Permutit ein, während die vorher aufgenommenen Basen, Kalzium und Magnesium, wieder abgegeben werden. Eine und die selbe Menge Permutit kann also theoretisch unbegrenzt oft benutzt werden. Infolge der großen Einfachheit und Billigkeit hat das Permutitverfahren in den letzten Jahren eine außerordentliche Verbreitung gewonnen.

Eiweißstoffherstellung Dem Institut für Gärungs-gewerbe in Berlin ist es gelungen ein Verfahren zu finden, um anorganischen Stickstoff in organischen in Form von Hefeeiweiß

×

×

überzuführen und hierauf ein Fabrikationsverfahren zu gründen. Das Verfahren beruht darauf, daß Hefezellen in einer Nährflüssigkeit aus Rohzucker bei einem Zusatz von schwefelsaurem Ammonium den für ihren Lebensprozeß erforderlichen Stickstoff dem Ammoniak entziehen (siehe die Rubrik Biologie, in diesem Band, pag. 612). Bei der ungeheuren Vermehrungsfähigkeit der Hefezellen und ihrem Eiweißreichtum gelingt es also anorganischen Stickstoff in organisches Eiweiß überzuführen. Das Problem der synthetischen Eiweißherzeugung ist damit allerdings noch nicht gelöst, denn nicht der Chemiker, sondern die lebende Hefezelle leistet die Arbeit der Überführung von anorganischem Stickstoff in organisiertes Eiweiß. Immerhin handelt es sich um eine bedeutende technische Leistung, die dadurch um so wertvoller wird, daß es mit diesem Verfahren auch gelingen dürfte unverdauliche Zellulose in Dextrose zu verwandeln und damit auch aus dem unverdaulichen Holz Nahrungsmittel herzustellen.

Da neuerdings die Herstellung von anorganischen Stickstoffverbindungen aus dem Stickstoff der Luft nicht bloß im Laboratorium gelungen ist sondern auch mit großer Vollkommenheit und relativer Billigkeit im fabrikatorischen Großbetrieb durchgeführt wird, so ist die Möglichkeit uns durch die Absperrung aller Zufuhr den Lebensfaden abzuschneiden wieder erheblich gesunken, soweit sie überhaupt noch sinken konnte. Zur Sicherung der Hefe-eiweißproduktion sind die betreffenden Patente des Verfahrens von der Reichsregierung beschlagnahmt worden.

Die Gerechtigkeit erfordert es übrigens mitzuteilen, daß die Priorität der Herstellung von organischem Stickstoff in Form von Hefe-eiweiß aus anorganischem Stickstoff dem Gärungstechnischen Institut bestritten wird. In der österreichischen Chemikerzeitung nimmt A. Marbach aus Wien das Prioritätsrecht auf diese wichtige Erfindung für sich in Anspruch. Er führt in der Nummer vom 15. April 1915 aus, daß bereits vor 2 Jahren schwefelsaures Ammoniak in Verbindung mit Melasse von einer der bedeutendsten österreichischen Hefefabriken benutzt wurde. Im Lauf der Kriegsereignisse habe dann die österreichische Regierung zur Schonung der

Getreidebestände den Spiritus- und Preßhefefabriken die Bewilligung erteilt steuerfreien Rohzucker zu verwenden. Von dieser Erlaubnis machten die Lufthefefabriken Gebrauch und verwendeten anstatt Getreide eine Mischung aus Rohzucker und Malzkeimen. Nachdem aber die Malzkeime sowohl in Österreich als auch in Deutschland knapp zu werden begannen, habe Marbach den Vorschlag gemacht diese durch schwefelsaures Ammoniak zu ersetzen. Am 24. März ist es dann zu einem vollständig zufriedenstellenden Versuch im großen gekommen, der zu einem ausgebildeten Fabrikationsverfahren führte. Eine Stellungnahme zu diesem Prioritätsstreit erübrigt sich an dieser Stelle. Uns kann die Tatsache genügen, daß die künstliche Herstellung von organischem Eiweiß gelungen und im großen durchführbar ist.

×
Kurze Chronik Im Interesse des Bedarfs an Abfallstoffen der Gasfabrikation (Teer, Benzol, Ammoniak usw.) richtete der Reichskanzler folgenden Erlaß an die Zentrale für Gasverwertung: »Gelegentliche Stockungen der Kohlenzuführung zu den Gaswerken sind unvermeidlich. Es liegt aber ein dringendes Interesse vor, daß auf den Gaswerken die Gewinnung des Gases aus Steinkohlen nicht vermindert wird sondern in dem Maß erfolgt, wie es der bisherige regelmäßige Bedarf und der jetzt besonders infolge des Petroleummangels sich ergebende Zuwachs erfordert. Maßnahmen zur Verminderung des Gasabsatzes müssen als ebenso unzulässig gelten wie ein teilweiser Ersatz des Steinkohlengases durch die Herstellung von Wassergas, wenn er in höherem Maß geschieht als dies aus Betriebsgründen auf dem einzelnen Werk etwa schon zu der gleichen Zeit des Vorjahrs erfolgt ist. Die möglichst ausgedehnte Gaserzeugung aus Steinkohlen ist insbesondere wegen der Wichtigkeit der Teerprodukte für Kriegszwecke geboten. Daraus ergibt sich auch, daß der ausreichenden Versorgung der Gaswerke mit Koks von Reich wegen Aufmerksamkeit gewidmet wird.«

× Zum Direktor der in städtische Verwaltung übernommenen Berliner Elektrizitätswerke ist der Oberingenieur der Siemens-Schuckert-Werke Carl Coninx gewählt worden.